









## WIE WAR DAS?

### Als Börner ein Stück Zukunft sah

Von GÜNTHER BADING

Das ist ja ganz warm. Der hessische Ministerpräsident Holger Börner wundert sich wie ein Schulkind, als er zum ersten Mal eine geringe Menge hochradioaktiven Plutoniums in Händen hielt. Wohlvertraut, versteht sich, in einer die Strahlung absorbierenden Ummantelung und dann noch einmal in dicke Plastiktüten gehüllt war das spaltbare Material, das ihm der Geschäftsführer der Hanauer Alkern-Wecke, Professor Dr. Wolfgang Stoll, in die mächtigen Hände legte.

Börner, im gelben Schutzmantel und mit dem obligatorischen Strahlendosismesser, gab das Paket bald wieder an einen der Ingenieure zurück. Nicht so, als habe er Angst vor dem Material, das in Hanau zu Brennstäben für die Stromerzeugung verarbeitet wird, aus dem aber - bei anderer Zusammensetzung und in ganz anderen Mengen, als sie bei Alkern Verwendung finden - auch Kernwaffen hergestellt werden könnten. Angst, so beteuerte Börner, habe er vor dem "Zeug" keine. Aber etwas "unwohl" sei es schon, erstmals Plutonium "anzupacken".

Vor seiner Reise nach Hanau und Umgebung damals im November 1978 hatte sich der hessische Ministerpräsident kündigt gemacht. Noch in der Fertigungshalle bei Alkern, hinter den Sicherheits- und Luftschleusen, die jeder passieren muß, gab er den Alkern- und Nukem-Technikern und seiner Begleitung seine Erkenntnisse aus einem Besuch beim Battelle-Institut preis. Börner machte kein Hehl daraus, daß er "früher" nicht unbedingt zu den Anhängern der Kernenergie gehört habe. Vor allem Sicherheitsaspekte waren es, die ihn hatten zweifeln lassen, ob dieser Weg der Energiegewinnung der richtige sei.

Nun aber sei er eines besseren belehrt worden, berichtete der "Dicke", wie ihn seine Mitarbeiter damals schon nannten. Und stolz verkündete er, daß schon 70 Prozent des in Hessen verbrauchten Stroms aus Kernkraft kommen. Mit den Kraftwerken in Biblis gehöre das Land sogar zu den Stromexporteuren im Rahmen des mitteleuropäischen Elektrizitätsverbundnetzes. Hessen sei "wieder einmal vorn", sagte der Landeschef und setzte sich an die Spitze der kleinen-Marschkolonne, die von den Fertigungsräumen zum Plutonium-Lager ging.

Von den Sicherheitsvorkehrungen für die Plutonium-Lagerung zeigte sich Börner, und nicht nur er, stark beeindruckt. Der gigantische, außen ganz mit Aluminium verkleidete würfelförmige Block sei wohl einer der sichersten Plätze in unserer Republik, verkündete Alkern-Chef Stoll. Das darin gelagerte Material sei gegen alle Extremfälle geschützt, ob nun ein Flugzeug darauf stürzen würde oder ob eine Terroristen-Gruppe einen Angriff versuchen sollte.

Fazit des damals noch nicht von einer grünen Landtagsfraktion behelligen Kabinettschefs: Wir haben hier ein Stück Zukunft gesehen...

## „Hier wird niemand hinausgedrängt oder hinausgeredet“

Die Flucht von jetzt noch knapp 100 „DDR“-Bewohnern in die Bonner Botschaften in Prag, Warschau, Budapest und Bukarest wird noch lang anhaltende Probleme aufwerfen. Die „DDR“ zeigt keine Kompromissbereitschaft. Die Bedingungen für eine Lösung sind ausgereizt, heißt es in Bonn.

Von MANFRED SCHELL

Eines der schwierigsten, in den täglichen Abläufen wohl auch bedrückendsten Regierungsjahre hat Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bei ihm liegt ein großes Stück des „operativen Teils“ der Deutschlandpolitik und dazu gehören vor allem die „humanitären Bemühungen“. Am 23. Oktober war Rehlinger bei den Flüchtlingen in Prag. Am Donnerstag letzter Woche bei denen, die im Botschaftsgebäude in Warschau Zuflucht gesucht haben.

Rehlinger stellt den geflohenen Landsleuten nüchtern „die Situation“ dar. Da wird nichts verschwiegen, nichts geschönt. Der Mann aus Bonn weiß aus vielen Begegnungen dieser Art, daß Menschen in dieser Situation genau zuhören, jedes Wort wägen, nach Strohhalm der Hoffnung suchen. Rehlinger sagt ihnen nicht, was sie tun sollen. Das würde aus seinem Selbstverständnis heraus seiner Aufgabe widersprechen. Zur Schilderung der „Situation“ gehört, daß Rehlinger den Flüchtlingen die Gewißheit gibt, an einem sicheren Ort zu sein. „Hier passiert nichts, hier wird niemand hinausgedrängt oder hinausgeredet.“

Der Staatssekretär hat dafür gesorgt, daß sie Zugang zu westlichen Medien erhalten. Das Bundespresamt schickt Videobänder von den Nachrichtensendungen der deutschen Fernsehkanäle. Westliche Zeitungen werden eingeliefert. Die Botschaften, die für den Dienstgebrauch nur eine begrenzte Anzahl von Telefonleitungen haben, stellen bei besonderen Anliegen Telefongespräche zu Angehörigen oder Kontaktpersonen in der Bundesrepublik Deutschland her. Rehlinger hat gesagt, die Leute sollten „voll informiert sein, um sich ein eigenes Urteil bilden zu können“.

Deshalb hat der Vorwurf der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die Flüchtlinge unterlägen einer „Kontaktsperre“, in Bonn große Verärgerung ausgelöst. Bei seinen Besuchen fragt Rehlinger die Menschen nicht nach den Gründen für die Flucht. Sie interessieren ihn auch nicht vorrangig, denn er weiß um das Recht jedes Deutschen auf Freizügigkeit. Das ist natürlich nur ein Grund.

Rehlinger kennt die Situation und das Straßengesetz der „DDR“, genauer gesagt den Paragraphen 219, der die Verbreitung „abträglicher“ Informationen unter Strafe stellt. Er will somit auch vermeiden, daß solche Gespräche in der Botschaft später als Vorwand für eine strafrechtliche Verfolgung herangezogen werden können. Denn bisher verlangt die „DDR“, daß die Flüchtlinge - unter Zusage von „Straffreiheit“ - zurückkehren. Erst dann, so die Argumentation Ost-Berlins, könnten sie in die „besonderen humanitären Bemühungen“ Bonns einbezogen werden. Der Ostberliner Rechtsanwalt Vogel, der das Mandat der SED-Führung hat, wollte, daß die Bundesregierung diese „Bedingungen“ an die Flüchtlinge heranträgt. Bonn hat das abgelehnt und so hat Vogel von sich aus den Weg in westliche Medien gesucht.

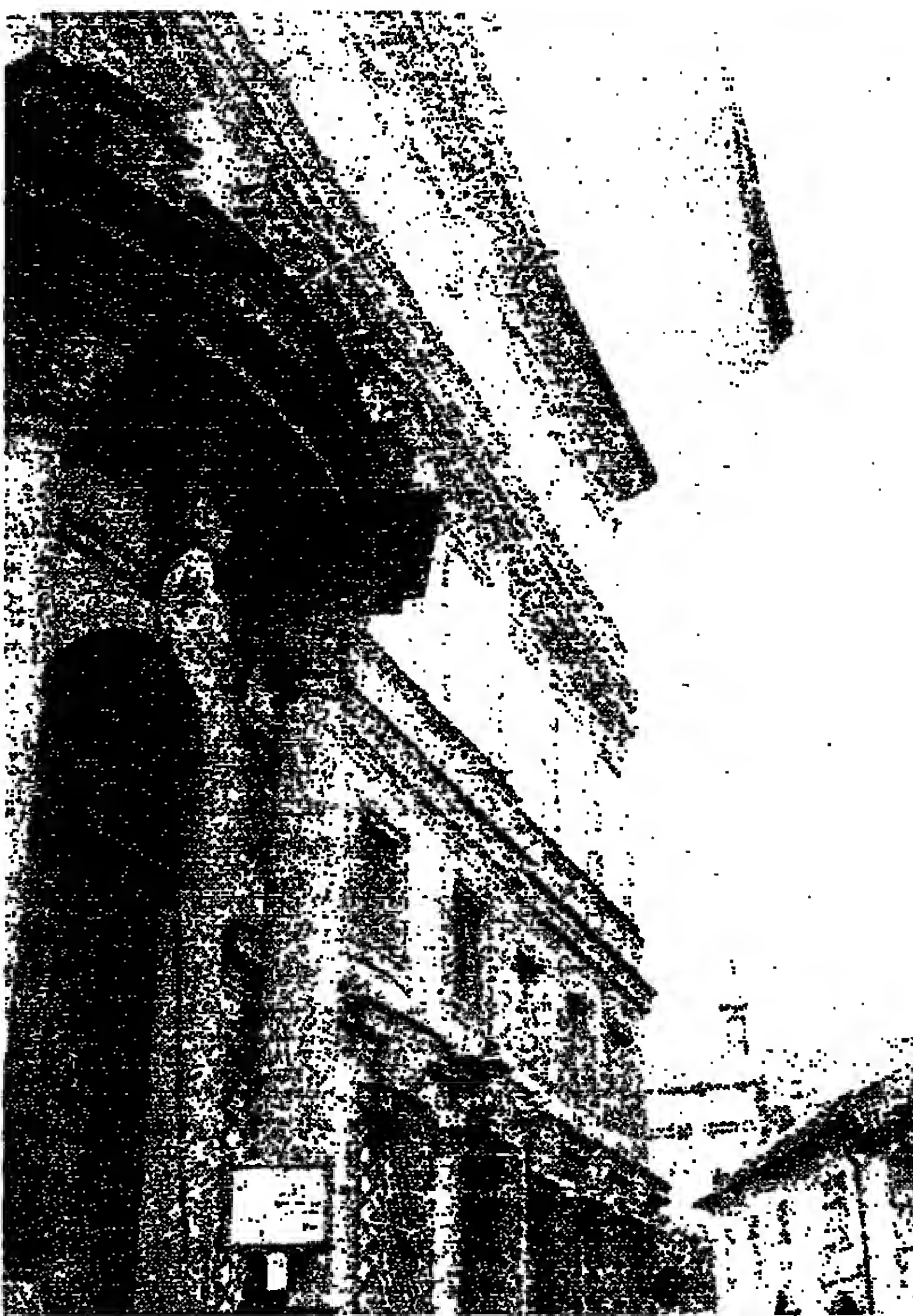
Das strafrechtliche Risiko, das Flüchtlinge bei „Kontakten“ eingehen, hat Rehlinger veranlaßt, eine Abordnung der IGFM in Bonn zu empfangen. Ihr Verlangen war, sie wollten eine „persönliche Beratung“ der Flüchtlinge in deren Ausreiselanliegen sicherstellen. Rehlinger sprach ihnen nicht den guten Willen ab, aber er machte sie zugleich auch auf die Gefährdung aufmerksam, die damit für die Flüchtlinge verbunden ist. Immerhin sind 1984 wegen der Verbreitung von „abträglichen Nachrichten“ in der „DDR“ mehrere Dutzend Menschen verurteilt worden. Rehlinger forderte von der IGFM eine schriftliche Mitteilung, in welcher Weise sie „konkret“ die Menschen in den Botschaften beraten wolle. Die Antwort steht noch aus.

In Prag, wo sich jetzt noch rund 80 der einstmals 160 Flüchtlinge aufhalten, hatten diese „Sprecher“ gewählt, die mit Rehlinger die Situation erörterten. Die Flüchtlinge in Prag sind fast nur junge Leute, die einen ordentlichen Beruf erlernt haben. Sie allesamt haben über das Westermessen die Entwicklung seit Anfang des Jahres verfolgt und waren schließlich zum Entschluß gekommen, auf den Zug „aufspringen“ zu müssen.

Viele bekannten, sie hätten geglaubt, „daß es diesmal noch gut gehen wird“. Ausreisegestaltungen hatten sie in der „DDR“ häufig gestellt. Sie waren entweder ohne Antwort geblieben, oder abschlägig beschieden worden. Einzelne von ihnen hatte man aus den Behördenzimmern hinausgeworfen, als sie mit ihrem Anliegen vorsprachen. Alle haben die Nachrichten über die Flucht von sechs „DDR“-Bewohnern am 22. Januar 1984 in die US-Botschaft in Ost-Berlin und deren Ausreise in den Westen verfolgt. Zwei Tage später hatte sich

Die „DDR“ hat den Flüchtlingen für den Fall der Rückkehr „Straffreiheit“ zugesagt. Rehlinger sagt den Menschen als „Staatssekretär der Bundesregierung“, daß Rechtsanwalt Vogel, der seit 20 Jahren Gesprächspartner der Bundesregierung sei, Zusage „noch nie gebrochen hat“.

Vogel ist für die Menschen in den Botschaften eine durchaus gute Adresse, wie sie in Gesprächen sagen. Rehlinger hat sichergestellt, daß Flüchtlinge, wenn sie es wünschen, Vogel in Ost-Berlin anrufen und um anwaltlichen Beistand bitten können. Der Bonner Staatssekretär rät den Flüchtlingen, falls sie zurückkehren wollen, Vogel den Kontakt mit den öffentlichen Behörden zu überlassen. Es gebe die Zusage, daß Ausreisegestaltungen in jedem Fall bearbeitet werden.



Die Bonner Botschaft in Prag: 80 „DDR“-Flüchtlinge harren aus. FOTO: AP

die „DDR“ bereitwillig, ebenso gegenüber zwölf Bewohnern zu verfahren, die in die Bonner Ständige Vertretung geflohen waren.

Den letzten Anstoß für viele, die jetzt in der Botschaft in Prag sitzen, hat die Nachricht über die Flucht der Stoph-Nichte im März und deren Freilassung in den Westen gegeben, obwohl Flüchtlinge, die im Mai und Juni Zuflucht in der Ständigen Vertretung gesucht hatten, erfahren mußten, daß die „DDR“ dies nicht mehr zulassen will.

Rehlinger erinnerte die Flüchtlinge in Prag und in Warschau an seine damalige, wohlüberlegte Formulierung: „Die Gegebenheiten zwingen zu der Feststellung, daß über Ausreisegestaltungen die DDR entscheidet.“ Die Menschen in den Botschaften bestätigen, daß sie das gehört haben, aber sie glauben, es geht weiter gut. Rehlinger muß ihnen sagen, daß dies alles inzwischen für die „DDR“ eine „prinzipielle politische Frage“ geworden ist und jeder von ihnen wisse, daß in solchen Angelegenheiten, in denen Prestige im Spiel ist, mit „Geld nichts zu machen ist“.

Die „DDR“ hat den Flüchtlingen für den Fall der Rückkehr „Straffreiheit“ zugesagt. Rehlinger sagt den Menschen als „Staatssekretär der Bundesregierung“, daß Rechtsanwalt Vogel, der seit 20 Jahren Gesprächspartner der Bundesregierung sei, Zusage „noch nie gebrochen hat“.

Dennoch hat sich in Prag ein „harter Kern“ zusammengefunden, der ausharren will. Rehlinger sagte ihnen, was sie tun oder nicht tun sollen. Er drängt schon gar nicht zur Rückkehr. In Prag haben ihn Flüchtlinge geradeheraus gefragt: „Was würden Sie an unserer Stelle tun, würden Sie zurückkehren?“ Rehlinger ist nicht ausgewichen. Er hat diese Frage mit einem knappen „Ja“ beantwortet, weil er weiß, daß den Leuten kaum eine Alternative bleibt.

werden. Aber, und das klingt für viele enttäuschend, „endgültige, verbindliche Zusagen“ für eine alsbaldige Ausreisegestaltung können nicht gegeben werden.

Rehlinger bleibt nur, den Menschen zu versichern, daß die Bundesregierung entsprechend der Verfassung jedem Deutschen, der in Not sei und um Hilfe bitte, diese nicht versagen werde. Bonn werde nicht ruhen, bis die Ausreisegestaltung in die „besonderen humanitären Beziehungen“ einbezogen seien.

Bis zum Ende dieses Jahres werden 36 000 Menschen aus der „DDR“ in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sein und zwar mit Ausreisegestaltungen Ost-Berlins. Dies ist, gemessen an den Jahren zuvor, ein absoluter Rekord. „Die Ausreisen gehen weiter. Tag für Tag kommen Leute.“ Diese Zahlen und Sätze sollen den Flüchtlingen in Prag, Warschau, Budapest und Bukarest sagen, daß sie trotz allem eine „reelle Chance“ haben, in den Westen zu gelangen.

Aber Rehlinger sagt ihnen nicht, was sie tun oder nicht tun sollen. Er drängt schon gar nicht zur Rückkehr. In Prag haben ihn Flüchtlinge geradeheraus gefragt: „Was würden Sie an unserer Stelle tun, würden Sie zurückkehren?“ Rehlinger ist nicht ausgewichen. Er hat diese Frage mit einem knappen „Ja“ beantwortet, weil er weiß, daß den Leuten kaum eine Alternative bleibt.

Dennoch hat sich in Prag ein „harter Kern“ zusammengefunden, der ausharren will. Rehlinger sagte ihnen, was sie tun oder nicht tun sollen. Er drängt schon gar nicht zur Rückkehr. In Prag haben ihn Flüchtlinge geradeheraus gefragt: „Was würden Sie an unserer Stelle tun, würden Sie zurückkehren?“ Rehlinger ist nicht ausgewichen. Er hat diese Frage mit einem knappen „Ja“ beantwortet, weil er weiß, daß den Leuten kaum eine Alternative bleibt.

## Stimmen zum Tode von Matthias Walden

Der Journalist Matthias Walden, bis zu seinem Tode Mit-Herausgeber der Zeitung DIE WELT und Geschäftsführer der Axel Springer Holding, wird heute in Berlin, der Stadt seines Wirkens, beigesetzt. Zum Ableben des in beiden Teilen Deutschlands bekannten Publizisten erreichten die Familie des Verstorbenen und den Verleger Axel Springer viele Beileidsbekundungen und Würdigungen des Toten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ehrte den Verstorbenen mit den Worten: „Der Tod von Matthias Walden berührt mich tief. Wir alle, ganz unabhängig vom eigenen politischen Standort, haben eine große Persönlichkeit des Journalismus verloren. Wer ihn gekannt hat, wird seine Freiheitsliebe und seinen unabhängigen Geist nicht vergessen. Aus den persönlichen Begegnungen mit Matthias Walden habe ich stets eine Mahnung verspürt und Hilfe gewonnen, das Wesentliche vom Beiläufigen zu unterscheiden und gewissenhaft zu handeln. Sein fester Charakter war um so eindrucksvoller, als er einen noblen und bescheidenen Menschen prägte. Wir alle werden Matthias Walden vermissen, uns aber nach seinen Maßstäben zu messen haben.“

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt schrieb an Axel Springer: „Walden und ich haben uns seit einem Vierteljahrhundert gekannt. Wir waren politisch meist verschiedener Meinung. Aber wir wußten voneinander, daß auch der andere von ganzem Herzen und mit gleichem Tiefgang sich für die Interessen Deutschlands und für den Bestand der deutschen Nation einsetzte. Deshalb haben wir im Laufe der Jahre auch des öfteren unsere Auffassungen miteinander ausgetauscht... Sein Tod geht mir nahe. Ich wollte daß Sie dies wissen.“

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß bekannte: „Der Tod des Mit-Herausgebers der WELT geht mir sehr nahe. Er bedeutet ein sehr herbes Vermissen für die internationale konservative Publizistik. Mir wird Matthias Walden als ein Mann in Erinnerung bleiben, der im christlichen Glauben verankert, von der Solidarität mit den Unterdrückten erfüllt und mit der Gabe ausgestattet war, für beides um der Menschenwürde willen die Stimme zu erheben. Ihr gilt es über seinen Tod hinaus Gehör zu verschaffen.“

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg schrieb: „Die Nachricht vom Heimgang von Matthias Walden hat mich tief bewegt und erschüttert. Ich weiß, daß Sie mit ihm einen ganz besonders geschätzten und verdienstvollen Freund und Weggefährten verlieren.“

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel schrieb: „Der internationale Journalismus verliert einen besonders gebildeten und scharfsinnigen Repräsentanten. Zu Recht wurde immer wieder seine politische Gradlinigkeit und persönliche Ehrenhaftigkeit von Gleich- und Andersdenkenden hervorgehoben.“

Der Präsident des Abgeordnetenhaus von Berlin, Peter Rebsch, schrieb: „In Matthias Walden verliert Berlin einen hervorragenden Publizisten und einen engagierten Verfechter des demokratischen Rechtsstaates. Matthias Walden hat immer wieder daran erinnert, daß Freiheit keine Selbstverständlichkeit, sondern ein kostbares Gut ist, das wir alle sorgfältig bewahren müssen.“

Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek kabeelte: „Die Nachricht vom Tode Matthias Waldens traf uns unerwartet und war daher um so erschütternder, war es doch erst gestern, daß wir ihn hier in Jerusalem begrüßen durften. Welch großer Verlust für Deutschland, und über dessen Grenzen hinaus, von nun an auf Matthias Waldens uner-müdlische und unbequeme Auftritte an Gewissen und Bewußtsein verzichten zu müssen.“

Der Bonner Justizminister Hans Engelhard erklärte: „Die deutsche Publizistik verliert mit Matthias Walden einen ihrer profiliertesten Vertreter, dessen unermüdlisches und leidenschaftliches Eintreten für die Einheit Deutschlands, die Freiheit Berlins und für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden unvergessen bleiben wird.“

Im Namen der CDU/CSU-Fraktion schrieb deren Vorsitzender Alfred Dregger: „Ich habe Matthias Walden immer als kritischen Wegbegleiter empfunden, der insbesondere die Phase meines politischen Wirkens in Hessen mit besonderer Intensität verfolgt hat. Seine Worte waren scharf, seine Thesen zwingen zur Auseinandersetzung - verteilend war sein Journalismus nie. Sein Wirken galt der Freiheit, dafür gebührt Matthias Walden Dank über den Tod hinaus.“

Der Botschafter des Staates Israel in Bonn, Jitzhak Ben-Ari, telegrafierte: „Wir betrauern mit Ihnen das frühe Ableben von Matthias Walden. Seine Liebe zu Deutschland, seine Menschlichkeit, sein Geschichtsbewußtsein und Verantwortungsgewissen werden uns stets in Erinnerung bleiben.“

Der Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens, Professor Dieter Stolte, schrieb an Axel Springer: „Matthias Walden gehörte zu den herausragenden deutschen Journalisten, die nicht müde geworden sind, sich in Wort und Schrift für die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes einzusetzen. Gerade in seiner Überzeugungsstärke und Geradlinigkeit war er vielen jüngeren Journalistenkollegen des Rundfunks ein Vorbild.“

Rias-Intendant Peter Schirwy: „Ich traure mit Ihnen um einen großen journalistischen Streiter und Kollegen im Kampf für Freiheit und Menschenrechte. Sein unermüdlischer Einsatz für unser Berlin bleibt unvergessen.“

SFB-Intendant Lothar Loewe: „Matthias Walden war ein aufrechter Mann, der zu seiner Meinung stand, ein glühender Demokrat, der jede Form der Intoleranz und des Totalitarismus verabscheute. Das Schicksal des geteilten Deutschlands beschäftigte ihn bis in die letzten Stunden seines Lebens. Er war ein deutscher Patriot.“

Für den Bundesverband deutscher Zeitungsverleger erklärte dessen Präsident Alfred Neven-Dumont: „Mit dem Namen des Verstorbenen verbindet sich ein mutiges und konsequentes Engagement für unser freiheitliches Staatswesen. Durch sein reiches publizistisches Wirken über den Tag hinaus wird er der deutschen Presse unvergessen bleiben.“

## Handels-Bank

Manche glauben, die Industriekreditbank sei nur für die Industrie da. Dabei arbeiten immer mehr große, mittlere und kleine Handelsunternehmen bei langfristigen Kapitalbedarf mit der IKB zusammen - und handeln damit richtig. Denn der Langfristkredit von der IKB ist nicht branchengebunden. Testen Sie uns auch als Handels-Bank.

Industriekreditbank AG  
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart



## Rehberger: Die wichtigste Wahl seit der Volksabstimmung 1955

Union warnt vor einem rot-grünen Bündnis / Ruin des Landes prophezeit

GEORG BAUER, Saarbrücken  
Die Karten sind gemischt und verteilt. Klar ist auch, welche der vier maßgeblichen Spieler, die bei der Landtagswahl im Saarland am 10. März um die (Prozent-) Punkte kämpfen, zusammenspielen. Auf der einen Seite sitzen – nach der eindeutigen Absage des FDP-Vorsitzenden und Wirtschaftsministers, Horst Rehberger, eine Koalition mit der SPD unter Führung ihres Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine einzugehen – Christdemokraten und Freidemokraten. Und ihnen gegenüber rücken Sozialdemokraten und Grüne zusammen, deren Sympathie füreinander zwar offensichtlich ist, die jedoch noch nicht wissen, ob sie sich gegenseitig mit guten Karten bedienen oder nur nicht ausstechen wollen.

Lafontaine signalisierte Entschlossenheit. Hatte der SPD-Landesvorsitzende, der am Sonntag auf dem Landes-Parteitag seine Linie gegenüber den Grünen wohl bekräftigen wird, doch erklärt, er dulde eher bis zu einem erneuten Umengang einen geschäftsführenden Ministerpräsidenten Werner Zeyer, als daß er sich von den Grünen – sei es nun bei Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen einer SPD-Landesregierung – erpressen lasse. Doch auch sein Parteifreund Börner, dank der Hilfe durch die Grünen Ministerpräsident in Hessen, ließ einst wissen, daß er gegenüber den Grünen eine Politik der Härte einschlagen wolle. Auch Hans Apel, SPD-Spitzenkandidat in Berlin, meinte zu einer SPD/Grünen-Partnerschaft, für Hessen und das Saarland sei das machbar, für Berlin aber nicht.

An diesem Punkt hakt die in Saarbrücken regierende CDU/FDP-Koalition mit zunehmender Schärfe ein. Eine rot-grüne Zusammenarbeit an der Saar, so vermutet man aus den Reihen der Koalition, würde das Land mit seinen enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Ruin führen.

Wirtschaftsminister Rehberger stufte die Entscheidung am 10. März sogar als die „wichtigste Wahl der Saarländer seit der Volksabstimmung 1955“ ein. Hunderttausende, so warnte er gegenüber der WELT, müßten auf der Suche nach Arbeit das

Saarland verlassen, wenn die Grünen mit an die Regierung kämen.

Einen noch schärferen Ton schlug er an, als er sich zum Thema Arbeitslosigkeit äußerte, das – abgesehen vom Umweltschutz – Wahlkampfthema Nummer eins sein wird. „Es käme Lafontaine zupass, wenn Arbed in Konkurs ginge“, sagte er. Dann hätte Lafontaine die Wahl gewonnen, sein Weg in die Staatskanzlei wäre aber mit Zehntausenden von Arbeitslosen gepflastert.

Der Verdacht, daß der SPD-Landesvorsitzende die Stimmung in der Bevölkerung über eine wachsende Konkurrenz des Unternehmens gegen die Landesregierung aufbringt, drängt sich nach Meinung



Rehbergers um so mehr auf, als auch der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei Arbed-Saar, der Gewerkschafter Rudolf Judith, in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „Capital“ für einen Konkurs plädiert haben soll. Hier könne man den Eindruck gewinnen, daß Judith, der die Passage des Interviews dementsagt hat, mit seinem Freund, dem SPD-Landesvorsitzenden Lafontaine, ein „abgekartetes Spiel“ getrieben habe.

Schließlich habe der Sozialdemokrat, so Rehberger, wenige Tage vor der Äußerung Judiths die Nützlichkeit der Finanzspritze für Arbed-Saar in Höhe von 72 Millionen Mark durch die EG-Kommission angezweifelt. Damit sei Lafontaine der Landesregierung in ihrem Bemühen um die wirtschaftliche Gesundung des Unternehmens einmal mehr in den Rücken gefallen. Auch Ministerpräsident Zeyer hatte Judith kritisiert. „Es ist schlimm, wie hier Leute bewußt verunsichert werden“.

Eine Lösung des Problems „Arbed“ verspricht sich die Landesregierung von den Ratschlägen einer seit kurzem tätigen Unternehmensberatung. Erste Teilergebnisse sollen noch in diesem Jahr vorliegen. „Wenn das Ergebnis Hand und Fuß hat, dann muß das getan werden, was

notwendig ist“, meinte Rehberger. In der Vergangenheit sei eine Sanierung des Unternehmens vor allem deshalb gescheitert, weil man immer die am wenigsten schmerzhaften Therapie angewandt habe. Grundsätzlich aber müsse es der Landesregierung gelingen, glaubwürdige Positionen bei Arbed-Saarstahl zu vertreten.

Glaubwürdigkeit – ein Stichwort, das für die Stimmabgabe der Saarländer von entscheidender Bedeutung sein wird. Garantiert die Landesregierung, so wird sich mancher Wähler fragen, nach den verschiedenen kurzfristigen Rettungsaktionen diesmal ein Konzept zur langfristigen Sanierung? Oder hängt das Unternehmen weiter am Beatmungsgerät ohne Aussicht auf eigene Lungentätigkeit?

Die Geduld der Saarländer, die so oft in den Abgrund schauen, scheint nicht endlos strapazierbar. Auf diese Einstellung spekuliert wohl auch die SPD. Die Sozialdemokraten, die seit Jahren predigen, Arbed-Saar als ein zum luxemburgischen Arbed-Konzern gehörendes Unternehmen in die deutsche Stahlindustrie zu reintegrieren, fordern die Entscheidung des Problemfalles mit seinen mehr als drei Milliarden Mark hohen Verbindlichkeiten. Auf eine einfache Formel gebracht, heißt dies: Zuschüsse statt Bürgschaften. Der Staat soll's regeln.

Ob das Konzept der Sozialdemokraten, die der Regierung vorwerfen, sich nie durch ein entschiedenes Nein zur Kernenergie eindeutig für die Kohle ausgesprochen zu haben, das Ei des Kolumbus ist? Lafontaine ließ wissen, daß es auch bei einer SPD-Landesregierung nicht ohne soziale Härten abgehe, doch wie und was genau geschehen müsse, kann auch die SPD nicht sagen. Der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Burghard Schneider, erklärte dies mit dem Fehlen von Detailinformationen. Seit 1980 habe Zeyer kein Gespräch mehr mit Lafontaine geführt.

Haben die Saarländer also nur die Wahl zwischen Skylla und Charybdis? Mit Blick auf die Folgen einer möglichen rot-grünen Zusammenarbeit meinte Rehberger: „Die Wähler müssen sich fragen, ob sie diese Politik wollen.“

## „Lasten des Sparens auf alle Schultern verteilen“

Die Union ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe auf der Suche nach einer Ersatzlösung für die Investitionshilfeabgabe. Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, formuliert in einem Gastbeitrag für die WELT seine Vorstellungen.

Von HEINER GEISSLER

Die CDU besteht nach der Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auf einem Ausgleich für den Wegfall der Investitionshilfeabgabe, denn die Lasten der gewaltigsten Sparaktion in der Geschichte der Bundesrepublik (über 40 Mrd. seit 1982) müssen auf alle Schultern verteilt werden. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil die Bürger zum Sparen bereit sind. Allerdings müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Das Sparen muß einen Sinn haben und
2. die Bürger müssen darauf vertrauen können, daß es in diesem Staat gerecht zugeht.

Nur wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, bleibt in der Bevölkerung ein Konsens über die notwendige Politik der Bundesregierung erhalten.

Der Erfolg des Sparens ist bereits offenkundig: Die Wirtschaft wächst wieder, die Exporte steigen, wir haben Preisstabilität wie zu Ludwig Erhards Zeiten, die Zahl der Kurzarbeiter geht zurück.

### Frage der Gerechtigkeit

Bei der Suche nach einer Ersatzlösung für die richtige Investitionshilfeabgabe muß nun die Frage nach der Gerechtigkeit beantwortet werden. Es ist bedauerlich, daß sich die Diskussion um alternative Lösungen auf eine Auseinandersetzung um die Ergänzungsabgabe zugespielt hat.

Die Ergänzungsabgabe ist aus verschiedenen Gründen problematisch: Sie ist eine Steuer, die nur der Bund bekommt; sie kann nur erhoben werden, wenn ein unabweisbarer Bedarf des Bundes besteht, der auf andere Weise nicht gedeckt werden kann; und Ausnahmen für Handwerker

und Unternehmer, die investieren, sind nur sehr schwer möglich.

Für die Suche nach einer Ersatzlösung ist es daher ein Gebot der Stunde, den Sachverstand aus Wissenschaft und Politik dafür einzusetzen, einen gangbaren und praktikablen Weg zu finden, für den auch weiterhin der Grundsatz gilt, Investitionen von dieser Belastung auszunehmen, da damit bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Handwerker und Unternehmer, die investieren, dürfen also nicht bestraft werden.

### Soziales Gewissen

Aber wenn z. B. Rentner einen Krankenversicherungsbeitrag zur Sanierung des Sozialhaushalts zahlen müssen, und Arbeitnehmer mit der Anhebung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung an der Sparaktion beteiligt werden, dann kann Ministern, Inspektoren, Chefredakteuren, Fernsehstars und Fußballspielern, also Höherverdienenden, auch ein entsprechendes Opfer zugemutet werden.

Bei dieser Diskussion wird der Eindruck vermittelt, als solle auf die Höherverdienenden eine zusätzliche Belastung zukommen. Es geht jedoch lediglich darum, eine Ersatzlösung für die richtige Investitionshilfeabgabe zu finden. Die Frage nach einer Ersatzlösung ist nicht vom Neid bestimmt wie manche meinen, denn Neid ist ein schlechter Ratgeber. Die Union hat vielmehr ein soziales Gewissen, es geht ihr um einen gerechten Weg. Würden beispielsweise die Konsequenzen des wenig hilfreichen Wortes von der „Neidsteuer“ zu Ende gedacht, so bedeutete dies schließlich, die Steuerprogression zu beseitigen.

Für die Suche nach Ersatzlösungen muß gelten, daß die politische Diskussion nicht ausformt darf. Die Zielrichtung einer nach vorn gerichteten Diskussion um die richtige Investitionshilfeabgabe muß klar sein: Zwar ist die Zwangsanleihe verfassungswidrig, doch wird damit keineswegs die Zielsetzung – nämlich alle Bürger an den Sparmaßnahmen zu beteiligen – nichtig.

## „Kernpunkt ist die Entlastung von Steuern“

H.H. Bonn

„Für überflüssig und schädlich“ hält Theo Waigel, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die Diskussion in der Bonner Koalition über einen Ersatz für die gescheiterte Zwangsanleihe. „Eine Ergänzungsabgabe wird es mit der CDU nicht geben“, bekräftigt er die Position seiner Partei in der Münchner „Abendzeitung“. Doch fällt sein Widerstand gegen eine Verschiebung von Steuervorteilen für Besserverdienende im Rahmen der 1986 beginnenden Steuerreform nicht ganz so deutlich aus. Davon halte er „nicht viel“. Ein Kernpunkt der wirtschaftspolitischen Strategie sei die geplante Steuerentlastung. Die Erhebung einer Ergänzungsabgabe oder auch eine verminderte Entlastung „wären kontraproduktiv und somit das genaue Gegenteil von dem, was mit der Steuerreform erreicht werden soll“. Für Waigel stellt sich nicht die Frage, „ob Handlungsbedarf besteht, sondern ob etwas richtig ist oder nicht“. Die CDU werde geschlossen gegen den Gesetzentwurf für eine Ergänzungsabgabe stimmen, den die SPD in der nächsten Woche im Bundestag einbringen will.

## Kujau wurde im Gerichtssaal festgenommen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der 46jährige Fälscher der Hitler-Tagebücher, Konrad Kujau, der vor einer Woche nach einem Haftverschonungsbeschluss der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, ist gestern im Gerichtssaal erneut festgenommen worden. Zuvor hatte der Erste Strafsenat des Hanseatischen Obergerichts eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Freilassung Kujaus stattgegeben und den Haftverschonungsbeschluss der Strafkammer aufgehoben.

Von der erneuten Festnahme, die zu Beginn der Mittagspause stattfand, war Kujau offenbar völlig überrascht. Sein Verteidiger, Kurt Groenewald, erklärte, es sei ungewöhnlich, daß weder er noch sein Mandant vor der Entscheidung angehört worden sei. Das Obergericht habe damit nur nach der Aktenlage entschieden. Begründet hatte das OLG seinen Beschluss ebenso wie die Staatsanwaltschaft ihre Beschwerde mit dem Hinweis, angesichts der für Kujau zu erwartenden hohen Freiheitsstrafe bestehe weiter eine erhebliche Fluchtgefahr. Die Strafkammer hatte demgegenüber vor einer Woche ihren Haftverschonungsbeschluss auf die Feststellung gestützt, die Flucht- und Verdunkelungsgefahr habe erheblich abgenommen, weil inzwischen alle Zeugen zum Komplex des Angeklagten Kujau vom Gericht angehört worden seien. Kujau ist ebenso wie der frühere „Stern“-Reporter Gerd Heidemann des schweren Betrugs angeklagt. Der Militäri-Händler aus Stuttgart hat, wie berichtet, die Fälschung der Tagebücher gestanden.

Vor der erneuten Festnahme Kujaus hatte das Gericht die Vernehmung des Zeugen Thomas Walde fortgesetzt, der als Ressortleiter für Zeitgeschichte im „Stern“ der Vorgesetzte Heidemann gewesen war. Walde sagte aus, er und Heidemann hätten dem Vorstand des Verlages Gruner + Jahr empfohlen, die Chefredaktion nicht in die Recherchen einzumischen. Der Vorstand unter dem damaligen Vorsitzenden Manfred Fischer sei diesem Rat gefolgt. Als das erste Exemplar der Tagebücher im Verlag angetroffen sei, habe Fischer ihn, Walde, und Heidemann beauftragt, das Projekt weiter zu betreiben. Dieses erste Tagebuch habe bei den damit befaßten „Stern“-Redakteuren ein „ambivalentes Gefühl“ ausgelöst: „Das Monstrum Hitler hat es geschrieben“, Heidemann habe schon Anfang 1981 vorgeschlagen, möglichst viele Historiker unterschiedlicher Richtung einzubeziehen, um die Echtheit der Bücher sorgfältig zu überprüfen. Die Chefredaktion sei erst im Mai 1981 über die Tagebuch-Recherchen informiert worden, nachdem Heidemann auf ein anderes Thema angesetzt worden sollte. Walde: „Uns war nicht wohl zumute, aber wir waren stolz, als wir der gekränkten Chefredaktion von unserer Arbeit berichteten.“

## Keine Alternative zu neuer Technologie

DW. Bochum

Wissenschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland haben nach Überzeugung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) keine andere Wahl, als neue Technologien komplett zu entwickeln und möglichst schnell anzuwenden. Andernfalls würden diese Technologien importiert, betonte der Politiker bei einer Fachtagung der nordrhein-westfälischen CDU gestern in Bochum. Dies aber hätte für ein so exportabhängiges Hochland wie die Bundesrepublik unabsehbare Folgen – auch auf dem Arbeitsmarkt.

## Hilfegesetz für ehemalige Häftlinge aus der „DDR“ wird unterlaufen

Bund und Länder legen „persönliches Verhalten“ neu aus / Der Fall Gisela Putzke

XING-HU KUO, Frankfurt  
Die Kellnerin Gisela Putzke aus Frankfurt/Oder wurde am 24. Oktober 1976 am Grenzübergang Marienborn bei einem Fluchtversuch vom Staatssicherheitsdienst (SSD) der „DDR“ verhaftet. Sieben Jahre verbrachte die damals 20jährige Frau unter unmenschlichen Bedingungen im Frauenzuchthaus Hoheneck. Die langjährige Freiheitsstrafe war die Rache des SSD: Frau Putzke hatte sich hartnäckig geweigert, als Serverin Gäste zu bespitzeln. Der Fluchtversuch war die verzweifelte Tat der jungen Frau, sich dem wachsenden Druck der „DDR“-Geheimagenten zu entziehen. 1983, von Bonn freigekauft (für ihre Freilassung hatten sich zahlreiche Politiker, darunter der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, eingesetzt), begann in der Bundesrepublik ein neuer Kampf, diesmal gegen die hessischen Behörden.

### Strengere Maßstäbe

Der Regierungspräsident in Darmstadt lehnt es ab, Frau Putzke Eingliederungshilfe nach Paragraph 9b des Häftlingshilfegesetzes (HHG) zu gewähren. Dieser Paragraph sieht vor, daß ein ehemaliger politischer Häftling, der länger als zwei Jahre inhaftiert war und „nur wegen seines persönlichen Verhaltens“ in Gewahrsam gehalten wurde, erhebliche finanzielle Leistungen bekommen soll.

Im Fall der Frau Putzke und in zahlreichen ähnlichen Fällen werden allerdings seit Mai 1983 strengere Maßstäbe angewandt als bisher. Nach bisheriger Verwaltungs- und Rechtspraxis wurde das „persönliche Verhalten“ so gewertet, daß ohne dieses Verhalten der Antragsteller „nicht in Gewahrsam genommen worden wäre“. Nach dieser Definition hätten die meisten politischen Häftlinge aus der „DDR“, sofern sie länger als zwei Jahre im Gefängnis waren, einen Anspruch auf diese Hilfe.

Die Flüchtlingsbehörden in Hessen und anderen Bundesländern verweisen auf eine Vereinbarung zwischen dem Bundesinnenminister und den Landesverwaltungen vom Mai 1983 in Lübeck, die eine strengere Auslegung dieses „persönlichen Verhaltens“ vorsieht. Nimmern sollen 9b-Leistungen nur dann erfolgen, wenn der Betroffene „wegen seiner politischen Tätigkeit oder politischen Meinungsäußerung sich in einer besonderen Zwangslage befunden hat, aus der er sich durch die Flucht aus dem Gewahrsamsstaat befreien wollte“. Vor allem die Formulierung „besondere Zwangslage“ öffnet der Verwaltung

Tür und Tor für Ablehnungsbescheide, die jetzt in immer größerer Zahl gerade den langjährigen Opfern der SED-Justiz ins Haus flattern.

Im Falle von Frau Putzke schrieb die Darmstädter Behörde am 29. Juni 1984 wörtlich: „In der bloßen Abwesenheit von der DDR ist aber keine politische Widerstandshandlung im Sinne von Paragraph 9b HHG zu sehen.“ Ferner heißt es: „Ob die Dauer der Haft möglicherweise auch von ihrer nachträglichen Weigerung abhängig war, für das Ministerium für Staatssicherheit zu arbeiten, läßt sich nicht feststellen und ist auch nicht entscheidungserheblich.“

Frau Putzke hat am 7. November dieses Jahres das Land Hessen beim Verwaltungsgericht Darmstadt auf Zahlung der HHG-Leistungen nach Paragraph 9b verklagt. Sie habe durchaus durch „mein persönliches Verhalten alle Werbeversuche des MS, auch unter dem Druck der Verhaftung, abgelehnt“. Die Bewertung ihres Falles sei, so Frau Putzke, verbitert, „eine indirekte Aufforderung zur Mitarbeit“ für den SSD der „DDR“.

Einen ähnlichen Ablehnungsbescheid erhielt das Spitzenportlerpaar Joachim und Monika Weiser, die nach dreijähriger politischer Haft im Frühjahr 1984 in den Westen gekommen sind. Der Hammerwerfer und Trainer Joachim Weiser und seine Frau, Physiotherapeutin der Handballnational- und Olympiamannschaft der „DDR“, wurden nach einem Fluchtversuch in Bulgarien zu drei Jahren Haft verurteilt. Frau Weiser, im siebten Monat schwanger, mußte nach der Entbindung ihre Strafe antreten. Das neugeborene Kind haben die Eltern erst drei Jahre später wiedergesehen.

### Scharfe Kritik der Hilfsorganisationen

Zur Flucht hatte sich das Ehepaar entschlossen, nachdem der SSD sie zu Spitzeltätigkeiten aufgefordert hatte. Auch hier teilte der Regierungspräsident in Darmstadt mit: „Handlungen, die nur darauf gerichtet sind, sich dem Einfluß des herrschenden politischen Systems zu entziehen (zum Beispiel versuchte Republikflucht oder Kontakt mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin), seien kein persönliches Verhalten“ im Sinne des HHG-Paragraphen 9b.

Mit Ausnahme von Berlin, wo durch den Blick auf Mauer, Mienenfeld und Stacheldraht das politische Fingerspitzengefühl gegenüber den Opfern der SED-Justiz offenbar noch nicht so verkümmert ist wie sonst

bundesweit, gibt es neuerdings sehr viele solcher Bescheide.

Hilfsorganisationen, die diese Praxis mit zunehmender Sorge beobachten, kritisieren deshalb die neue, verschärfte Auslegung des „persönlichen Verhaltens“ als ungesetzlich und vor allem unmenschlich gegenüber den längere Zeit in „DDR“-Gefängnissen Inhaftierten. Erhard Göhl von der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM) in Frankfurt zur WELT: „Es ist unzumutbar für die Leidgeschickten aus der DDR, sich nach langer Haft mit den westdeutschen Behörden gerichtlich herumzuschlagen. Oft haben sie auch Angst, dies zu tun, da es drüben keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gibt. Sie resignieren dann häufig.“ Das IGFM-Vorstandsmitglied, das viele solcher Fälle für die Betroffenen aufgegriffen und die Ex-Häftlinge auch vertreten hat, fordert die Bundes- und Landesbehörden auf, zur früheren gesetzestreu Praxis zurückzukehren. Das neue Abkommen zwischen Bonn und den Flüchtlingsverwaltungen sei ein unzulässiges „Unterlaufen des Häftlingshilfegesetzes“.

Der Freikauf von Häftlingen solle nicht dazu führen, daß man „Menschen aus rettender Ufer bringt, ohne Wiederbelebungversuche zu machen“.

### Ein Signal aus Karlsruhe

Inzwischen haben die Betroffenen ein Signal aus Karlsruhe erhalten. Das dortige Verwaltungsgericht hat am 23. August einem Kläger recht gegeben, dem ebenfalls die HHG-Leistungen nach Paragraph 9b wegen angeblich unzureichenden „persönlichen Verhaltens“ verweigert worden waren (Az. 3K 60/84). Wörtlich: „Denn nach wie vor gilt, wie das Bundesverwaltungsgericht bereits in einem Urteil vom 12.4.1978 entschieden hat, daß auch die HHG den Bewohnern der DDR grundsätzlich nicht zumutet, sich Verhältnissen anzupassen, wenn sie es nicht wollen. Wie das Bundesverwaltungsgericht ausgeführt hat, ist die Ausreisefreiheit nach freiheldemokratischer Auffassung ein so hohes Rechtsgut, daß der Staat es seinen Bewohnern so uneingeschränkt wie möglich gewähren muß. Das in der praktischen Wirkung nahezu uneingeschränkte Verbot der Ausreise auf Dauer, das die DDR über ihre Bewohner verhängt hat, ist nicht freiheitlich. Der einzelne muß sich dem Machtanspruch entziehen können, der ihm eine wesensgemäße Entfaltung seiner Persönlichkeit verwehrt.“

## Ein Posten für Wiesheu

Neuer Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung

PETER SCHMALZ, München  
Neuer Posten für den CSU-Politiker Otto Wiesheu: Der Vorstand der CDU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung beschloß gestern in München, den wegen eines Verkehrsunfalls mit Todesfolge beurlaubten CSU-Generalsekretär mit Wirkung vom 1. Dezember zum neuen Geschäftsführer zu berufen. Er wird damit die Nachfolge des ehemaligen Strauß-Referenten Wolfgang Maurus antreten, dem künftig als Abteilungsleiter die Bereiche Koordinierung und Außenorganisation unterstehen.

Mit der gestrigen Entscheidung beendete die CSU-Führung eine seit Monaten anhaltende Spekulation über die politische Zukunft des 40jährigen Nachwuchspolitikers, dessen steile Karriere im Oktober vergangenen Jahres durch einen schweren Verkehrsunfall unterbrochen wurde. Wiesheu hatte mit seinem Dienstwagen einen Alkoholeinfluß von 0,15 Promille gemessen, dessen Fahrer getötet wurde. Das Amtsgericht München verurteilte den CSU-Politiker daraufhin zu 13 Monaten ohne Bewährung. Wiesheu legte gegen dieses

Urteil Berufung ein, der Termin der zweiten Verhandlung ist noch offen.

Abgeschlossen hat Wiesheu gestern auch das Kapitel Generalsekretär. Nach dem Unfall war er auf eigenen Wunsch beurlaubt worden, die Funktion des CSU-Generalsekretärs nimmt seit der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Gerold Tandler, wahr. Wiesheu erklärte von sich aus, eine Rückkehr in dieses Amt komme für ihn nicht mehr in Betracht. Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen, daß Tandler vom CSU-Vorstand am 3. Dezember beauftragt werden kann, bis zur Bundestagswahl 1987 auf diesem Posten zu verbleiben.

Dagegen erhält Wiesheu, dessen Fähigkeiten von Strauß und Tandler hoch geschätzt werden, als Geschäftsführer der Stiftung die Chance, in einer von der Öffentlichkeit weniger beachteten Position politisch aktiv zu bleiben. Der Jahresetat der Stiftung beträgt rund 40 Millionen Mark, die Hälfte davon wird für Projekte in Entwicklungsländern verwendet.

## Worte gegen Gewehre

Der Sender „Freies Afghanistan“ vor der Realisierung

WALTER H. RUEB, Bonn  
Die „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität“ in Stuttgart ist ihrem Ziel, in Afghanistan den UKW-Sender „Stimme freies Afghanistan“ zu installieren, ein wichtiges Stück näher gekommen. Tragbares Mini-Studio sowie 30-Watt-Sender mit Batterieversorgung sind produktionsreif und bei einer japanischen Firma in Auftrag gegeben worden.

„Wo Menschen hingemetzelt werden, müssen zumindest die Toteschreie in die freie Welt übertragen werden“, sagte Bundeswehr-Major Erik Kothny, Gründer und Vorsitzender der Gesellschaft, über Sinn und Ziele seiner Initiative. „Denn wenn es uns nicht gelingt, die Berichterstattung aus Afghanistan zu verstärken, wird dieser Völkermord unter Ausschluss der Öffentlichkeit weitergehen.“

Trotz der Weigerung des Stuttgarter Finanzamtes, der Gesellschaft den Status der Gemeinnützigkeit zu gewähren, sind Kothny und seine Freunde optimistisch, die für eine Realisierung des Projekts notwendigen Finanzmittel zusammenzubekommen. Bisher ist das Spendenaufkommen zufriedenstellend. In einer Versammlung wurden jetzt die künftigen Aktivitäten festgelegt. Anfang Dezember soll in der Stuttgarter Innenstadt zusammen mit der Jungen Union ein Info-Stand ein-

gerichtet werden, am 27. Dezember, dem fünften Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, soll in einer Versammlung die Summe sämtlicher Spenden ermittelt, bekanntgegeben und über ihre Verwendung entschieden werden.

Im Januar 1985 will Kothny bei einem Besuch in Peshawar alle Gruppen des afghanischen Widerstandes für eine Mitarbeit und Unterstützung des „Senders freies Afghanistan“ gewinnen. „Es ist geplant, den Sender nach rein journalistischen Gesichtspunkten zu betreiben“, sagte Kothny. „Wir hoffen, daß junge Afghanen in der freien Presse der Bundesrepublik geschult werden können. Nur wenn es gelingt, Verleger, Journalisten-Organisationen und Redakteure für das Projekt zu gewinnen, kann die Berichterstattung aus Afghanistan verstärkt werden. Nicht Propaganda wird unsere Arbeit sein, sondern die Wahrheit. Und wir wollen das Wort gegen die Kalaschnikow setzen. Das Wort wird siegen.“

Die erste Sendung für die „Stimme freies Afghanistan“ soll im Frühjahr in der Schwabenlandhalle in Stuttgart-Fellbach öffentlich aufgeschaltet werden. Deutsche und afghanische Künstler haben ihr Mitwirken bereits zugesagt. Die Sendung „Ein Lied für die Freiheit“ wird durch politische Referate, Interviews, Nachrichten und Meinungen vervollständigt.

„FÜR DIE WENIGEN MIT GUTEM GESCHMACK“

MONT BLANC

MADE IN GERMANY

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.



23. November  
Punkt ist  
ntlastung  
teuern  
...  
wurde im  
ssaal  
ommen  
...  
alternativ  
chnologie

## Geringeres Nettoeinkommen durch höhere Abzüge vom Weihnachtsgeld

Jetzt jährliche Bemessungsgrenze für Beitragsberechnung von Sonderzahlungen maßgebend

**PETER JENTSCH, Bonn**  
Wer in diesen Tagen mit seinem Lohn oder Gehalt das Weihnachtsgeld erhält, wird feststellen, daß im Vergleich zum vergangenen Jahr höhere Abzüge zu einem geringeren Nettoeinkommen führen. Der Grund: Das Weihnachtsgeld wird stärker als bisher in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) einbezogen.

Eingeführt wurde diese Regelung durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984. Danach ist für die Beitragsberechnung von Sonderzahlungen nicht mehr die monatliche, sondern die anteilige jährliche Beitragsbemessungsgrenze (die wird jährlich der Gehaltsentwicklung angepaßt) maßgebend. In diesem Jahr liegt die Beitragsbemessungsgrenze für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 5200 Mark, für die Krankenversicherung bei 3900 Mark.

Mit der neuen Regelung wurde zu nächst mehr Gerechtigkeit erreicht. Dazu ein Beispiel: Ein Arbeitnehmer erhielt 1983 zwölf gleiche Monatsgehälter à 3750 Mark, im Jahr also 45 000 Mark. Davon zahlte er 7785 Mark an die Sozialversicherung. Das Jahreseinkommen eines Kollegen ist

mit 45 000 Mark gleich hoch, nur erhielt er es anders verteilt: nämlich monatlich 3200 Mark und zusätzlich im Sommer und zu Weihnachten mit jeweils 6500 Mark gut zwei Monatsgehälter. Er zahlt im Jahr nur 7116 Mark Sozialversicherungsbeiträge – immerhin 669 Mark weniger als sein Kollege mit dem gleichen Jahreseinkommen. Diese Ungerechtigkeit ist jetzt beseitigt.

Wie nach dem neuen Recht die Beitragsberechnung erfolgt, mag ebenfalls ein Beispiel verdeutlichen: Bei einem Monatsgehalt von 4000 Mark und einem im November gezahlten Weihnachtsgeld in gleicher Höhe wären nach altem Recht bei einer monatlichen Beitragsbemessungsgrenze von 5200 Mark nur 1300 Mark des Weihnachtsgeldes (5200 minus 4000 Mark) in der Renten- und Arbeitslosenversicherung beitragspflichtig.

Nach dem neuen Recht werden hingegen die (im November erreichten) Jahresanteile berechnet. Nämlich: einmal 5200 Mark, also 57 200 Mark, steht ein (erreichtes) Jahresgehalt von 44 000 Mark (elfmal 4000 Mark) gegenüber. Damit liegt die Jahresbeitragsbemessungsgrenze um 13 200 Mark über dem Jahreseinkommen. Damit ist auch das „elfte Ge-

halt“, das Weihnachtsgeld, voll beitragspflichtig.

Anders ausgedrückt: Bisher waren vom Weihnachtsgeld in Höhe von 4000 Mark 1200 Mark beitragspflichtig. Für die zusätzlich beitragspflichtigen 2800 Mark (4000 minus 1200 Mark) ergibt sich folgende Rechnung: Der Beitrag liegt – bei einem Beitragsanteil des Arbeitnehmers von 9,25 Prozent in der Renten- und 2,3 Prozent in der Arbeitslosenversicherung – um rund 320 Mark höher als nach altem Recht. Eine Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung entfällt, da das Monatsgehalt von 4000 Mark bereits über der Bemessungsgrenze von 3900 Mark liegt.

Betroffen sind alle Arbeitnehmer, die bei einem Monatseinkommen von 2800 bis 5200 Mark im November ein 13. Monatsgehalt erhalten. Wer bis 2800 Mark verdient, ist nicht betroffen. Höhere Beiträge zur Krankenversicherung ergeben sich für Einkommen zwischen 1950 und 3900 Mark. Nicht von der Neuregelung betroffen sind alle Arbeitnehmer, die 1984 mehr als 5200 Mark monatlich verdienen. Sie zahlen ohnehin die Höchstbeiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

## Rundfunk mit Gegenkommentar

**BERHARD NITSCHKE, Bonn**

Jedermann kann Rundfunk veranlassen, Rundfunkprogramme zu verbreiten, Kabelanlagen und Sender zu betreiben, soweit nur fernmelde- und arbeitsrechtliche Bundesgesetze sowie der Jugend- und Datenschutz und gewerberechtlicher Vorbildern.

Abweichend von der bisher von den Ministerpräsidenten der Länder diskutierten Einrichtung von „Landesfunkbeiräten“ wird in dem Entwurf die Einrichtung eines „Landesrundfunkbeirats“ vorgeschlagen, der nicht weisungsgebunden ist und vom Landesparlament direkt gewählt wird. Einschränkung von Werbung sieht der Entwurf nicht vor, „da der Markt dies automatisch regeln wird“. Lediglich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, deren Existenz und Finanzierung durch Gebühren vom Gesetzentwurf nicht eingeschränkt werden, sollen in Art und

Umfang der Werbung auf dem Stand des 1. Januar 1984 eingefroren sein.

Als zusätzliche Sicherung gegen einseitige Darstellungen in Rundfunk und Fernsehen wird in dem von Gattermann angelegten Medienpolitischen Kongress des „Koordinierungsbüros“ gestern in Bonn vorgelegten Gesetzentwurf unter anderem das Instrument eines „Gegenkommentars“ eingeführt.

WELT-Redakteur Enno von Loevenstein setzte sich auf dem Kongress in seinem Beitrag „Von der Furcht vor der Freiheit“ für ein Rundfunk-Fernsehmodell „mit Kabelverlegung und Zuschauerfinanzierung“ ein und plädierte gegen „Zwangsgeldern für die öffentlich-rechtlichen Güntlinge“, wie sie gegen das Interesse des Bürgers von den Ministerpräsidenten auch der Unionsländer jetzt in Bremerhaven beschlossen worden seien.

## Ausschlußvotum für Lizenzbau des Leopard-2

**DW, Bern**

Der Militärausschuß des Schweizer Nationalrats hat mit 17 gegen vier Stimmen beschlossen, für die Beschaffung von 380 Panzern des Typs Leopard-2 einen Kredit von 3,375 Milliarden Mark zu gewähren. Im bislang größten Rüstungsgeschäft der Schweiz sollen 345 Leopard-Panzer in Lizenz in der Schweiz gebaut und 35 direkt beim Hersteller Krauss-Maffei gekauft werden. Am Dienstag war ein neues Angebot von Krauss-Maffei eingetroffen, aus dem hervorging, daß der Direktkauf 484 Millionen Mark weniger als der Lizenzbau kosten würde. Nach dem Votum des Ausschusses wird erwartet, daß auch der Nationalrat sich über die Bedenken der Sozialdemokratischen Partei hinwegsetzt.

## Politisierung der Kirche abgelehnt

**Idea, Mönchengladbach**

Eine „überwältigende Reaktion“ hat die Ende September in Mönchengladbach gegründete „Aktion gegen die Politisierung der Kirche“ gefunden, teilte der Initiator, Pfarrer Hans-Ulrich Rosocha (Mönchengladbach), mit. Zahlreiche Christen hätten der Aktion zugestimmt. Doch wende sich die Aktion nicht gegen das politische Engagement von Christen.

Die Initiative wirbt keine Mitglieder, bittet aber um schriftliche Zustimmung. Sie soll in der gesamten EKD bekannt gemacht werden. Vor allem wendet sich die Aktion gegen das „Umfunktionieren von Predigten zu Politreden“ und den Mißbrauch des Talar bei Demonstrationen und politischen Kundgebungen. In einem sechs Punkte umfassenden Programm der Aktion werden die evangelischen Kirchenleitungen, Presbyterien und Kirchenvorstände aufgefordert, „endlich etwas gegen die Politisierung der Kirche zu unternehmen“.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Genscher, Denkmäler und Probleme am Arbeitsplatz

**H. R. KARUTZ, Berlin**

Schuld ist wieder einmal Bonn: Mit diesem nicht verwunderlichen Tenor brachte jedenfalls das „Neue Deutschland“ gestern den geplanten Genscher-Besuch in Warschau unter sein Publikum. Das Blatt zitiert, obwohl ADN einen eigenen Korrespondenten in Warschau unterhält, lediglich den polnischen Rundfunk als Quelle: vom Genscher-Besuch am Grab eines deutschen Soldaten ist keine Rede, von der Ehrerweisung am Grab von Pfarrer Popieluszko ebenfalls nicht. Das Programm, so im ADN-Zitat, habe „bis zum letzten Augenblick nicht festgestanden“.

## Aus der Presse von drüben

Im übrigen macht sich die SED-Zeitung ohne Distanzierung offenbar die Warschauer Radio-Meinung zu eigen, die Entscheidung sei ein „Erfolg jener Kräfte in der Bundesrepublik, die gegen eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seien“. Hier klingt dieselbe Argumentation an, die Ost-Berlin teilweise nach der Absage des Besuchs von Erich Honecker gebrauchte.

Wie hoch die „DDR“-Führung nach wie vor ihre politische Liaison mit Nicolae Ceausescu bewertet, zeigte sich in der Plazierung von Meldungen und Fotos über einen SED-Besuch bei Rumäniens Nummer eins auf sämtlichen Titelseiten des Donnerstages. Nur das CDU-Organ „Neue Zeit“ sparte sich das Foto mit dem Hausnummern und Gast Werner Krolkowski aus dem SED-Politbüro.

Was sich in den kommenden Monaten in puncto 40. Jahrestag des deutschen Zusammenbruchs in der „DDR“ an Feierlichkeiten abspielen wird, tritt täglich neu ins Bild: Nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ (SED) traf sich in Magdeburg zum 33. Mal die „Historikerkommission DDR-UDSSR“. Das wissenschaftliche Thema wurde sogleich mit nützlichen politischen Wegweisungen für die Gegenwart verknüpft. Es lautete: „Die Lehren des Zweiten Weltkrieges und der Kampf für die Erhaltung des Friedens, gegen die Gefahr eines neuen Krieges“. Geschichte ist nach marxistischem Verständnis eben nie zweckfrei.

Mancherlei andere menschliche

Beschwerde läßt sich jedoch marxistisch nicht so leicht bewältigen: Beispielsweise der um sich greifende Alkoholmißbrauch in der „DDR“. Geht nicht ohne pädagogische Absicht hob das Fachorgan „Neue Justiz“ in jetzt den Fall eines biederer Berliner S-Bahners in die Spalten, der Probleme mit geistigen Genüssen am Arbeitsplatz bekam.

Der gute Mann, Aufsicht- und Blockwärter bei der Ostberliner Stadtschnellbahn, war eines Morgens leicht „benbelt“ im Dienst erschienen. Er weigerte sich, was auch in der „DDR“ in der Regel nur im Straßenverkehr geschieht – in ein Röhrenchen zu pusten, um seinen erkannten „Restalkohol“ zu dokumentieren. Gegen einen disziplinarischen Verweis klagte er, ohne Erfolg. Denn das Ostberliner Stadtgericht befand im besten Juristendeutsch: Um festzustellen, ob der Werktätige unter Alkoholeinfluß steht, ist der Betrieb berechtigt, diesen aufzufordern, ein Alkohohlprüfröhren zu bestaunen. Wer einer solchen Weisung nicht folge, verleihe „schuldhaft“ seine Arbeitspflichten. Der Verweis sei „berechtigt“.

Mit Recht stolz sind viele mitteldeutsche Amateur-Historiker auf ihre ehrenamtliche Arbeit. Die politische Zielvorgabe der Partei, Erbpflüge zu betreiben, setzte der „Kulturbund“ drüben in eine Gemeinschaftsaktion unter dem Titel „Gepflegte Denkmale und ihre Umgebung“ um. Die „Wochenpost“ berichtete, auf diese Weise seien 850 Denkmale „restauriert, verschönt und vielfach erst öffentlich zugänglich“ gemacht worden. 52 000 Interessenten machten sich über Wallanlagen, Burgenmauern, Stadttore, Bürger- und Bauernhäuser her – deutsche Geschichte zum Anfassen.

Mit immer neuen Varianten durch eine Mischung von Lockung und Einschüchterung das vorbereitete Schülertum an NVA-Offiziersnachwuchs zu rekrutieren, warten die „DDR“-Schulen auf. In der „National-Zeitung“, Blatt der Nationaldemokraten, berichtete ein Ostberliner Vize-Direktor: „Auf der jüngsten Schulmesse wurden im September, in Wort und Bild Schüler vorgestellt, die einen militärischen Beruf ergreifen wollen.“ Mit dem Hinweis auf Salvador Allende in Chile wird den Schülern erklärt, daß „eine Revolution wirksam verteidigt werden muß“.

## „Umweltschutz durch bessere Technik“

**W. WESSENDORF, Bremen**

„Umweltschutz hat seinen Preis, aber unterlassener Umweltschutz ist noch teurer“, sagte der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) auf dem Bundeskongress des Verbandes Beratender Ingenieure (VBI) in der Hansestadt.

Bremens Bürgermeister sprach sich gestern gegen eine technikfeindliche Haltung aus. Koschnick: „Vielmehr können wir nur durch mehr und bessere Technik die Umweltschutzprobleme in den Griff bekommen, aber wir sollten uns darauf einstellen, daß wir in Zukunft mehr Arbeit und mehr Investitionen verwenden müssen, um der Umwelt den Kredit zurückzahlen, den wir von ihr aufgenommen haben.“

Technischer Fortschritt allein könne allerdings keinen Sinn stiften und Werte setzen, betonte der Präsident des Senats. Deshalb müsse die Politik Vorgaben geben, die die Technik zu berücksichtigen habe, wenn sie gesellschaftlich akzeptabel bleiben wolle. Technik und Naturwissenschaften seien in der Lage, die Aufgaben zu lösen, die sich aus der Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie ergeben würden.

Koschnick wies außerdem darauf hin, daß es bislang erst zaghafte Versuche gebe, die gesamtwirtschaftlichen Verluste durch die Umweltzerstörung zu quantifizieren. Oft komme es zu einer Sozialisierung der Kosten, beispielsweise bei der Gesundheitsbelastung durch Luftverunreinigung von Kraftwerken. Die Kosten der medizinischen Behandlung trage die Solidargemeinschaft der Versicherten.

„Es deutet vieles darauf hin, daß im Umweltschutz ein erhebliches industrielles und technisches Entwicklungspotential liegt“, meinte der Bürgermeister. Dieses Potential sei wegen seiner Breitenwirkung höher einzuschätzen als das mancher technischer Großprojekte mit weitgezogenen Horizonten einer zweifelhaften kommerziellen Nutzung.

Um das industrielle Entwicklungspotential zu nutzen, bedürfe es einer starken Innovationsbereitschaft und Aufgeschlossenheit zum Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft. Ohne staatliches Handeln gebe es indes keinen Umweltschutz. Die USA lieferten viele Beispiele dafür, daß es ohne den Gesetzgeber nicht gehe.



Der Münchner Josef Bernhart entwarf 1950 das Modell des Markstücks.

Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 erklärten die alliierten Militärregierungen die bis dahin geltende deutsche Währung für ungültig. Die neue deutsche Währungseinheit heißt „Deutsche Mark“.

Die Mark schmückt deutsche Häuser und Banknoten. Schon im Mittelalter war der Eichenkranz ein Schmuck der Götter, etwa des Zeus.

Der Adler ist das Symbol und Attribut göttlicher Macht in zahlreichen Kulturen. Seit 1950 ist er das Wappentier der Bundesrepublik Deutschland.

Seit dem Gesetz über die Ausprägung von Scheidemünzen vom 8. Juli 1950 werden sämtliche Münzen mit der Umschrift „Bundesrepublik Deutschland“ geprägt.

Die Münzzeichen in Form von Buchstaben verraten, welche Prägestätte das Stück gefertigt hat: D - Bayerisches Hauptmünzamt München, F - Staatliche Münze Stuttgart, G - Staatliche Münze Karlsruhe, J - Hamburgische Münze.

Die Jahreszahl zeigt aus, in welchem Jahr das Markstück geprägt wurde.

Das Markstück hat eine Dicke von 1,75 mm mit einer Fertigungstoleranz von  $\pm 0,02$  mm.

Das Markstück hat einen Durchmesser von 25,50 mm.

Der Münzwerkstoff besteht aus einer Legierung aus 75% Kupfer und 25% Nickel.

Das Gewicht des Markstücks beträgt 5,5 g.

Der Münzrand ist mit 6 Arabesken verziert, und die Münzbilder umgibt ein feiner Perlring.

**Wir nehmen Ihre Mark wichtig**

**DEUTSCHE MARK**

**1**

**1950**

Eine Mark kann man von verschiedenen Seiten sehen. Aber jede Mark, mit der Sie zu uns kommen, sehen wir erst einmal von einer ganz bestimmten Seite: Sie soll wieder Geld verdienen. Ganz gleich, ob Ihre Gelder nur kurzfristig frei

sind oder langfristige Rücklagen darstellen – es soll mehr daraus werden.

Keiner unserer Kunden ist wie der andere. Für jeden finden wir eine individuelle Lösung.

Wir kümmern uns um Ihre Mark. Um jede mit der gleichen Sorgfalt. Von BfG-Schuldverschreibungen über Festgeld bis hin zu Anleihen kennen wir eine Menge Möglichkeiten, jede Mark gewinnbringend anzulegen.

Dabei berücksichtigen wir Ihre individuellen Möglichkeiten, um mit Ihnen gemeinsam die optimale Anlageform zu finden.

*Fordern Sie uns.*

**BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.**



## Hussein nimmt nur eine „gemäßigte“ PLO auf

Herausforderung an Syrien / Nationalrat tagt in Amman

PETER M. RANKE, Athen  
König Hussein von Jordanien ist bereit, eine „gemäßigte“ PLO unter Yassir Arafat aufzunehmen, wenn sie dem Terror abschwört und eventuelle Friedensinitiativen des Königs unterstützt. Dieses politische Angebot steht hinter der Zusage Husseins, den „Kulturpalast“ in Amman für die 17. Tagung des PLO-Nationalrats (PNC) zur Verfügung zu stellen, nachdem Algerien die PLO-Konferenz abgelehnt hatte. Von der Tagung in Amman wird abhängen, ob die Rest-PLO die Offerte des Königs annimmt.

Die Hausherren-Rolle König Husseins und die Einberufung des PLO-Nationalrats nach Amman sind eine klare Herausforderung Syriens und der auf Damaskus setzenden PLO-Rebellen wie Abu Mussa und Achmed Dschebril vom „Generalkommando“. Die Abspaltung der Rebellen, die die Absetzung Arafats verlangen, ist jetzt über ein Jahr alt. Alle Aussöhnungsversuche scheiterten am Widerstand Syriens.

Praktisch ist nun in Amman lediglich die Fatah-Hausmacht Arafats versammelt, die stärkste PLO-Gruppe. Sie residiert in Tunis, doch scheint sie zum Umzug nach Jordanien bereit zu sein. Das hängt aber auch davon ab, ob Hussein der Arafat-PLO politische Aktivitäten erlaubt und ihnen etwa 2000 „Kämpfer“ Bewegungsfreiheit gewährt.

Die längst vollzogene Spaltung der PLO in Arafat-Gegner und -Anhänger ist in den letzten Tagen durch die radikale „Volksfront“ von Habasch und die „Volksdemokratische Front“ von Hawatmeh bestätigt worden. Beide sprachen sich in Damaskus gegen die Sitzung des Nationalrats (1984 nichtgewählte Vertreter) in Amman aus und folgten einem Wunsch der sowjetischen Führung, zu dringenden Beratungen nach Moskau zu kommen. Die Sowjets als aktive Förderer der PLO hatten bisher nicht offen für oder gegen Arafat Stellung bezogen. Doch scheint nun in Moskau eine Entscheidung gegen Arafat und damit für den syrischen Bundesgenossen zu fallen.

Hussein geht mit seiner neuen Aus-

söhnung mit der Arafat-PLO große politische und persönliche Risiken ein. Denn Arafat hatte nach seiner Vertreibung aus Jordanien während des „Schwarzen September“ 1970 mehrfach Mordanschläge gegen Hussein organisiert.

Für Arafat und die Rest-PLO hat eine neue Stationierung in Jordanien große Vorteile. Sie ist Israel und den besetzten Gebieten „näher“ als in Tunis und kann jederzeit eventuelle Zugeständnisse brechen, keine Terror-Aktionen von Jordanien aus zu starten. Außerdem sind ihre „Kämpfer“ ein ständiger Druck gegenüber dem König, keine unerwünschten Konzessionen zu machen. Arafat kann gegenüber den pro-syrischen Rebellen darauf verweisen, daß er in Jordanien eine bessere Ausgangsbasis als in Syrien erhält, zumal Syrien die PLO-Aktivitäten überwacht und begrenzt.

Politische Beobachter betonen, daß zwar nach außen hin ein gutes Verhältnis zwischen Arafat und Hussein besteht, zumal beide von Syrien als Erzfeinde betrachtet und verfolgt werden. Dennoch sind die politischen Differenzen zwischen ihnen weiter ungelöst. Hussein hat bisher nicht das Vertretungs- und Verhandlungsmandat der Arafat-PLO für alle Palästinenser bekommen. Außerdem will Arafat erst dann einem Staatenbund mit Jordanien zustimmen, wenn vorher im jetzt israelisch besetzten und besiedelten Westjordanland ein unabhängiger und souveräner PLO-Staat existiert. Gegen ein solches Staatsgebilde ist König Hussein nicht weniger energisch eingestellt als Israel.

Für Hussein ist eine Verständigung mit der „gemäßigten“ PLO Arafats aber vor allem ein politischer Gewinn gegenüber dem Westen, wo die Politik von König Hussein neue „Friedensinitiativen“ erwarten. Hussein braucht diesen propagandistischen Erfolg, weil er immer noch auf umfangreiche Waffenlieferungen aus den USA hofft, unter anderem auf mobile Hawk-Flugabwehraketen und Kampfflugzeuge F-16. Daher hat er den wiederholt angekündigten Besuch in Moskau bisher immer wieder vertagt. (SAD)

## Was der Sowjetunion auf Grenada mißlang, versucht sie jetzt in Surinam

„Strategisches Dreieck“ in der Karibik als Ziel / USA ziehen nach der Rückkehr zur Demokratie von der Insel ab

Von RÜDIGER MONIAC

Wenn am 6. Dezember auf der kleinen Insel Grenada freie Parlamentswahlen stattfinden und damit die Voraussetzung für die Bildung einer demokratischen Regierung geschaffen wird, sehen die USA ihre Aufgabe dort als erfüllt an. Amerikanische Truppen besetzten am 25. Oktober 1983 die Insel vor der Küste von Südamerika im Handstreich und kamen damit einem kubanischen Oberst zuvor. Aus Grenada sollte nach Kuba ein neuer sowjetischer Vorposten zwischen den beiden amerikanischen Kontinenten entstehen.

Die USA wollen im kommenden Jahr bis auf eine kleine Zahl von militärischen Beratern alle Truppen endgültig von der Insel abziehen. Dann wird Präsident Reagan das Versprechen eingelöst haben, das er gleich nach der Invasion abgab: Die amerikanische Intervention sollte ausschließlich dazu dienen, eine kleine Gruppe von Menschen, die auf einer Insel frei ihren eigenen politischen Willen verwirklichen wollen und eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen, dem Machtgriß einer Weltmacht wie der Sowjetunion zu entziehen. Was das für die Einwohner von Grenada bedeutet, kann nur der ermessen, der die Feiern am Jahrestag der Befreiung, am 25. Oktober, auf der Insel selbst erlebt.

Der amerikanische Admiral Ralph Hedges, der in Key West (Florida) das von den USA vor einiger Zeit neugeschaffene Militärkommando Karibik befehligt, war seinerzeit in Grenada. Kurz danach berichtete er deutschen Journalisten über seine Eindrücke. Der Bischof gedachte der bei den kurzen Kämpfen umgekommenen 19 Menschen; der Generalgouverneur der Insel kündigte an, daß künftig eine kleine eigene Polizei für die Verteidigung der Freiheit sorgen werde. Mehr als 8000 Menschen waren zur Feier des Tages zum Flughafen von Grenada gekommen. Mit einer Startbahn von mehr als drei Kilometern Länge ist er gut für Kampf- und Auf-

klärungsflugzeuge sowjetischer Bauart geeignet und gibt damit Grund für Washingtons Sorge hinsichtlich sich eröffnender militärischer Möglichkeiten für Moskau. Allen Ereignissen sei gemeinsam gewesen, berichtete der Kommandant, daß sie sich durch die große Erleichterung auszeichneten, die die Menschen wegen der im letzten Jahr erlebten Entwicklung offen zur Schau trugen, und durch große Dankbarkeit gegenüber den zivilen und militärischen Repräsentanten der USA.

Grenada gilt deshalb geradezu als Paradebeispiel dafür, was die Bevölkerung, wenn ihr nur die Möglichkeit freier politischer Willensäußerung gelassen wird, im karibischen Raum mehrheitlich denkt und fühlt. Wer die Region bereist, dem entgeht nicht, daß in Mittelamerika und in der Inselwelt zwischen dem Golf von Mexiko und den südamerikanischen Küsten ein ungleicher Kampf der beiden Weltmächte tobt. Die Sowjets suchen mit den Mitteln der indirekten Agitation das starke soziale Gefälle in der Bevölkerung durch Erzeugung von Neid und letztlich politischem Haß als Hebel für ihre Einflußvergrößerung zu nutzen. Nächstes Ziel wäre, mit massiven Waffenlieferungen Brückenköpfe eigener Macht in der Karibik zu sichern und, wo es zusätzlich geht, weitere einzurichten.

### Kuba ist seit vielen Jahren ein Brückenkopf

Kuba ist seit vielen Jahren in ihrer Hand. Um diesen Brückenkopf im Herzen der Karibik zu halten, liefert die Sowjetunion jährlich Waren und Energieträger wie Öl und Ölprodukte im Wert von 4,5 Milliarden Dollar nach Kuba. Das ist ein täglicher Leistungszug für die sowjetische Wirtschaft von rund 12,5 Millionen Dollar. Fidel Castros Existenz ist ohne diese Hilfe nicht vorstellbar.

Auch militärisch ist er vollständig von Moskau abhängig. Die kubanische Armee benutzt nur sowjeti-

sche Waffen. Mit zwei Fregatten, drei U-Booten und fast hundert kleineren schwimmenden Einheiten, ausgerüstet mit Raketen und Torpedos, läßt sich keine andere Marine der Region mit der kubanischen vergleichen. Ähnlich die Luftwaffe, 260 Kampfflugzeuge, 72 Hubschrauber und mehr als hundert Transportflugzeuge werden von der kubanischen Luftwaffe genutzt.

Der Kommentar des amerikanischen Admirals Hedges zum kubanischen Militärpotential: „Die USA können Kuba nicht übersehen, auch wenn es gleichzeitig nach Europa wie nach Asien schaut.“ Überraschend daran ist, daß die USA nicht so sehr um ihre eigene Sicherheit besorgt sind, sondern um die ihrer Verbündeten in Europa und Asien.

Was Kuba militärisch bewirkt, wird aus Hedges zweitem Gedanken deutlich: „Der Preis, den die Sowjetunion jeden Tag an Kuba mit mehr als zehn Millionen Dollar zahlt, ist vergleichsweise niedrig, um auf diese Weise die USA in der karibischen Region zu binden.“

Was will der Admiral damit ausdrücken? Sollte es zu einem Konflikt zwischen beiden Supermächten kommen, der eventuell Europa und auch Asien mit einbezieht, müßten die USA ausschließlich wegen der Tatsache, daß Kuba lebenswichtige Versorgungslinien über See abschneiden könnte, starke Kräfte bereithalten, um das verhindern zu können. Solche, bestehend aus Schiffen, U-Booten, aber auch weitreichenden Kampfflugzeugen würden an anderen Konfliktzonen auf der Welt fehlen, wo amerikanische Verstärkungen wahrscheinlich dringend gebraucht würden.

Damit ist Kubas strategische Rolle umrissen. Sie schält sich noch eindeutiger heraus, wenn man sie, wie amerikanische Fachleute das mit großer Sorge tun, in Beziehung zu anderen Ländern der Region setzt, in denen die Sowjetunion dabei ist, machtpolitische Fuß zu fassen oder das schon – fast – getan hat. Die jüngste Entwicklung in Nicaragua läßt be-

fürchten, daß die Sandinisten nicht anders als Castro von Moskau abhängig sein werden. Auch in Nicaragua geht der Bau eines Großflughafens mit Ausmaßen ähnlich wie auf Grenada unter sowjetischer Regie dem Ende entgegen. Auf dem Platz mit dem Namen Puente Hueta werden nach amerikanischen Erkenntnissen bereits Bunker gebaut, die zur Aufnahme von Kampfflugzeugen der Typen MiG 21 oder MiG 23 geeignet sind.

### Amerika nicht direkt konfrontieren

Daß die Sowjetunion in den letzten Wochen „nur“ Hubschrauber von sowjetischen Frachtern im Hafen von Corinto ausladen ließ und nicht, wie in Washington gemutmaßt, auch Kampfflugzeuge, beweist nicht, daß dies in der näheren oder weiteren Zukunft nicht erwartet werden mußte. Es zeigt nur, daß Moskau das Risiko einer direkten Konfrontation mit den USA gegenwärtig meidet.

Bisher von der Weltöffentlichkeit unbemerkt, hat Moskau in Surinam mit der Organisation einer größeren Gruppe sowjetischer Staatsangehöriger begonnen. Surinam, an der Nordküste Südamerikas, liegt in der Reichweite von Grenadas. Was der Sowjetunion dort nicht gelang, wäre für die Sicherheit des Westens genauso bedenklich, wenn es in Surinam möglich würde. Moskau würde ein „strategisches Dreieck“ in der Karibik beherrschen, gebildet von Kuba, Nicaragua und Surinam. Surinams Präsident Bouterse kam durch einen Umsturz an die Macht. Er gilt als linksanständig. Nach der US-Invasion auf Grenada verwies er die Kubaner des Landes, ließ aber verstärkte die Sowjets hinein. Heute unterhält Moskau ein sehr großes Büro der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass in der Hauptstadt, gleichfalls eine, wie es heißt, „überdimensionierte“ Botschaft. Militärs sind freilich offen noch nicht aufgetreten.

## Neue „MiG-35“ auf Sachalin stationiert?

AFP Tokio

Auf dem sowjetischen Luftwaffenstützpunkt Dolinsk im Süden der Insel Sachalin sind japanischen Pressemeldungen zufolge zehn „MiG-35“-Abfangjäger, der modernste Typ der MiG-Serie, in Dienst gestellt worden. Das japanische Verteidigungsministerium hat diese Berichte nicht bestätigt.

„Asahi Shimbun“ berichtete, japanische Radarstationen hätten auf Nord-Hokkaido Übungsflüge über dem Ochotskischen Meer registriert. Die Zeitung vermutet, daß der Einsatz der hochmodernen Abfangjäger im äußersten Osten der UdSSR beschlossen wurde, um Zwischenfällen wie dem Abschub der südkoreanischen Liniensmaschine über Sachalin im September 1983 vorzubeugen. Daß die sowjetische Luftwaffe damals offensichtlich nicht in der Lage gewesen sei, die KAL-Maschine abzufangen, ehe sie in sowjetischen Luftraum eindrang.

## Ausgangssperre in Sri Lanka

dpa/rtr, Colombo

Über Sri Lanka ist eine Ausgangssperre verhängt worden. Im ganzen Land wurde die Schließung der Schulen angeordnet. In den Straßen patrouillieren Truppen. Extremisten der tamilischen Minderheit hatten am Dienstag im Norden des Landes mit einer Sprengladung mindestens 40 Polizisten getötet. Bereits an den Vortagen waren mehrere Attentate verübt worden, bei denen der regionale Befehlshaber der Streitkräfte sowie mehrere Soldaten und Zivilisten getötet wurden.

Die Polizei teilte mit, daß in der Hauptstadt am Dienstagabend drei Tamilen gehörende Läden angegriffen und niedergebrannt worden seien. Die Regierung hat im Ausland ausgebildete Extremisten und Auswirkungen der bevorstehenden indischen Wahlen für diese Ereignisse verantwortlich gemacht.

## „drebit“ – unser Bildschirmtext-Angebot.

Bildschirmtext (Btx) bedeutet mehr Information, verbesserte Kommunikation. Wir sind seit der ersten Stunde dabei: Unser Btx-Programm finden Sie bundesweit jetzt unter \* 33 666 #. Bisherige Teilnehmer unseres Programmes können uns weiterhin unter \* 425 # (bis 21. 12. 1984) erreichen.

Ein umfangreiches Informationsprogramm bietet Wissenswerte für Private und einen besonderen Programmteil für Unternehmen. Das wichtige Dialog-Angebot (Sie sind über Btx mit dem Computer der Bank verbunden) kennen unsere Firmenkunden aus der Broschüre „Bildschirmtext für Firmen“.

Aber jetzt wird der Dialog erst richtig interessant. Eine Idee – „drebit“ – und ein Mikro-Computer im Unternehmen machen noch mehr aus Btx.

„drebit“ ist unser Btx-Angebot für Handwerk, Handel und Industrie.

Ihr Mikro-Computer wählt mit seinem „drebit“-Programm automatisch das öffentliche Btx-System der Bundespost und Ihre dort angeschlossenen Banken an. Er sammelt für Sie von Ihren Konten die aktuellen Informationen: Bank-salden, Umsätze.

Daraus entstehen auf dem Bildschirm oder auf dem Drucker einheitlich formatierte Tagesauszüge. So sind

diese Informationen jetzt schneller auf Ihrem Tisch als bisher und aufgrund ihrer Übersichtlichkeit für Dispositionszwecke besonders gut geeignet.

Umgekehrt können Sie aber auch „drebit“ bei der Ertelung von Überweisungsaufträgen einsetzen. Hier nimmt Ihnen das System einen guten Teil bisheriger Routinearbeit ab: Zum Beispiel erinnert „drebit“ Sie an Überweisungen, die zu bestimmten Terminen ausgeführt werden sollen. Die Überweisungsaufträge werden mit Hilfe des Mikro-Computers vorbereitet, und Sie veranlassen deren Ausführung. Auch hierbei hilft Ihnen das System mit den in ihm vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen.

Das „drebit“-Programm ist eine Software für Ihren Mikro-Computer, die wir Ihnen liefern. Mit „drebit“ steht Ihnen eine intelligente Lösung für eine schnelle und wirtschaftliche Nutzung des Bildschirmtext-Systems zur Verfügung – genauso, wie es sich unsere Firmenkunden wünschen.

Was „drebit“ aus Bildschirmtext macht, ist für viele große Unternehmen so wertvoll, daß wir auch in unserem internationalen Cash-Management-Angebot

„drecam“ diese Vorzüge berücksichtigt haben.

Sprechen Sie mit Ihrem Firmenkundenbetreuer.



In Berlin: BHI

## Force Ouvrière schiebt sich nach vorn

Überflügelt sie die CGT, ändert sich Frankreichs gewerkschaftliche Landschaft

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die seit dem Zweiten Weltkrieg ungebrochene Vorherrschaft der von der kommunistischen Partei kontrollierten Gewerkschaft CGT mit etwa 1,3 Millionen Mitgliedern, die vermutlich noch immer größte Frankreichs, könnte in nicht allzu ferner Zeit beendet sein. Das Ziel, ihren Platz einzunehmen, hat sich jetzt die gemäßigtere Arbeiterorganisation „Force Ouvrière“ (FO) gesteckt. Gelingt es, würde die seit 35 Jahren auf einen stark linkspolitischen Kurs fixierte französische gewerkschaftliche Landschaft eine entscheidende Veränderung erfahren.

### Erster Platz im Visier

Auf ihrem am Mittwoch in Paris begonnenen 15. Kongreß forderte der langjährige Generalsekretär der FO, André Bergeron, seine Anhänger auf, bis zum nächsten Kongreß in vier Jahren „den von jeher anvisierten ersten Platz auf dem gewerkschaftlichen Schachbrett Frankreichs“ einzunehmen.

„Ich weiß, daß euch dies viel Arbeit und Schweiß kosten wird, aber ich kenne euch zur Genüge, um zu wissen, daß ihr vor nichts zurückschreckt“, rief er unter dem donnernden Applaus der 4000 Delegierten in den Saal.

Die „Force Ouvrière“ ist 1947 ent-

standen, als sich unter den Eindrücken des Krieges und der Widerstandzeit die total kommunistisch beherrschte, seit 1895 bestehende Einheitsgewerkschaft „Confédération Générale du Travail“ (CGT) zum dritten Male in ihrer Geschichte in einen totalitären und einen gemäßigten Flügel teilte.

Der große Arbeiterführer Leon Jouhaux nahm 1435 führende nicht-kommunistische Delegierte mit sich, die wie er gegen die alleinige Besetzung der Vorstandsposten durch Kommunisten protestierten. Er gründete die „CGT-FO“, die seitdem in tiefer Feindschaft zu den Kommunisten liegt und sich von wenigen Ausnahmen abgesehen niemals an den von den Kommunisten angezeigten politischen Streiks beteiligte.

Seit 1963 führt der ehemalige Schriftsteller André Bergeron als zweiter Nachfolger von Jouhaux die Gewerkschaft FO. Unter seiner geschickten Führung, die auf dem Prinzip der absoluten Nichtmischung in den politischen Tageskampf und der Unabhängigkeit von politischen Parteien fußt, hat sich die Organisation aus kleinen Anfängen heraus zur heute zweitgrößten unter Frankreichs Arbeiterzentralen hochgearbeitet. Die den Sozialisten nahestehende CFDT wurde auf den dritten Platz gedrängt. Sie umfaßt 15 000 Einzelgewerkschaften, unter denen

die der öffentlich Bediensteten die größte ist, sie zählt 1,2 Millionen Mitglieder. In ihren Reihen finden sich Sozialisten und Gaullisten, aber jede partielle Beteiligung ist ihnen innerhalb der Gewerkschaft verboten.

Ihren größten Triumph feierte die FO am 19. Oktober 1983, als sie bei den Wahlen zu den Betriebsräten der Arbeiter-Versicherungskassen 25 Prozent der Sitze eroberte und die CGT-Vertreter klar auf den zweiten Platz verwies.

### Kontakte zum DGB

Die Wahlen zur „Secu“ (Versicherung) gelten als statistisch bester Gradmesser einer Verankerung einer Gewerkschaft in den Betrieben.

FO-Betriebsräte haben nach und nach auch die Zitateilen in der CGT, in der metallverarbeitenden Industrie, vor allem den Automobilwerken, eingenommen. Die FO ist stark in den Führungspositionen der internationalen Arbeiterorganisationen vertreten und arbeitet eng mit dem deutschen DGB zusammen.

In dem heute 80jährigen pensionierten Albert Preuss hatte der DGB am Pariser Sitz der FO seit 1948 einen unermüdlichen, besonders um die Belange der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen bemühten „Sonderbotschafter“.

## DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin  
Chefredakteur: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Krenz  
Chefredakteur: Peter Gille, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm  
Beizeiter der Chefredakteur: Helmut Barth, Hamburg-Ampfer, Dietrich Krenn, Klaus Bruns (televis.)  
Chef von Druck: Klaus Jürgen Frische, Peter W. Hering, Hans Kluge-Lohse, Jean-Marie Lohse, Bonn; Hans Lohse, Hamburg  
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 2, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 3, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 4, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 5, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 6, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 7, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 8, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 9, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 10, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 11, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 12, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 13, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 14, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 15, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 16, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 17, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 18, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 19, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 20, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 21, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 22, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 23, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 24, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 25, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 26, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 27, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 28, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 29, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 30, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 31, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 32, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 33, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 34, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 35, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 36, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 37, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 38, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 39, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 40, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 41, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 42, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 43, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 44, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 45, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 46, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 47, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 48, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 49, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 50, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 51, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 52, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 53, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 54, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 55, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 56, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 57, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 58, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 59, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 60, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 61, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 62, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 63, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 64, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 65, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 66, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 67, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 68, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 69, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 70, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 71, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 72, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 73, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 74, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 75, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 76, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 77, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 78, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 79, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 80, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 81, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 82, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 83, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 84, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 85, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 86, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 87, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 88, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 89, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 90, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 91, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 92, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 93, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 94, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 95, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 96, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 97, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 98, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 99, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)  
Verantwortlich für Seite 100, politische Nachrichten: Cornelia Fackel, Klaus J. Schwann (televis.), Klaus J. Schwann (televis.)



MiG-35  
achalin  
niert?

## Mitterrand mit Pfeifkonzert empfangen

dpa, Mülhausen  
Mehrere tausend Franzosen haben Staatschef Mitterrand vor dem Rathaus in Mülhausen, der ersten Station seiner zweitägigen offiziellen Reise durch die französische Provinz, mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert empfangen. Sie protestierten gegen eine Entscheidung der Regierung, wonach der Bau einer umsprungenen Stadt Straßburg versprochen nach Grenobles in den Alpen verlegt werden soll. Die Entscheidung hatten sich von der Anlage neuer Arbeitsplätze erhofft. In seiner Ansprache erklärte Mitterrand an, daß in einer Demokratie nicht alle eine Meinung sein könnten. Im übrigen aber sei die Angelegenheit Sache der Regierung und nicht des Präsidenten.

## Peking dementiert Waffenkauf in Israel

AP, London  
Das Verteidigungsministerium Chinas hat gestern einen Bericht der britischen Fachzeitschrift „Jane's Defence Weekly“ dementiert, wonach die Volksrepublik Verträge über Waffenkäufe in Israel im Wert von fast neun Milliarden Mark unterzeichnet haben soll. Ein Sprecher des Ministeriums sagte, dieser Bericht entbehre jeder Grundlage. Die Wochenzeitschrift hatte gemeldet, eine Anzahl israelischer Berater befände sich zur Unterrichtung chinesischer Soldaten in der Handhabung israelischer Waffen und Geräte in der Volksrepublik. Die angeblich geplanten Waffenkäufe stellten einen neuen Abschnitt in den „Geheimbeziehungen“ der beiden Länder dar. Die Zeitschrift berichtet weiter, die von beiden Regierungen bestrittenen Beziehungen bestünden seit etwa fünf Jahren. Ausländischen Beobachtern war bei der Parade zum 35. Jahrestag der Volksrepublik erstmals aufgefallen, daß einige Panzer offenbar mit aus israelischer Produktion stammenden Kanonen ausgerüstet waren.

## USA sollen alte C-Waffen vernichten

dpa, Washington  
Die amerikanische Armee hat Tausende Tonnen veralteter, teilweise schon schadhafter und militärisch nutzloser chemischer Waffen gelagert, die nach Ansicht von Experten dringend vernichtet werden müssen. Ein Gremium von Wissenschaftlern empfiehlt nach einer entsprechenden Unterstützung der US-Regierung, die 16 bis 40 Jahre alten chemischen Waffen „so bald wie möglich“ am Ort der Lagerung zu vernichten. Chemische Waffen lagern in Armeesitzpunkten in acht US-Staaten.

## Etat '84 stürzt Portugals Koalition in die Krise

Streit über Soares als Kandidat für die Präsidentschaft

ROLF GÖRTZ, Lissabon  
Flügelkämpfe in der Sozialdemokratischen Partei Portugals (PSD) können noch an diesem Wochenende den Bruch der Regierungskoalition mit den Sozialisten einleiten und damit eine schwere Krise für die portugiesische Demokratie heraufbeschwören.

Von seinen Partnern an die Wand gedrückt, hatte der sozialistische Ministerpräsident Mario Soares die Sozialdemokraten aufgefordert, Farbe zu bekennen. Man kann nicht mit einem Bein in der Regierung und mit dem anderen in der Opposition stehen.

Mota Pinto, stellvertretender Regierungschef und Vorsitzender der PSD, rief deshalb den Nationalrat seiner Partei zu einer Sondersitzung in Viseu zusammen. Er verlangt ein Bekenntnis zur Regierungsverantwortung und verbindet dieses mit seiner Position als Parteichef.

Ausgelöst wurde die jüngste Koalitionskrise durch einen überraschend hohen Nachtragshaushalt für 1984, der die gesamte Finanzlage Portugals erschütterte.

Die Unzufriedenheit weiterer Bevölkerungsschichten über zunehmende Verarmung und die sich wie ein Öl-fleck ausbreitende Korruption mögen zusätzlich dafür gesorgt haben, daß die PSD - ihrem Inhalt nach eine rein bürgerliche Partei - bei jüngsten Gemeinderatswahlen erhebliche Stimmengewinne verbuchen konnte.

Dies ermunterte die parteiinterne Opposition, bei den Präsidentschaftswahlen 1985 zusammen mit den Christdemokraten einen eigenen Kandidaten, „Zivil oder Militär“, aufzustellen. Parteichef Mota Pinto hatte sich jedoch für Mario Soares als den gemeinsamen Kandidaten der Regierungskoalition und damit für die Kontinuität stark gemacht.

Sollte über diesen Streit die Koalition der Sozialisten und Sozialdemokraten auseinanderfallen, wird Staatspräsident General Eanes keine eigene Präsidentenregierung einsetzen, wie er es schon einmal machte. Er wird vielmehr die derzeitige Regierung verpflichten, bis zu Wahlen weiterzumachen. Diese Wahlen aber würde er soweit als möglich hinausschieben, um in der Zwischenzeit seine eigene Partei auszubauen - eine Volkspartei im Stile der Dritten Welt.

Eanes selbst kann laut Verfassung nicht ein drittes Mal kandidieren. Die Kandidaten seiner Anhänger, die Linkskatholiken und Ex-Ministerpräsidentin Lourdes Pintasilgo und andere Politiker seines Lagers, garantieren für diesen Kurs eines nationalen Sozialismus, den Eanes selbst nie anfocht. Wie 1980, so wird auch diesmal die KP die Eanes-Anhänger unterstützen - und ihren Kurs mitbestimmen.

Angesichts dieser Aussichten scheint sich die Mehrheit des Nationalrats der PSD in Viseu zu entschließen, „mit beiden Beinen in der Koalition zu bleiben“ - wenn auch zögernd. In diesem Fall kommt es auf die Bedingungen an, die die PSD zur Fortsetzung der gemeinsamen Regierung stellen wird.

Als Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung werden die Sozialdemokraten verstärkt jene Reformen verlangen, die endgültig das gefährliche Erbe der Revolution

von 1974 in Staatswirtschaft und in der kommunistisch diktierten Arbeitsgesetzgebung abbaut.

Die Notwendigkeit derartiger Reformen führte Ford vor Augen, der eine Automobilfabrik mit vielen Arbeitsplätzen bei Sines plante, aber so gar seine Anfangsinvestitionen in den Sand setzte, weil sich die kommunistischen Gewerkschaften nicht einmal zu einem Kompromiß auf Betriebsebene bereitfanden.

Die revolutionäre Entschlossenheit der KP veranlaßt denn auch Mario Soares, immer nur soviel „ideologischen Ballast“ abzuwerfen, wie die



Führt sich an die Wand gedrückt: Mario Soares. FOTO: SVEN SIMON

KP es gerade noch hinnahm. Nur zögernd entschloß sich die Regierung zur Wiedereinnahme des ersten Privatbank und zu einem Gesetz zur Entlassung von unbeschäftigten Arbeitern der Staatsbetriebe.

Ein Prüfstell dürfte die Entwicklung auf der Reparaturwerkstatt Lissabon sein. Für die nunmehr weit unterbeschäftigte Welt setzte die Regierung den gesetzlichen Status „Betrieb in Notstand“ durch. Dies als Voraussetzung dafür, daß viele seit Monaten nicht mehr beschäftigte Arbeiter entlassen werden können. Schon jetzt kündigten die Kommunisten an, die Werftarbeiter auf die Straße zu schicken und sie wie im Basenland der Polizei gegenüberzustellen.

Soares hatte vielleicht zu sehr auf den erfolgreichen Beitritt zur EG gesetzt. Tatsächlich hängt das Prestige seiner Regierung weitgehend von dem Beitritt ab. Angesichts der damit verbundenen Gefahren für ganz Portugal entschloß sich deshalb sein einstiger Rivale, der frühere Chef der christdemokratischen CDS, Freitas do Amaral, den Regierungschef zu dessen offiziellem Besuch in London zu begleiten.

Freitas will dort die Premierministerin Thatcher, der er politisch sehr nahe steht, von der Dringlichkeit des termingerechten Beitritts in die EG überzeugen. „Nicht Portugal würde sonst verlieren, sondern Europa“, sagte Mario Soares vor seiner Abreise. Es gibt keinen ernsthaften Beobachter, der die negativen Auswirkungen einer politischen Instabilität auf der Iberischen Halbinsel auf die Gemeinschaft abstreiten könnte.

(SAD)

## Immer mehr Taiwanesen reisen heimlich in die Volksrepublik

Hongkong wird Testfall für Taipehs Alleinvertretungsanspruch / Peking gesprächsbereit

JÜRGEN KAHL, Taipeh  
Die Bevölkerung der chinesischen Inselrepublik Taiwan interessiert sich immer mehr für die nur durch eine schmale Wasserstraße getrennte, jahrzehntlang aber nur feindselig betrachtete Volksrepublik China. Während der Olympischen Spiele in Los Angeles, als sich vor den Fernseh-Schaufenstern der großen Kaufhäuser in der Hauptstadt Taipeh die Menschen drängten, gab es auch spontanen Applaus und Jubel für die Medaillengewinner „von drüben“.

Taxifahrer forschen ausländische Besucher wüßig über ihren Erlebnissen und Eindrücken vom Festland aus, und einige Tausend auf Formosa lebende Chinesen reisen inzwischen jedes Jahr heimlich und unter nicht unerheblichen persönlichen Risiken über Zwischenstationen wie Hongkong und Tokio zu Verwandtenbesuchen in die Volksrepublik.

Politik der Abschottung

Neugier bei der jungen Generation und Heimweh bei den Älteren sind die treibenden Motive dieser neuen Entwicklung, die sich im Widerspruch zu der unveränderten Politik der Abschottung der allein regierenden Nationalpartei (Kuomintang) vollzieht. „Besuche auf dem kommunistischen Festland sind illegal“, lautet der knappe Kommentar von Kabinettsprecher Chang Chung-yu zu dem Thema. Wer dennoch reist, so erst kürzlich wieder die Regierung in einer gezielten öffentlichen Erklärung, müsse mit „ernsten Konsequenzen“ rechnen.

Das Beharren der Kuomintang auf dem Alleinvertretungsanspruch trotz

weitgehender internationaler Isolierung steht 35 Jahre nach Gründung der Republik China vor der bislang härtesten Belastungsprobe, seit sich Peking und London Ende September vertraglich auf die Rückgabe der britischen Kronkolonie Hongkong zum 1. Juli 1997 an China geeinigt haben. Für Taiwan, das nach der Logik seiner bisherigen Politik die vielfältigen Beziehungen zu Hongkong spätestens zu diesem Termin abbrechen müßte, ist das in doppelter Hinsicht ein Existenzproblem.

Die britische Kronkolonie ist für die hochgradig exportabhängige chinesische Inselrepublik nach den USA und Japan der drittgrößte Absatzmarkt und der wichtigste Verkehrsknotenpunkt außerhalb Taiwans. Die Fluggesellschaft China Airlines (CAL) genießt unbeschränkte Landrechte in Hongkong und über die Kronkolonie - nur 50 Flugminuten von Taipeh entfernt - kommt auch der größte Teil der jährlich über eine Million ausländischen Geschäftsleute und Touristen. Außerdem hat Peking seine Absicht erklärt, nach dem modifizierten Hongkong-Modell konzentriert die Wiedervereinigung mit Taiwan zu betreiben.

Wir starren nicht wie gebannt auf Hongkong, aber wir machen uns natürlich vor allem politischen Sorgen“, meint eines der wenigen unabhängigen Regierungsmitglieder im privaten Gespräch. Diese Sorgen reichen von Befürchtungen chinesischer Infiltrationsversuche via Hongkong bis zur Unsicherheit über das langfristige Verhalten der einstigen Schutzmacht USA, in deren wiederholte Plädoyers für eine „friedliche Lösung“ des Taiwan-Problems und beschränkte Waf-

fenlieferungen die Regierung in Taipeh eine indirekte Garantie gegen eine gewaltsame Übernahme sieht.

Schon jetzt ist erkennbar, daß der eigene Bevölkerungsdruck auf der Insel, die mit ihren fast 19 Millionen Menschen zu den dichtest besiedelten Ländern gehört, sowie Sicherheitsängste die Aufnahmebereitschaft für die Hongkong-Chinesen, die sich aus der Kronkolonie absetzen wollen, erheblich drosseln werden. „Solange es sich um loyale Antikommunisten handelt“, sind sie willkommen, unruft Kabinettsprecher Chang die Auswahlkriterien, mit denen Taipeh offenbar in erster Linie die treuen und kapitalkräftigen Kuomintang-Anhänger in Hongkong anziehen möchte.

Option bleibt offen

Damit bleibt Taiwan zwar weit hinter seinen anfänglich großzügigen Versprechungen zurück, hält sich aber ansonsten wegen seiner vitalen Wirtschaftsinteressen alle Optionen für die Behandlung der Kronkolonie nach 1997 offen. „Einen völligen Abbruch der Verbindungen befürwortet hier kaum jemand“, urteilt ein langjähriger ausländischer Beobachter die Stimmung in der Geschäftswelt.

Anfang Oktober hat Peking das Verhandlungsangebot an Taiwan erneuert, das für die Insel ebenfalls weitgehende Teilautonomie, im Unterschied zu Hongkong aber zusätzlich das Recht auf eigene Streitkräfte vorsieht. Selbst unter diesen relativ großzügigen Bedingungen zieht es auf Taiwan auf Regierungs- wie auf Oppositionsseite kaum jemanden an den Verhandlungstisch. (dpa)

## London verliert Geduld mit Unesco

Harte Worte von Frau Thatcher / Innere Reformen reichen nicht / Steht Auszug bevor?

SAD, London  
Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat erneut die Unesco scharf kritisiert und den Mutmaßungen über einen kurz bevorstehenden Auszug Großbritanniens aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur neue Nahrung gegeben. Nach dem sich die Außenminister der EG und anderer europäischer Länder dafür ausgesprochen hatten, die wegen Einseitigkeit ihrer politischen Haltung und Verschwendung unter Beschuß geratene Unesco durch „innere Reformen“ wieder mit ihrem ursprünglichen Auftrag in Einklang zu bringen, setzte Frau Thatcher für ihr Land ein deutliches Signal.

In der Fragestunde des Unterhauses erklärte sie: „Die zahlreichen kritischen Äußerungen über die Unesco sind in der Tat mehr als genug gerechtfertigt, und das gilt für ihre Ausgabenpraxis ebenso wie für die zu Zeit zu Zeit unternommenen Versuche, die Redefreiheit und Pressefreiheit in einigen Ländern der Welt zu unterbinden.“

Frau Thatcher antwortete damit auf den Vorstoß des Labour-Abgeordneten Thomas Clarke, positiv auf den Appell des ehemaligen australischen Labour-Premierministers Gough Whitlam an Großbritannien zu reagieren, nicht dem Beispiel der USA durch Auszug aus der UN-Organisation zu folgen.

Gough Whitlam, Australiens Unesco-Botschafter, sagte bei einem kurzen London-Besuch, ein Auszug Großbritanniens aus der Unesco würde die „anglo-französische Initiative“ vom Mai dieses Jahres, eine Liste überfälliger Reformen für die Unesco zusammenzustellen, zum Scheitern bringen. Clarke forderte Frau Thatcher auf, „wenigstens diesmal auf die Dritte Welt und die blockfreien Nationen zu hören, statt sich an amerikanische Rockschröcke anzuhängen“.

Mit dem angekündigten Auszug der Vereinigten Staaten verliert die Unesco etwa 25 Prozent ihres Budgets. Schließt sich London diesem Schritt an, würden der Unesco weitere rund 16 Millionen Mark, das sind fast fünf Prozent ihres Jahresbudgets, entzogen. Neben den Amerikanern haben auch die Briten wiederholt die Ausgabenpolitik der Unesco scharf kritisiert und angemerkt, daß 76 Prozent des Jahresetats für die grandiose Pariser Zentrale der Organisation statt für Feldprojekte aufgewendet würden.

Die Aufkündigung der Mitgliedschaft durch die USA und England würde nach Auffassung von Whitlam einen derartigen Aderlaß für die

reagieren, nicht dem Beispiel der USA durch Auszug aus der UN-Organisation zu folgen.

Gough Whitlam, Australiens Unesco-Botschafter, sagte bei einem kurzen London-Besuch, ein Auszug Großbritanniens aus der Unesco würde die „anglo-französische Initiative“ vom Mai dieses Jahres, eine Liste überfälliger Reformen für die Unesco zusammenzustellen, zum Scheitern bringen. Clarke forderte Frau Thatcher auf, „wenigstens diesmal auf die Dritte Welt und die blockfreien Nationen zu hören, statt sich an amerikanische Rockschröcke anzuhängen“.

Mit dem angekündigten Auszug der Vereinigten Staaten verliert die Unesco etwa 25 Prozent ihres Budgets. Schließt sich London diesem Schritt an, würden der Unesco weitere rund 16 Millionen Mark, das sind fast fünf Prozent ihres Jahresbudgets, entzogen. Neben den Amerikanern haben auch die Briten wiederholt die Ausgabenpolitik der Unesco scharf kritisiert und angemerkt, daß 76 Prozent des Jahresetats für die grandiose Pariser Zentrale der Organisation statt für Feldprojekte aufgewendet würden.

Die Aufkündigung der Mitgliedschaft durch die USA und England würde nach Auffassung von Whitlam einen derartigen Aderlaß für die

Unesco bedeuten, daß der umstrittene senegalesische Generalsekretär Amandou M'bow sehr viel tiefgreifendere Reformen als bisher ins Auge fassen würde. In London wurde die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Unesco-Generalsekretär angesichts der drohenden drastischen Etatbeschränkung sein Amt zur Verfügung stellt.

Die Hochkommissare (Botschafter) von 40 Commonwealth-Ländern sprachen sich bei einer Zusammenkunft mit Außenminister Sir Geoffrey Howe gegen einen Auszug Großbritanniens aus der Unesco aus. Ein Sprecher des Foreign Office bestätigte gegenüber der WELT jedoch nur die Tatsache, daß dieses Thema angeschnitten worden sei. Aus Kreisen der Hochkommissionen war jedoch zu erfahren, daß der Verbleib Londons in der Unesco zum wichtigsten Punkt der Zusammenkunft erhoben worden war. Schriftlich hatten sie Sir Geoffrey zuvor schon dringend ersucht, sich innerhalb des Kabinetts gegen einen Bruch mit der Unesco zu verwenden.

Ein Unterausschuß des Kabinetts, der mit der Prüfung der Frage betraut ist, wird voraussichtlich Ende dieser Woche eine endgültige Entscheidung fällen.

## EG bleibt weiterhin zurückhaltend

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß auf dem Dubliner Europagipfel am 3. und 4. Dezember zwar Unterstützung für nähere Friedensbemühungen signalisiert, aber keine neue Grundsatzklärung zum Nahost-Konflikt im Stile der Venedig-Erklärung vom 13. 6. 1980 beschlossen wird. Trotz des Drängens anderer EG-Partner wird es spektakuläre neue europäische „Initiativen“ in Dublin nach Bonner Darstellung nicht geben.

Allerdings wird damit gerechnet, daß die Gipfelteilnehmer den italienischen Außenminister Giulio Andreotti beauftragen werden, Anfang nächsten Jahres eine politische Sondierungsreise durch den Nahen Osten anzutreten. Italien übernimmt am 1. Januar 1985 turnusmäßig den Vorsitz im EG-Ministerrat. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte schon Anfang September vorgeschlagen, daß die EG-Partner durch eine Mission des guten Willens ihr Interesse an einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts sichtbar unter Beweis stellen sollen.

Damit soll aber keineswegs eine neue Phase eigenständiger Nahost-Politik der EG eingeleitet werden. In Bonner Regierungskreisen sieht man es vielmehr als Aufgabe der Europäer

Anzeige

Selbst der frömmste Mönch stündigt für ein Glas Liqueur.

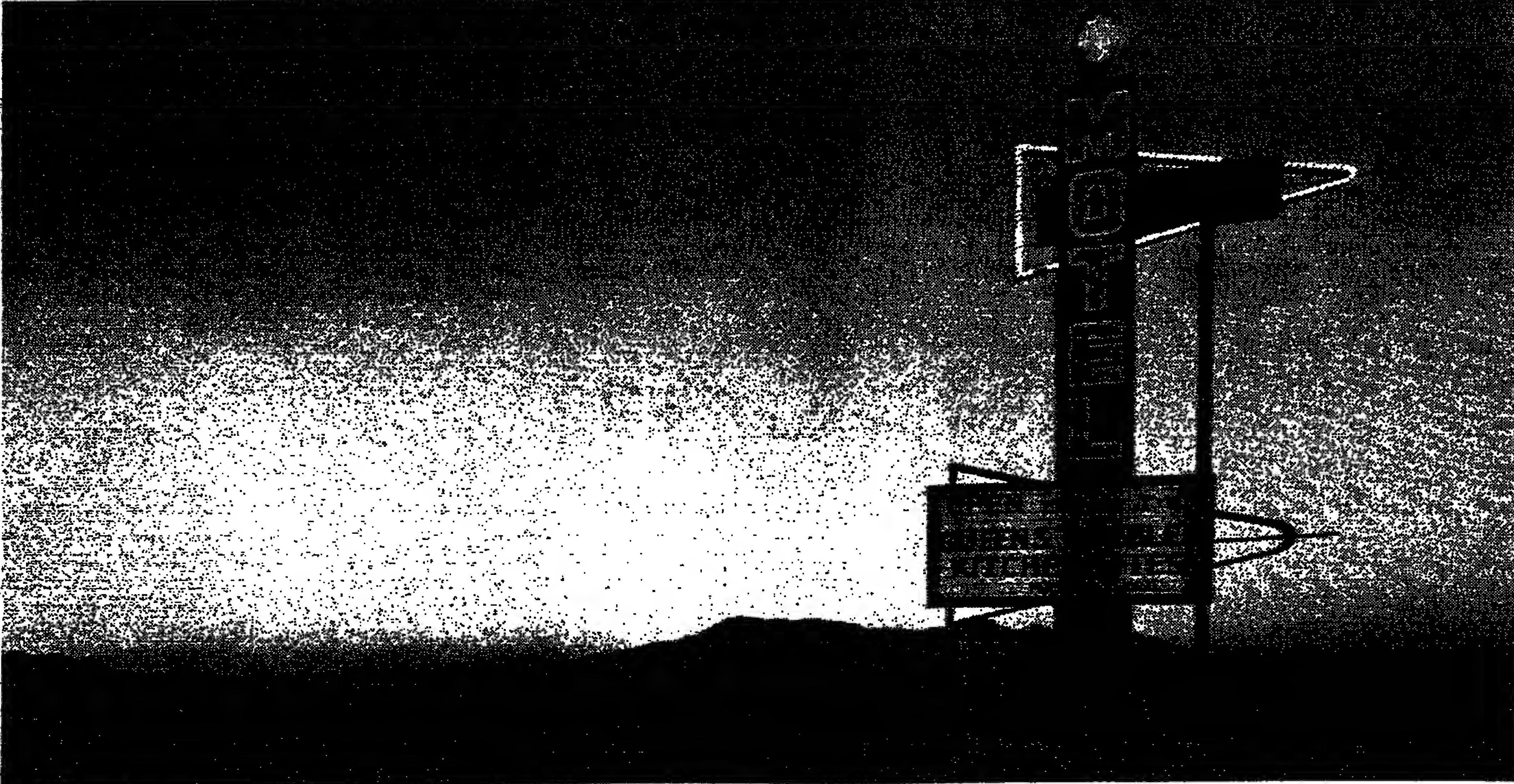
Liquore 100% ITALIEN

an Friedenswünsche der Nahost-Parteien zu unterstützen und die Bemühungen der USA zu flankieren.

Dazu gehören eine Förderung des ägyptischen Strebens nach Reintegration in die arabische Welt, die Unterstützung eines neuen Dialogs zwischen Israel und Ägypten und die Bekräftigung des Wunsches nach einer Räumung Libanons.

Für wichtig halten Bonner Experten eine enge Abstimmung mit den USA. Deshalb sollte Bundeskanzler Helmut Kohl nach ihrer Ansicht die Nahost-Frage bei seinem Gespräch mit Präsident Ronald Reagan in der kommenden Woche in Washington ansprechen. Dies böte die Möglichkeit, in einem frühen Stadium Details über die amerikanischen Absichten zu erfahren.

Als günstige Voraussetzung dafür wird in Bonn die Tatsache angesehen, daß die Bundesregierung als einziger EG-Partner die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Ägypten und Jordanien öffentlich begrüßt hat.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

MIT EINER EUROCARD BLEIBEN SIE AUCH AN DER ROUTE 66 NICHT AUF DER STRECKE.

Mit über 3,4 Millionen Vertragspartnern international bietet Ihnen EUROCARD - in Zusammenarbeit mit Amerika's MasterCard und Access, einer der englischen Top-Cards - eines der dichtesten Netze der Welt. Wie vornehmlich das ist, wird Ihnen auffallen, wenn Sie ein bißchen mehr von Amerika sehen wollen als New York City, Downtown L.A. oder Fisherman's Wharf in San Francisco. Allein an der Route 66 - dem vielbesungenen Highway - können Sie mit der EUROCARD in mehr als 3000 Motels übernachten, an rund 6000 „Gas Stations“ tanken und bei über 1000 Banken bare Dollar holen. Genauso einfach, als würden Sie bei einem von über 35000 EUROCARD-Vertragspartnern zwischen Alpen und Nordsee Station machen. Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postgiroamt.

EUROCARD EUROCARD DEUTSCHLAND

UNTERSCHRIFT

5232 1600 0000 0000

1232 EURO 0 00-00

KURT SCHERFER

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## „Bleifrei jetzt“ lohnt sich

„Die Diskussion um Autoschadstoffe in Schlagworten und Slogans“ sowie „Bleifrei jetzt“: WELT vom 2. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ein Gedanke des Beitrages kann nicht unwidersprochen bleiben, nämlich, daß bleifreies Benzin nur Mittel zum Zweck sei, Katalysatoren nicht zu zerstören.

Der Bleianteil im Abgas ist selbst Schadstoff Nummer 1, gibt es doch gar kein Mittel, die in die Landschaft gelangenden Bleiverbindungen „unschädlich“ zu machen, etwa abzubauen wie Stickoxide oder unverbranntes Benzin. Deshalb häuft sich Blei im Lauf der Zeit auf der Oberfläche an, und was es über Pflanzen, Tiere oder Grundwasser in die Nahrungskette gelangt, richtet es Schaden an.

Schließlich sind Bleiverbindungen nicht nur für Wirbeltiere giftig; und das hemmliche daran ist, daß sich die Folgen einer Bleivergiftung sehr verzögert zeigen, beim Menschen oft erst nach 15 bis 30 Jahren. Das ist

überläng schon seit Jahrhunderten bekannt.

Die Benutzung von bleifreiem Benzin – und die Mehrzahl der in Deutschland seit 1978 gefertigten Motoren ist dafür geeignet – hat aber noch einen entscheidenden weiteren Vorteil: Das Benzin wird besser verbrannt (gute Vergasereinstellung sollte selbstverständlich sein). Bei gleicher Leistung kann der Verbrauch um mehr als 5% sinken, das kompensiert schon die Mehrkosten von bleifreiem Benzin. Der Gedankengang, daß der Minderverbrauch auch weniger Abgas produziert und daß darin auch weniger unverbrannte Anteile enthalten sind, das Abgas also umweltfreundlicher sei, kann durch Messungen bestätigt werden.

„Bleifrei jetzt“ lohnt sich also doch für jeden, der Umweltschutz nicht immer nur von anderen verlangt!

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Prof. Dipl.-Ing. H. Esser,  
Hagen

## Suche nach den Ursachen

„Lebererkrankungen“: WELT vom 9. November

Sehr geehrte Redaktion,

Wohl ich meine, daß es noch keine wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse darüber gibt, daß das Lebererkrankungsrisiko durch die Schadstoffe aus den Kraftfahrzeugabgasen und Industrieanlagen usw. herbeigeführt wird. So hat z.B. der bekannte Strahlenforscher und Baumeister Dr. Aloys Bernatzky aus Frankfurt behauptet, daß Mikrowellen eine der Hauptursachen für das Lebererkrankungsrisiko sind. Und dieses hat sich gerade in den letzten zehn Jahren gezeigt, weil in dieser Zeit der schnelle Ausbau von Mikrowelleneinrichtungen vorgenommen worden ist. Interessant ist dabei, daß die größten Schadensfälle besonders in städtischen Gebieten, unter anderem am Harz, des Schwarzwaldes und der Alpen, eingetreten sind. Und dort stehen nun mal sehr viele Radaranlagen und andere Sendeanlagen usw., von denen ständig Mikrowellen ausgestrahlt werden. So wurden auch Schweißarbeiten von braun gebrannten Bäumen im unmittelbaren Richtstrahlbereich von Fernsehsendern ermittelt. Solche Feststellungen hat Dr. Bernatzky auch in der reinen Luft im Norden von Kanada um große Radarstationen herum gemacht.

In der Schweiz hat sich übrigens bei Versuchen auf Autobahnen ergeben, daß nur bei gleichmäßigem Tempo 100, was aber über längere Strecken nie durchzuhalten sein wird, der Stickoxid-Anteil in den Abgasen etwa um acht Prozent niedriger liegt als bei 130 km/h, so daß dabei also kaum von der erhofften Auswirkung gesprochen werden kann. Auch wird von Waldkennern mit Recht gefragt, warum Waldstreifen, durch die stark befahrene Autostraßen führen, gar nicht nachteilig betroffen sind, während in anderen, weniger von Autos belasteten Wäldern Bäume krank werden. Hier glaubt man, daß das Waldsterben z.B. auch eng mit dem rückläufigen Grundwasser-

spiegel zusammenhängen kann. Somit dürfte feststehen, daß es verschiedene Ursachen gibt und viele Möglichkeiten des Handelns notwendig sein werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Helmut Spindler, Lübeck

## Korrekte Fakten

„Bakterien als Baumtrupp“: WELT vom 27. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

der nachdenklich stimmende Bericht macht schlagartig deutlich, daß erhebliche Anstrengungen kaum absehbare Ausmaße erforderlich sind, um in den nächsten Jahren eine noch nicht genau bekannte, aber in die Tausende gehende Zahl von problematischen Altablagerungen und kontaminierten Betriebsstandorten zu sanieren. Wirksame Sanierungsinstrumente müssen dabei größtenteils erst noch entwickelt werden.

Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß die Diskussion über Altlasten emotionalisiert und nicht mehr ausschließlich sachbezogen geführt wird. Um so wichtiger ist es, daß die Information zur Altlastenfrage korrekte Fakten vermittelt. Insoweit bedarf Ihr Bericht in einem Punkt der Korrektur. Sollte der Autor davon ausgegangen sein, daß nicht

## Wort des Tages

„Es gibt nicht einen, es gibt viele rechte Wege“. Aber treffen sie sich nicht alle einmal am gleichen Ort? Dort nämlich, wo der Mensch beginnt, in den Geheimnissen der Welt die Handschrift Gottes zu ahnen.“

Karl Theodor Freiherr von Guttenberg, dt. Politiker (1921–1972)

nur in Georgswerder, sondern auch in Gerolstein im Sickerwasser der dortigen Deponie TCDD gefunden wurde, so bedarf dies der Richtigstellung. TCDD konnte bislang im Umfeld der Deponie Gerolstein weder in Wasser, noch in Boden- oder Gasproben nachgewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Jung,  
Referent für Fragen der Abfallbeseitigung im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt, Mainz

## Ohne Alternative

„Letztes Aufbäumen“: WELT vom 12. November

Sehr geehrter Herr Gehlhoß,

Sie bewerten in Ihrem Artikel die Anstrengungen der Niedersächsischen Landesregierung um die Erhaltung des Stahlstandortes Georgsmarienhütte als ein „letztes Aufbäumen der Unvernunft“.

Es versteht sich, daß die deutsche Stahlindustrie bei Fortsetzung des Subventionsunwesens in den EG-Ländern über 1985 hinaus – was eben diese Länder angeblich nicht wollen! – sich kleiner setzen muß. Ihre Ausführungen über das Wo und Wie erfordern jedoch im Falle der Georgsmarienhütte Klarstellungen:

● Das Werk beschäftigt 2400 Arbeitskräfte. Die von Ihnen genannte Zahl liegt erheblich darunter.

● Die Hütte produziert ihren Stahl in einer erst jüngst installierten und hier erprobten KS-Anlage, die wirtschaftlich erfolgreich arbeitet. Zum Initiationsritus des neuen Verfahrens gehörte die feierliche Proklamation dieser Technik als Garant für den Bestand des Werkes.

● Nach Schließung der Hütte würde die Arbeitslosenquote dieser Region auf 28 Prozent schnellen. Der Arbeitsmarkt bietet hier keine Alternativen. Ernst Albrecht, der sich gegen die Stilllegung aufbäumt, bewegt sich also durchaus in den Kategorien wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit.

Übrigens: Die Niedersächsische Landesregierung hat für Klöckner/Krupp/CRA einen Alternativplan entwickelt, der sich am rechtsverstandenen Gemeinwohl orientiert.

Mit freundlichen Grüßen  
Th. Rolles,  
Georgsmarienhütte

## Fehlplanung

„Hauptleute stellen Würmer zur Rede“: WELT vom 2. November und „Lebensbriefe: Freiwiliger Ruhestand“: WELT vom 9. November

In der Zeit der sozial-liberalen Koalition wurden durch vorzeitige Beförderung jüngerer Offiziere (Weißbuch-Beförderungen/Aktion „Abendsonne“) entgegen bewährter Praxis die Stellen der Majore und Oberleutnants auf Jahre blockiert und durch Georg Lebers spärliches Zusatz-Jahr zusätzlich zuzementiert. Die Leidtragenden sind die Hauptleute der Jahrgänge 1935/44 als Opfer einer Fehlplanung, obwohl sie meist „gut“ und besser beurteilt sind. Das Problem ist heute durch Personalführung kaum noch lösbar, sondern ist ein Politikum geworden, zunächst für Minister Wörner, dann für alle Parteien.

Ganze Jahrgangsgruppen bewähr-

ter Hauptleute, Kriegskinder unserer Generation, aber einfach als lästigen Ballast abwerfen zu wollen wäre keine sachliche Lösung, sondern Flucht des Dienstes aus unabwiesbarer Verpflichtung eines Laufbahn-Versprechens, Täuschung im berechtigten Lebens-Ziel und menschliches Unrecht. Ein etwaiges Ausscheiden von Hauptleuten muß freiwillig bleiben, denn es geht nicht um falschen Ehrgeiz der Betroffenen.

Warum ist das Lebersche Zusatz-Jahr noch nicht abgeschafft? Warum wird nicht ein früheres Ausscheiden aller Stabsoffiziere mit geringer Qualifikation und gesundheitlichen Mängeln zur Bereinigung einmalig erwogen, indem die Verabschiedung daran statt an den Jahrgang Jüngerer gebunden wird? Das hat es zu allen Zeiten gegeben.

Mit Beschwichtigung oder Verheimlichung ist nichts mehr getan, wenn die Glaubwürdigkeit erhalten bleiben soll. Wo bleibt der Minister? Wo bleiben die Verteidigungsausschüsse der Parteien und verantwortungsvolle Abgeordnete, die hier mehr gewinnen können als persönliche Vorteile? Und hätte nicht zuletzt auch die Bundeswehr damit eine einmalige Chance, die Durchschnitts-Qualität ihrer Stabsoffiziere zu heben?

J. Engelmann,  
Oldenburg

## Vom Vorgänger

„Dreimal im Monat trommeln die Musiker“: WELT vom 14. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Ihrer Berichterstattung über Bestandsdaten des Bundesrechnungshofes entstand der Eindruck, hier handele es sich um Fehlentscheidungen der jetzigen Bundesregierung. Offenkundig wurde übersehen, daß hier Maßnahmen aus der Zeit der Verantwortung von Minister Dr. Apel (SPD) kritisiert wurden.

Wir stellen ergänzend fest, daß zu allen berechtigten Kritikpunkten nunmehr von Minister Dr. Wörner (CDU) Verbesserungen eingeplant wurden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
Boller, Bundesministerium der Verteidigung

## Normal-Karriere?

„Diskussion vor Kölsgratz“: WELT vom 13. November

Die Bemerkung, Moltkes Karriere habe lange Zeit nichts Ungewöhnliches geboten, ist verwunderlich. Am 12.3.1822 trat er in preußischen Dienst. 1823–26 Allgemeine Kriegsschule, dann Lehrer an einer Divisionsschule. Anschließend Versetzung in die topographische Abteilung des Großen Generalstabs; es folgt eine Reise auf den Balkan und ein Kommando in die Türkei. Generalstabstätigkeit im IV. A.K., Adjutant bei Prinz Friedrich-Wilhelm und schließlich Chef des Generalstabs.

Weder war er jemals Truppen-Adjutant noch Kompaniechef, noch Truppenkommandeur; Truppendienst hat er anderthalb Jahre lang geleistet. „Ungewöhnlicher“ kann eine Laufbahn nicht sein. Als „keine gute Acquisition“ galt er, weil er bei einer Parade keine gute Figur gemacht hatte; das spielte in Preußen keine Rolle.

Friedrich Doepner,  
Celle

## Seerechts-Vertrag

„Seerecht: Gespöcher tritt gegen Passat an“: WELT vom 15. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Gemeinsames Erbe der Menschheit“ war die Begleitphilosophie der III. UN-Seerechtskonferenz. Sie sollte zum Ausdruck bringen, daß die Meere, in allen ihren Erscheinungs- und Definitionsformen, als auch die in und unter ihnen befindlichen Schätze das „gemeinsame Erbe der Menschheit“ sind. Der Kompromiß, der schließlich am Abschluß dieser Marathonskonferenz gefunden wurde, fiel zugunsten derjenigen aus, die diese Formel eingebracht hatten, nämlich vorwiegend die Länder der Dritten Welt. Den Industrieländern fiel die Pflicht zu, technisches „Know-how“ zu liefern oder bereitzustellen, ohne adäquat an der Ausbeutung dieser Schätze, durch Meeresbergbau, beteiligt zu werden. Gegen diese Konstellation haben sich während der Konferenz sowohl die westlichen Industrienationen als auch die Sowjetblockstaaten gewandt. Von den satellitischen Staaten des Sowjetblocks haben sich diejenigen mit den größten Fischfangflotten darüber Gedanken gemacht, angesichts der künftigen Fangrechte ihre Flotten oder Teile davon gewissen Drittweltländern zur Verfügung zu stellen.

Andererseits fanden vernünftige Regelungen bezüglich der Durchfahrtsrechte für die Seeschifffahrt, für die Meeresforschung und für die Streitschlichtung in der Konvention ihren Niederschlag, die nun nur noch bis zum 9. Dezember 1984 zur Zeichnung offen liegt.

Wir wissen, daß ein Vertrag immer ein Kompromiß ist. Je umfassender ein Vertrag, um so größer die Anforderung an die Kompromißbereitschaft. Nur muß man wissen, daß ein Kompromiß immer eine Abweichung von der eigenen Position ist, daß diese Abweichung zu einem kalkulierten Zeitpunkt zinsträchtigt werden muß und nicht etwa zur Erpreßbarkeit führen oder dazu verwendet werden darf. Das zu erreichen bzw. zu verhindern liegt nun unter Zeitdruck im Entscheidungsbereich der Bundesregierung.

Man möge nicht zuletzt bedenken: Großbritannien ist bereits seit über zwei Jahrzehnten Gastland der UN-Sonderorganisation IMO (früher IMCO, Internationale Seeschifffahrtsorganisation); die USA sind Gastland des Hauptsitzes der Vereinten Nationen. Beide könnten ihre Nichtzeichnung politisch wie moralisch besser kompensieren als die Bundesrepublik Deutschland.

Eine gastgebende Bundesrepublik Deutschland für eine seerechtliche Institution der Vereinten Nationen dürfte für erlittene Nachteile zumindest politisch kompensiert worden sein. Für ein einheitlich agierendes Europa auf dem Gebiet des internationalen Seerechts ist auch die Bundesrepublik Deutschland mitverantwortlich. Es hindert sie auch niemand daran, so schnell wie möglich sich entwickelnden Schaden schon im Vorfeld dadurch abzubauen, indem sie eine arbeitsplatzfördernde, exportorientierte Meeresbergbau- und Meeresumweltschutzindustrie entwickelt.

Mit freundlichen Grüßen  
Günter Mitschka,  
Hanau 1

## Personalien

## GEBURTSTAG

Axel Schüttsack, einer der erfahrensten Redakteure der WELT, wird am Samstag 65 Jahre alt. Der gebürtige Nordschleswiger, durch eigenes Schicksal und Erleben Kenner des deutsch-dänischen Verhältnisses und darüber hinaus des europäischen Nordens, hat die Frucht seiner Erfahrungen als Korrespondent in Stockholm und Kopenhagen unter anderem in dem Band „4x Skandinavien“ zusammengefaßt. Von dem promovierten Historiker, der auch aus Brüssel und später Berlin berichtete und der sich heute für die WELT mit dem Problem der deutschen Einheit und beider deutscher Staaten beschäftigt, stammt neben vielen richtunggebenden Artikeln auch das Buch „Der preußische Traum“, eine Darstellung des „Hohenzollernstaats zwischen Gehorsam, Pflicht und Freiheit“, das auch lange nach dem „Preußen-Jahr“ immer noch erschreckend aktuell ist.

## VERANSTALTUNG

Der ehrwürdige Arts Club in Mayfair war ein trefflich gewählter Platz, um Fritz Wirth, den Korrespondenten der WELT in London, von seinen Freunden, Kollegen und Bekannten Abschied nehmen zu lassen. Siebzehn Jahre berichtete Fritz Wirth für die WELT aus Großbritannien, bevor er jetzt in die amerikanische Hauptstadt wechselte.

Aus Deutschland waren Christan Herfurth, Mitglied des Vorstands der Axel Springer Verlags AG, WELT-Chefredakteur Herbert Kremp und Verlagsleiter Ernst Dietrich Adler gekommen, um Wirth zu verabschieden und den mehr als einhundert Jahren aus Politik, Wirtschaft und Presse dessen Nachfolger, Reiner Gatermann, vorzustellen. Seit 1975 berichtet Gatermann für die WELT aus Skandinavien. Anfang Januar wird er seine Arbeit als politischer Korrespondent der WELT in London aufnehmen.

Zu dem illustren Kreis der Gäste im Arts Club zählten G. Z. Steffens, Vorsitzender der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Großbritannien, Frederick Ullstein, ein in London lebendes Mitglied der berühmten Verleger-Familie, nahezu alle aus London berichtenden Korrespondenten der deutschen Medien, Mitarbeiter der führenden britischen Tageszeitungen, Direktoren

deutscher und britischer Banken und Unternehmen, der Gesandte der Deutschen Botschaft in London, Freiherr von Stein, und, last not least, der deutsche Botschafter, Rüdiger von Wechmar. Der WELT und in erster Linie Fritz Wirth war zuvor besondere Ehre zuteil geworden: In der Deutschen Botschaft am Belgrave Square gab Botschafter von Wechmar Fritz Wirth einen Abschieds-Lunch, zu dem neben Herfurth, Adler und Kremp auch Gatermann und der Wirtschafts-Korrespondent der WELT in London, Wilhelm Fürtter, geladen waren. Zum Gästekreis gehörte der Chefredakteur der Times, Charles Douglas-Horne, ein Neffe des früheren konservativen Premierministers Sir Alexander Douglas-Horne. Der Times-Chefredakteur zu Wirth, als dieser von seinem Vorhaben erzählte, einen letzten Bericht aus London über die Geschichte der Times zu schreiben: „Den geben Sie mir aber zu lesen, bevor er gedruckt wird.“

## EHRUNGEN

Für seine Untersuchungen von Schadenstufen in Chemieanlagen hat der Stuttgarter-Wissenschaftler Professor Axel Schönbrücher den mit 20 000 Mark dotierten Dechema-Preis 1983 der Max-Bucher-Forschungsstiftung erhalten. Schönbrüchers Untersuchungen haben zu neuen Erkenntnissen über Strahlungsvorgänge geführt und damit wesentlich zur Sicherheit von Chemieanlagen beigetragen. Der 1945 in Körtal in Württemberg geborene Wissenschaftler war von 1974 bis 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für physikalische Chemie der Universität Stuttgart und ist seitdem Professor für Technische Chemie.

Im Rahmen eines Empfangs wurden Professor em. Dr.-Ing. Xaver Hafer, ehemaliger Leiter des Instituts für Flugtechnik der Technischen Hochschule Darmstadt, Professor Dr. rer. nat. Hermann Jordan, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V., und Dr. rer. nat. Hans-Georg Knoche, Hauptabteilungsleiter Aeromechanik Messerschmitt-Bölkow-Blahn, GmbH, zu Ehrenmitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e.V. ernannt.



Ablösung: Reiner Gatermann, Fritz Wirth

FOTO: DIE WELT

## Tippen und schicken: Teletex.



Zwischen beiden lag früher eine Welt. Denn ihr Schreibtisch steht in München, seiner in New York. Seit es Teletex gibt, ist das keine Entfernung mehr. Jetzt liegen zwischen beiden nur noch Sekunden. Mit ihrer Teletex-Maschine erledigt

sie heute große Teile der Geschäftspost. Sie nutzt den umfassenden Komfort und das gesamte Zeichenrepertoire einer modernen elektronischen Schreibmaschine. Ihre Texte kommen genau da an, wo sie gebraucht werden: auf der

Teletex-Maschine im Büro des Empfängers. Und dort sehen sie genauso aus, wie sie auf der anderen Seite erstellt wurden. Wenn auf ihrer Maschine Texte eintreffen, wird sie nicht gestört. Die Schreiben gehen erst in den

Speicher und können jederzeit abgerufen werden. Mit ihrer Teletex-Maschine kann sie aber auch alle nationalen Teletext-Teilnehmer erreichen und viele im internationalen Bereich. Und daß sich über Teletex nicht

die Sekretärin freut, dafür hat die Post auch gesorgt. Denn die Übermittlung jeder DIN-A4-Seite kostet weniger als ein

meldeamt über Teletex. Er kann und informiert Sie gern. Die Rufnummer, in den Sie im Telefonbuch unter „Post“

dem

Fern-

Q Post

Von Mensch zu Mensch in 10 Sekunden



DFB-POKAL / Karlsruhe blamierte sich bei Amateuren - Köln und Bochum scheiterten an Zweitligaklubs - Ganze Branche macht Jagd auf ein Talent

# Maximilian Heidenreich oder Wie man sich zwischen alle Stühle setzen kann

PETER STUTZER/DW, Bonn

Es war wieder so, wie es eigentlich in Pokalrunden immer wieder passiert ist: die Arroganz, ein überzogenes Selbstbewusstsein oder eine mangelhafte Berufsauffassung, die einige Bundesligaklubs jedenfalls gegen im Pokal gegen vermeintliche Außenseiter stets ins Stolpern. So übertrug die "Welt" eine unbekanntere Aufspielende Oberliga-Mannschaft aus Haiger den Karlsruher SC und gewann mit 1:0 in der Verlängerung. Der 1. FC Köln und der VfL Bochum konnten bei Zweitligaklubs nicht bestehen.

Nachdem sich stimmte muß auch, daß eine Mannschaft wie der Titelverteidiger und Bundesliga-Tabellenführer Bayern München im Pokal einen Amateurgegner braucht, um sich selbst aus der Krise zu schelen. Also segte Bayern-Trainer Udo Lattek nach dem 3:0 bei den harmlosen Amateuren von Friesen Hünigsen: "Das Gerede von einer Krise bei uns. Wir müssen hier beweisen, daß wir nicht abgeschrieben sind."

Der Pokal als Bühne der Selbstdarstellung. Ein junger Mann hat diese Chance nicht nutzen können. Eine ganze Branche macht Jagd auf das Talent Maximilian Heidenreich von Hannover 96. Der Erwartungsdruck wird immer größer, seine Zukunft aber auch immer ungewisser.

Noch aber wertet Maximilian Heidenreich die Dinge in der Sorglosigkeit und der Sprache eines 17-jährigen Gymnasiasten. Die Geschichte mit mir hat jetzt eine Eigendynamik entwickelt. Sie geht ganz einfach von allein weiter. Wer könnte ihm die trübselige Sorglosigkeit auch verdenken: Noch nicht volljährig, Schüler, Amateur, Zweitligaspieler bei Hannover 96 und doch schon der zur Zeit umworbenste Fußballspieler Deutschlands.

Frei nach den zweifelhaften Gesetzen dieser Branche: Was der andere für sich will, soll lieber mir gehören. Bis ins nahe Hamburg hatte es sich zuerst herumgesprochen, daß da einer sei, der den Ball über fünfzig Meter schlagen kann wie Felix Magath. Also reiste HSV-Manager Günter Netzer an, um tatsächlich zu befinden, dieser Heidenreich werde ein zweiter Magath.

Womit er den VfB Stuttgart auf den Plan rief, denn mittlerweile war auch den Schwaben zu Ohren gekommen, daß es oben in Hannover jemanden gebe, der könne den Ball streicheln wie einstmals Hansi Müller. Und das ganze 50 000 Mark Ablöse billig. Geschäftsführer Ulrich Schäfer begab sich also auf die Reise in den Norden, um festzustellen, daß dem VfB gerade so einer wie Heidenreich noch gefehlt habe.

Damit war nun endgültig auch Uli Hoenes im Spiel. Denn dem reichsten Spieler der Bundesliga fehlte noch ein Spieler, der die besten Karten.

Wer wie ein Vollprofi verdienen will, muß wie ein Vollprofi arbeiten. Für Mutter Heidenreich war das Thema erledigt: "Das HSV-Angebot war ohnehin eine Frechheit. Da kann man ja in Hannover mehr verdienen."

Seither ist Stuttgart Favorit. Geschäftsführer Schäfer hatte den Söhnen schließlich VfB-Trikots mitgebracht, die Familie umschmeichelt und die Mutter auf seine Seite gebracht, die prompt befand: "Ein ausgesprochen netter Mensch mit vorbildlichem Auftreten." Management und Elternhaus Heidenreich (was ja keinen Unterschied macht) befanden: "Der VfB hat die besten Karten."

Nur wird längst das eigene Blatt immer schlechter. Vater Klaus Heidenreich nämlich, Anlageberater mit Finanz (IOS) und Bauplänen (Dr. Ammanns Bauherrenmodelle) und sonst Gläubigern im Nacken, läßt nämlich bei Verhandlungen so ganz nebenbei einfließen, daß er mit dem neuen Verein seines Sohnes auch selbst im Immobilienbereich ins Geschäft zu kommen gedenke. Nach dem HSV zögert nun auch der VfB Stuttgart, sich mit einem Talent ein ganzes Paket drohende Unbill einzukaufen. Und auch Hoenes hat schon gesagt: "Wenn ein 17-jähriger schon 200 000 Mark kosten und obendrein noch die Familie ernähren soll, tut er mir leid. Der Druck ist zu gewaltig für den Bub."



Harald Schumacher hält den aufgebracht Hartmann zurück

FOTO: HORSTMÜLLER

## ERGEBNISSE

In der zweiten Runde des DFB-Pokals gab es folgende Resultate: Bundesliga unter sich: Schalke - Dortmund 3:2, Verdingen - Düsseldorf 2:1, Gladbach - Frankfurt 4:2 n. V. - Bundesliga gegen 2. Liga: Wattencheid - Mannheim 0:4, Bremen - Darmstadt 5:0, Aachen - Bochum 3:0, Hannover - 1. FC Köln 2:1. - Bundesliga gegen Amateure: Bochum (AI) - Stuttgart 1:2, Friesen Hünigsen - München 0:8, Altona - Leverkusen 0:3, Haiger - Karlsruhe 1:0 n. V. - Zweite Liga unter sich: Hertha BSC - Köln 4:3 n. V., Saarbrücken - Nürnberg 4:1. - Zweite Liga gegen Amateure: Bayreuth - Solingen 1:2, Geislingen - Offenbach 4:2. - Amateure unter sich: Nürnberg (AI) - Jülich 10:0.

## AUSLOSUNG

Bayern München war für die Amateure des TSV Friesen Hünigsen gleich mehrere Nummern zu groß. Dennoch werden die Amateure für ihre gute Leistung im Spiel gegen den Titelverteidiger belohnt. Die ganze Mannschaft wurde zur Auslosung des Pokal-Achtelfinales vom Hessischen Rundfunk nach Frankfurt eingeladen. Torwart Ralf Krüger wird am Samstag im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) die Lose für die dritte Runde am 22./23. Dezember ziehen. Im Studio wird auch die Mannschaft von Eintracht Haiger sitzen. Die Spieler werden für das 1:0 über Karlsruhe mit der Einladung ins Fernsehstudio belohnt. Das Endspiel des 42. Wettbewerbs wird am 26. Mai 1985 im Berliner Olympiastadion ausgetragen.

EISHOCKEY / Interessengemeinschaft half Schwenningen aus dem Tief

# Hilfsaktionen - die Fans füllen Lottoscheine auf Klubnamen aus

U. HOLTHOFF, Schwenningen

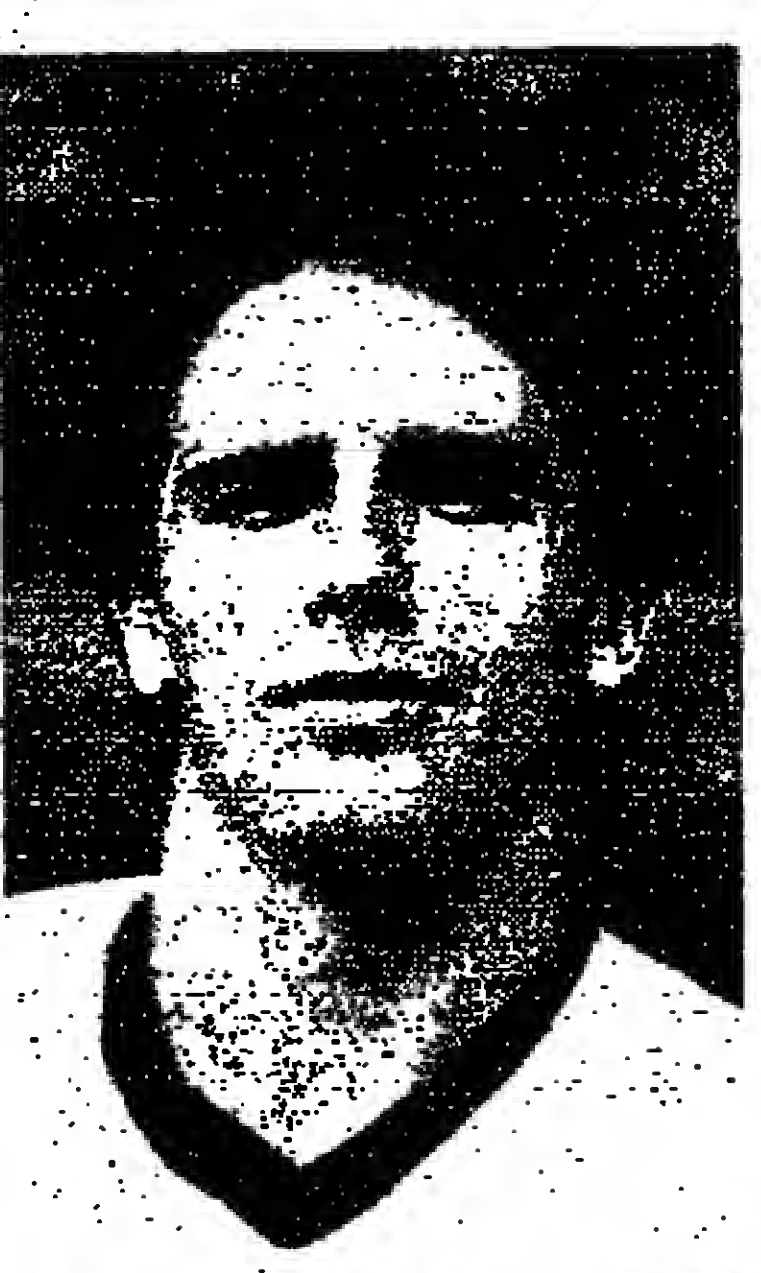
Das erste Entsetzen ist der Zuversicht gewichen. "Wir sind sicher, daß wir diese Saison sportlich auf jeden Fall beenden können. Mit Ausnahme von zwei Spielern haben bereits alle neue Verträge zu geänderten Bedingungen unterschrieben." Karl-Henning Lichte, Sprecher einer unabhängigen Schwenninger Interessengemeinschaft zur Unterstützung des örtlichen Eishockey-Klubs ERC, zieht vor dem Bundesligaspiel heute Abend in Kaufbeuren (19.30 Uhr) ein erstes optimistisches Resümee.

Die erste Gefahr scheint gebannt. Der Schwenninger ERC wird zwar die Liste der Finanzskandale in der Eishockey-Bundesliga verlängern, doch eine ähnlich spektakuläre Pleite wie beim Berliner SC, dem EHC München, ERC Freiburg, VfL Bad Nauheim oder Rosenheimer EC wird voraussichtlich vermieden können. Dank der spontanen Hilfe eisockeybegeisterter Bürger. "Der Verein hat Tradition. Er ist jetzt 80 Jahre alt. Er ist von Bürgern aufgebaut und zu dem gemacht worden, was er heute ist", erklärt Manfred Gruhl die Welle der Hilfsbereitschaft, die den ERC direkt nach Bekanntwerden einer Steuermachforderung in möglicherweise Millionenhöhe überschwemmte.

Manfred Gruhl gehört zu den Initiatoren der Interessengemeinschaft, in der sich spontan rund 100 Fans zusammengeschlossen. Mit dem Ziel, den Spielbetrieb aufrechtzuerhalten und die Notlagen, die den Spielern entstanden sind, auszugleichen, so ihr Sprecher Lichte. Die Steuerschulden wollen sie nicht bezahlen.

Der Mangel an einem geeigneten Großsponsor zwang zu ungewöhnlichen privaten Maßnahmen. Innerhalb von drei Wochen gelang es, genügend Leute zu aktivieren, die bereit sind, mit regelmäßigen Spenden den Spielbetrieb bis Saisonende aufrechtzuerhalten. Die neuen Verträge für die Spieler (zwei haben noch Bedenken) werden noch vor Beginn der Wechselfrist am 1. Dezember sind ein sichtbarer Erfolg der ungewöhnlich engagierten Bürgeraktion.

1500 Mitglieder hat der Traditionsverein, der das sportliche Aushängeschild der Region ist. Von Stuttgart bis Lörrach kommt das Publikum zu den überdurchschnittlich gut besuchten Heimspielen. Eishockey wird überall gespielt, rangiert noch vor Fußball, in Betriebs- und Straßemannschaften spielen sie in Schwenningen Eishockey wie anderswo Fußball. Ein fast familiäres Verhältnis der Spieler zum Publikum hat dazu geführt, daß Fans ihnen jetzt vor Auswärtsspielen Kuchen an den Bus bringen, Frauen des Fanclubs Weihnachtsgebäck zugunsten des Klubs verkaufen und Fans Lottoscheine auf den Klubnamen ausfüllen. Hilfsbereitschaft, die auch deshalb möglich wurde, weil die Anhänger das ungesetzliche Finanzgebaren tolerieren, das jetzt durch die Anzeige eines Spielers wieder einmal aufgedeckt wurde. "Hier wurde nur praktiziert, was überall im Eishockey üblich ist. Außerdem gab es keine schwarzen Kassen. Eine gewisse Blauäugigkeit ist den Herren jedoch nicht abzusprechen", erklärt Gruhl.



Georg Holzmann: Noch keinen neuen Vertrag

Fehler seien gemacht worden, räumt auch Hermann Benzing ein, seit 17 Jahren Abteilungsleiter des ERC. Fehler, die durch unzeitgemäße Steuergesetze fast provoziert werden. Seit Jahren bewegen sich die Eishockey-Klubs am Rande der finanziellen Legalität, werden die Bundesligaspieler über die Steuergrenze von 8400 Mark jährlich hinaus bezahlt; entweder über sogenannte größten- teils vom Finanzamt anerkannte Vorgeschaltgesellschaften oder durch die Vereine, die ihre 1. Mannschaften als wirtschaftliche Geschäftsbetriebe angeben und damit steuerpflichtig sind.

Seit Jahren bemüht sich der Deutsche Eishockey-Bund (DEB), dessen Ansehen durch immer neue Finanzskandale leidet, um eine akzeptable Lösung. "Wir haben einen Antrag gestellt, die Vereine wie wirtschaftliche Geschäftsbetriebe zu behandeln, was die Abgabenordnung den Vereinen gestattet. Wir wollen so behandelt werden wie der Fußball. Außerdem brauchen wir als DEB größere Möglichkeiten zur Wirtschaftlichkeitsüberprüfung unserer Vereine", erklärt Fritz Brechenmacher, der Ligenvorsitzende im DEB. Er war maßgeblich beteiligt an der Erstellung eines entsprechenden Antrages, den der DEB im Herbst 1982 den Körperschaftsteuerreferenten der Länder vorlegte. Eine Entscheidung darüber steht seit zwei Jahren aus.

SCHACH

# Herren gut - Debakel für die Damen

DW, Moskau/Saloniki

Während Anatolij Karpow und Garri Kasparow bei ihrem Titelkampf in Moskau in der 26. Partie das 17. Remis hintereinander erreichten, spielten das sowjetische Team bei der 26. Mannschafts-Weltmeisterschaft in Saloniki voll auf Angriff. Es deklarierte Ungarn mit 4:0. Die deutschen Herren erreichten ebenfalls einen 4:0-Sieg gegen Mexiko, während die Damen ein 0:3-Debakel gegen Bulgarien erlebten.

Das 17. Remis hintereinander zwischen Karpow und Kasparow ist ein einmaliger WM-Rekord. Ludek Pachman kommentiert:

Die Notation (Weiß, Kasparow, Englische Partie): 1.Sf3 Sf6, 2.c4 c5, 3.Sc3 Sc6, 4.d4 exd4, 5.Sxd4 e6, 6.g3 Dd6, 7.Sb3 d5, 8.cxd5 Sxd5, 9.Lg2 Sxc3, 10.bxc3 Sc7, 11.0-0 e5...

Bisher war alles identisch mit dem 24. Spiel, in dem Schwarz rochierte. 12.Lc3 Dc7, 13.Sc5 0-0, 14.Da4 LxSc5?...

Schwarz kann den Springer auf seiner starken vorgeschobenen Position nicht lange dulden. Möglich wäre auch Sa5, danach 15.Sa6? was aber an Dxc3 scheitern würde, und 15.Sb3 mit Sc4, 16.Lc5 Lxc6, 17.Dex4 Lb6.

15.LxL5 Td8, 16.Tfd1 Le6, 17.h3 TxTd1, 18.TxTd1 Td8, 19.TxTd8 Dxd8, 20.Lxa7...

Sonst wäre 20... Ld5 eine einfache Abwehr gegen den vom weißen Läufer ausgeübten Druck.

20... Da8, 21.Lxc6 bxc6, 22.Kh2 h5, 23.Da5 f6 Remis.

STANDPUNKT

# Was wird aus Zola Budd?

Heute wird in Südafrika geborene Weltrekordläuferin Zola Budd in Kapstadt bekanntgegeben, wie die Fortsetzung ihrer Karriere aussehen soll. Die 18-jährige startete bei den Olympischen Spielen in Los Angeles für Großbritannien. Danach kehrte sie nach Südafrika zurück, wo sie von der schwarzen Bevölkerung zur "Sportlerin des Jahres" gewählt wurde.

Zola Budd, die sich vorerst von ihren in Scheidung lebenden Eltern getrennt hat, wird heute folgendes mitteilen: Das internationale Comeback erfolgt am 30. Dezember beim traditionellen Silvesterlauf von Zürich. Als nächster großer Start sind die Cross-Weltmeisterschaften 1985 in Lissabon geplant - die Teilnahme soll im englischen Trikot erfolgen.

Allerdings möchte sich die Südafrikanerin Zola Budd so oft wie möglich in ihrer Heimat Südafrika aufhalten. Sollte dies vom englischen Verband nicht genehmigt werden, besteht der Plan, in die Schweiz zu übersiedeln. Deshalb wird Res Brugger, der Chef des großen Zürcher Sportfestes, zugleich versuchen, die Engländer davon zu überzeugen, daß eine in Südafrika geborene Engländerin durchaus auch dann für England laufen und siegen kann, wenn sie in der Schweiz lebt.

Zola Budd hofft auf einen Kompromiß. Sollte er nicht zustande kommen, kann die Karriere dieser hochtalentierten Läuferin ein jähes Ende finden. Sie wird sich dann wohl für immer nach Südafrika zurückziehen und gemäß den internationalen Verbandsstatuten keine internationalen Starts mehr absolvieren. Es ist das Los einer weißen Südafrikanerin, die von ihren schwarzen Landsleuten zum Vorbild erhoben wurde.

KLAUS BLUME

MOTORSPORT

# Mitterrand um Hilfe gebeten

dpa, Paris

Im Konflikt um die Annullierung der Rallye Monte Carlo und der Weltmeisterschaftswertung für das Formel-1-Rennen im Fürstentum Monaco ist ein toter Punkt erreicht. Der Automobilclub von Monaco (ACM) und der internationale Automobil-sportverband (FISA) gerieten wegen eines Finanzstreits in eine Sackgasse.

ACM-Präsident Michel Boer kündigte in Paris an, Monaco werde alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine globale Lösung für Rallye und Grand Prix zu erreichen. Eine weitgehend über Italien führende Rallye Monte Carlo schloß Boer aus. Außerdem erwarte er vom französischen Staatsrat bald ein Urteil über die am 7. November eingereichte Klage gegen den französischen Verband wegen geordneter Straßenbenutzungsgebühren in Höhe von einer Million Franc (333 000 Mark) für die über französisches Territorium führende Rallye.

FISA-Präsident Jean-Marie Balestre rechtfertigte mit umfangreichen Dokumenten erneut die am 14. November bekanntgegebene Entscheidung, die für Januar 1985 geplante Rallye Monte Carlo und den für Mai 1985 vorgesehenen Grand Prix vom Terminkalender zu streichen. Balestre räumte indessen ein, es handle sich nur um einen Konflikt, der die Termine im Jahr 1985 betreffe. Er demonstrierte zugleich, an irgendwelchen Initiativen zu einer eventuellen Ersatzrallye "Monte Carlo-B" auf französischem Boden mit Zielort Nizza beteiligt zu sein.

Inzwischen aber hat sein Vorgänger Claude Bourilliot den französischen Staatspräsidenten Mitterrand gebeten, Balestre den Rücktritt nahe-zulegen, um weiteren Schaden von der französischen Republik abzuwenden.

## NACHRICHTEN

### Torwart verletzt

Braunschweig (sid) - Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig muß am Samstag in Bremen mit dem Amateur-Torwart Jörg Hoßbach (20) spielen. Waldemar Josef, der bislang den Ex-Nationaltorwart Bernd Franke (Innenbandriß) vertrat, zog sich beim Training einen Bänderriß am Knie des linken Fußes zu und muß operiert werden.

### Barcelona bleibt vorne

Madrid (dpa) - Durch einen 2:0-Erfolg über Hercules Alicante verteidigte der FC Barcelona seinen Fünfpunkte-Vorsprung in der spanischen Fußball-Meisterschaft. Bernd Schuster erzielte diesmal keinen Treffer. Real Madrid gewann gegen Osasuna durch ein Tor von Santillana in der Schlussminute mit 1:0.

### Sperre für Maradona

Neapel (sid) - Der argentinische Fußballstar Diego Maradona von italienischen Erstligaklub AC Neapel wurde nach seinem Platzverweis beim Spiel in Ascoli mit einer Sperre von einem Spiel belegt. Maradona war gegen seinen Gegenspieler Nicolini der als Anstifter zwei Spiele gesperrt wurde, handgreiflich geworden.

### Kundgebung abgesagt

Düsseldorf (sid) - Die Sympathie-Kundgebung deutscher Spitzensportler für den Freiburger Sportmediziner Armin Klümper ist von den Organisatoren abgesagt worden. Die Absage erfolgte auf Wunsch des Freiburger Arztes.

### Derwall Nationaltrainer?

Ankara (sid) - Der frühere Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall soll Trainer der türkischen Nationalmannschaft werden. Dazu ist offenbar der Verband entschlossen, nachdem der bisherige Trainer Candan Tarhan nach dem 0:8 in England zurückgetreten war. Derwall, Trainer in Istanbul, war bislang nur Berater der Nationalität.

## FAHLEN

### FUSSBALL

Länderspiel in Petah Tikva: Israel - Rumänien 1:1 (1:0). - WM-Qualifikation, Gruppe 4, in Paris: Frankreich - Bulgarien 1:0 (0:0). Tabelle: 1. Frankreich (3:0 Tore/4 Punkte), 2. Jugoslawien (3:2/3), 3. "DDR" (1:3/2), 4. Bulgarien (0:1/3), 5. Luxemburg (0:0/4). - Länderspiel "U18" in Izmir: Türkei - Deutschland 0:2 (0:0).

### HANDBALL

Bundesliga, Männer: Kiel - Hofweier 26:22, Wallau-Massenheim - Großwallstadt 16:16, Essen - Dankersen 17:15. - Tabellenspitze: 1. Essen (145:123/13), 2. Großwallstadt (164:142/12), 3. Hüttenberg (155:148/11), 4. Kiel (164:147/10), 5. Bundesliga, Damen: Gruppe 8: Hamburg-Berlin - Auerbach 15:14, GW Frankfurt - Guts Muths Berlin 18:18, Lutzelndorf - Sindelfingen 20:10, Gießen - Nürnberg 10:23. - Gruppe Nord: Liss - Engelskirchen 19:18, Jarphund-Weding - Uerdingen 20:12, Herzborn - Leverkusen 11:25, Minden - Oldenburg, Kiel - Ellböck 19:17.

### BASKETBALL

Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel, in Paderborn: Deutschland - Albanien 89:80 (47:39).

### VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Hamburger SV - Fortuna Bonn 3:1. - Damen: VfL Oythe - Viktoria Augsburg 0:3.

### TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Johannesburg, Herren, erste Runde: Teltscher (USA) - Maurer (Deutschland) 6:2, 6:4. - Turnier in Sydney, Damen, dritte Runde: Garrison (USA) - Bunge (Deutschland) 6:3, 7:5.

### SCHACH

Olympiade in Saloniki, dritte Runde, Herren, erste Runde: Teltscher 4:0 (Hübner - Siniega 1:0, Lobron - Palma 1:0, Kindermann - Rusella 1:0, Ostermeier - Gonzalez-Mata 1:0). - Damen: Deutschland - Bulgarien 0:2 (Rud - Vojiska 0:1, Fischdick - Boyadjeva 0:1). - Feustel - Angelova 0:1.

### GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 2, 3, 13, 22, 32, 35, 38. Zusatzzahl: 33. Spiel 77: 1 685 155. (Ohne Gewähr).

# Neu: Air Canada's Sparguide. Die ganze Welt für wenig Geld.

Wie ein Lauffeuer geht's um: Wir haben nicht nur einen neuen Ahornblatt-Zonentarif. Mit 2 Preisen für ganz Deutschland. Nein. Bei uns gibt es auch günstige Tarife für Europa,

Asien. Ja, für die ganze Welt. Man spart also bei uns nicht nur auf dem Weg nach Kanada einiges. Holen Sie sich den Sparguide in Ihrem IATA-Reisebüro. Oder direkt bei uns. In: Hamburg,

Hannover, Düsseldorf, Frankfurt und München. Oder telefonisch: 0 69/25 01 31

Air Canada. Flüge, die wie im Flug vergehen.





## Tumulte im Londoner Parlament

Fortsetzung von Seite 1

beitsplatz beschleunigt. Hinzu kam der Abscheu vor den sich verschärfenden Szenen an den Streikposten. Fronten, Beobachter melden, daß zunehmend Jugendliche, die mit den Bergleuten nichts zu tun haben, aus Lust an der Zerstörung das Geschehen in Kohlegemeinden brutalisieren.

Ein Großteil der streikenden Bergleute ist inzwischen auch von der Taktik Arthur Scargills desillusioniert. Er hatte ihnen immer wieder versprochen, sein Kampf gegen Regierung und Kohlebehörde würde erfolgreich sein, weil es ihm gelingen würde, die Strom- und Energieversorgung des Landes zusammenbrechen zu lassen. Davon kann keine Rede sein. Immerhin fahren, so Vertreter der Kohlebehörde gegenüber der WELT, inzwischen mehr als 60 000 von insgesamt 125 000 Bergleuten Tag für Tag in die Zechen ein. Vor wenigen Wochen arbeitete höchstens ein Drittel der Bergleute.

Allein in dieser Woche sind mehr als 5000 Bergleute wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. In der Woche zuvor waren es 5016 Bergleute. Die bislang an einem Tag größte Zahl Rückkehrwilliger war am Montag zu verzeichnen, als 3278 Bergleute ihre Arbeit wieder aufnahmen. Eine ebenso große Zahl wird für den nächsten Montag erwartet, zumal das Weihnachtstfest immer näher rückt.

Tief getroffen hat viele Bergleute auch die Enthüllung, daß Scargill und seine engsten Vertrauensleute intensive Kontakte zu Oberst Khadafi und dessen libyscher Regierung sowie zu führenden Regierungsmitgliedern der Sowjetunion unterhalten. Schließlich wissen sie, daß die staatlichen Gewerkschaften der UdSSR alles andere als freie Organisationen der Arbeiter sind.

Inzwischen haben sich Vertreter der beiden größten Kirchen in Großbritannien, der Church of England und der Katholiken, mit der Führung der Bergleute-Gewerkschaft getroffen, um Möglichkeiten einer Friedensformel zu sondieren. Bischöfe beider Kirchen sind in jüngster Zeit unter scharfen Beschuß von Mitgliedern der Regierung Thatcher geraten. London wirft der Geistlichkeit vor, gegen die Regierung Partei zu ergreifen, ohne über Kompetenz und Fachwissen zu verfügen.

## Hoppe: Berliner Politik nur mit FDP kalkulierbar

Karl-Hermann Flach wird wieder als Kronzeuge genannt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten in Berlin befinden sich nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, in einer vergleichbaren Situation, wie sie 1971 der inzwischen verstorbene Generalsekretär Karl-Hermann Flach für die Bundesrepublik Deutschland beschrieben hatte. Vier Monate vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 10. März zitierte Hoppe in einem WELT-Gespräch aus den 13 Jahre alten Aussagen von Flach, die nach den Worten des Berliner FDP-Abgeordneten für die Stadt „heute aktueller denn je“ sind. Denn wer Berlin nicht dem Zufall preisgeben wolle, müsse wissen, daß dort nur mit der FDP die Politik „kalkulierbar“ bleibe. Wenn die Liberalen erneut den Einzug in das Abgeordnetenhaus schaffen, würde es „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ zu einer Fortführung des Bündnisses mit der CDU kommen.

Karl-Hermann Flach hatte 1971 unter anderem erklärt: „So übertrieben das klingen mag: Die gesamte Entwicklung des innenpolitischen Gefüges in der Bundesrepublik Deutschland hängt vom Abscheiden der Freien Demokratischen Partei ab. Und darüber hinaus nicht nur die innenpolitische Entwicklung, denn wenn in dem wirtschaftlich stärksten westeuropäischen Staat, der Bundesrepublik Deutschland, die Kräfte wieder umschlagen, wird das weit darüber hinaus Wirkungen haben.“ Er hatte zur damaligen sozial-liberalen Koalition weiter erklärt: „Schafft es die FDP, schafft es diese Regierung wieder.“ Außerdem hatte Flach die Gefahr der personellen Polarisierung auf zwei Kandidaten als „eines der Hauptprobleme“ bezeichnet: „Darum wäre es lebensgefährlich, wenn wir außerhalb der Auseinandersetzung stehen würden, d. h. wir müssen den letzten für uns Ansprechbaren klar machen, daß es bei dieser Wahl um die FDP und nichts anderes geht.“

Diese Feststellungen von Flach im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1972, bei dem es um die Fortsetzung der SPD-FDP-Koalition in Bonn ging, sind nach Ansicht von Hoppe praktisch nur mit der Einschränkung auf den Berliner Wahlkampf übertragbar, daß es jetzt um die Fortführung des CDU/FDP-Bündnisses geht.

Denn, so der Politiker: „Weder der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mit der CDU und schon gar nicht der „Fremdkörper“ Hans Apel mit der SPD können es in Berlin allein packen.“ Die „Fernseh-Alternative“ Diepgen oder Apel könne zwar „bequem“ sein, sei aber für die praktische Politik „irrelevant“. Deshalb müsse auch jeder „mit Blindheit geschlagen“ sein, der „die Schlüsselrolle“ der FDP für den 10. März leugne.

Gleichzeitig wies Hoppe selbstkritisch auf die Querelen der letzten Monate innerhalb der Berliner FDP hin. Insbesondere mit Blick auf den Bezirk Tiergarten meinte er, man könne von keinem Wähler erwarten, einer Partei die Stimme zu geben, die „ihre Chancen selbst ruiniert“. Auch hier müßten die Freien Demokraten den Satz von Flach „Nur wer selber innerlich davon überzeugt ist, daß er das Richtige getan hat, wird auch am Ende die Wähler wieder auf sich ziehen“ für sich aktualisieren.

Dabei könne die FDP „auf ihren Anteil an vier Jahren erfolgreicher Politik in Berlin stolz“ sein. So habe sie die Wahl Richard von Weizsäckers zum Regierenden Bürgermeister erst möglich gemacht. Sie sei dann „nach einem Abschnitt der parlamentarischen Zusammenarbeit“ mit der CDU in den Senat eingetreten, „um die Politik zu stabilisieren“. Hoppe nannte hier im WELT-Gespräch vier Schwerpunkte, die ohne die Freien Demokraten nicht hätten umgesetzt werden können. Eine Politik:

- die sich an dem Dreiklang Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur orientiere,
- die den Bürgern wieder Selbstvertrauen gab,
- die wieder Sympathie für die Stadt gewann,
- die Arbeitsplätze schuf und zukunftsorientierte Branchen in die Stadt holte.

Dafür lohne es sich „zu kämpfen und in die Offensive zu gehen“. Denn Berlin müsse „an der Nahtstelle zwischen Ost und West stabil bleiben“. Hans-Günter Hoppe: „Nur dann werden die im Interesse der Menschen notwendigen deutschlandpolitischen Impulse auch künftig von Deutschlands Mitte ausgehen.“ Auch deshalb müsse es eigentlich jedem Liberalen „Lustgewinn“ verschaffen, für die Fortsetzung der Koalition zu werben.

## Verständigung mit Polen nur über „menschliche Versöhnung“

Kritik an der Vorbereitung von Genschers Polen-Reise / Warschau vermeidet offene Polemik

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat gestern in Straßburg betont, die Verschiebung seiner Polen-Reise ändere nichts an dem Wunsch der Bundesregierung, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, „um das Verhältnis zu Polen zu entwickeln und auszubauen“. Die deutschen Beziehungen zu Polen hätten über das normale Nachbarschaftsverhältnis hinaus eine historische und moralische Dimension, sagte Genscher vor dem Ministerkomitee des Europarates. Er plädierte dafür, Polen nicht zu isolieren.

Auch Staatsminister Alois Mertens (CDU) vom Auswärtigen Amt hat die Fortsetzung des schwierigen Dialogs zwischen der Bundesregierung und der polnischen Regierung als unerlässlich bezeichnet. „Eine deutsche Polen-Politik an den Inhabern der Macht in Warschau vorbei ist weder möglich noch verantwortungsvoll“, erklärte Mertens.

Das Bemühen um politische Verständigung zwischen Bonn und Warschau muß nach seinen Worten allerdings durch die menschliche Versöh-

nung der Völker ergänzt werden. „Der Priester Jerzy Popieluszko ist eine Symbolfigur der tiefsten Hoffnungen des polnischen Volkes. Deshalb war es unzumutbar, den deutschen Außenminister öffentlich davor zu warnen, am Grab Popieluszkos diesen Priester und Patrioten zu ehren. Bonn kann nicht ignorieren, was das polnische Volk tiefst be- wegt.“

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja (CDU), äußerte sich kritisch über die Vorbereitung der abgesagten Polen-Reise. Offenbar sei der „alles lähmende tiefe Grab zwischen Volk und kommunistischer Militärdiktatur in Polen“ im Auswärtigen Amt falsch eingeschätzt worden.

Bedauern über die Absage Genschers äußerten demgegenüber die Sozialdemokraten. Nach ihrer Ansicht hat das „ständige Störfeuer aus der Union“ gegen die Reiseabsicht zum Scheitern beigetragen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel meinte, auch die „schlimme Diskussion über die Oder-Neiße-Grenze“ habe eine Rolle gespielt.

Mit Interesse ist in Bonn vermerkt worden, daß in einer offiziellen Reaktion des Warschauer Außenministeriums auf Genschers Absage einerseits scharfe Polemik vermieden wurde, andererseits aber die Visa-Verweigerung für den WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ström eine Bekräftigung erfuhr.

Man habe Ström die Einreise verweigert, so hieß es in Warschau, weil er für seine „aggressiven und oft falschen Publikationen“ bekannt sei, „die gegen unser Land gerichtet sind und in denen er die polnischen Autoritäten verleumdet und sogar beleidigt“. Ström habe sich gegen Genschers Besuch in Polen und gegen eine Verbesserung der Beziehungen ausgesprochen. „Deshalb hat die polnische Seite entschieden, daß Ströms Anwesenheit in der Begleitung von Herrn Genscher diesen Besuch politisch kompromittieren würde.“ Auch in einem künftigen Fall werde man Ström auf keinen Fall die Einreise gestatten, versicherte der Sprecher des Außenministeriums, Wladyslaw Kaczynski.

Nach Angaben des Anwaltes besteht „der Verdacht, daß von Seiten des Auswärtigen Amtes eine Namensliste der derzeit und vorher in der Poltsch befindlichen Deutschen aus dem Gebiet der DDR an deren Behörden weiter gegeben“ worden sei. Eine solche Mitteilung erfülle jedoch den Tatbestand des Paragraphen 241a des Strafgesetzbuches. Sowie die in diesem Fall genannten Personen, die in die Botschaft kamen, um die Ausreise zu erreichen, als auch weitere Personen, die mit den Flüchtlingen verwandt oder bekannt sind, würden damit der Gefahr politischer Verfolgung ausgesetzt.

Die SED-Führung habe zwar angeblich bei Rückkehr in die „DDR“ Straffreiheit in Aussicht gestellt, diese jedoch nicht gegenüber Kontaktpersonen ausgesprochen. Paragraph 241 behandle ein Gefährdungsdelikt, erklärte Kaczynski. In der Prager Botschaft hielten sich in den letzten Wochen bis zu etwa 160 „DDR“-Bewohner auf. Eine Anzahl von ihnen ist in die „DDR“ zurückgekehrt und will von dort aus die Ausreise betreiben.

In Bonn wurde gestern die Erwartung geäußert, daß sich auch die übrigen Flüchtlinge für diesen Weg entscheiden, obwohl die SED-Führung keinerlei Zugeständnisse für eine Ausreise machte. Einem Anwalt der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) war es kürzlich in der Prager Botschaft verweigert worden, mit den Flüchtlingen zu sprechen.

## Engelhard: Kein Volk von Kriminellen

Das Bundeszentralregister ist ein „elektronischer Leumund“ für jeden Bürger

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Deutschen sind „kein Volk von Kriminellen“. Auch der Anteil der hier lebenden Ausländer, die straffällig werden, ist „prozentual nur unwesentlich höher“ als der Anteil der Vorbestraften an der Gesamtbevölkerung. Unter Hinweis auf das Bundeszentralregister sagte Bundesjustizminister Hans Engelhard gestern, gegenwärtig seien in der 430 Mitarbeiter zählenden Behörde in Berlin etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung mit Delikten oder Straftaten eingetragen. Allerdings gebe es bei einzelnen Delikten im Vergleich zu deutschen Tätern prozentuale Abweichungen. So wurden 1983 mit 8055 Fällen 0,011 Prozent aller Deutschen wegen Mordes verurteilt. Bei den Ausländern waren es mit 1315 Fällen 0,028 Prozent. Von den hier lebenden 61,5 Millionen Menschen wurden 7370 (0,012 Prozent) verurteilt. Wegen Totschlags

wurden 7345 Deutsche (0,012 Prozent) verurteilt. Bei den Ausländern waren es 2655 oder 0,057 Prozent. Insgesamt kam es zu 9900 Verurteilungen (0,016 Prozent).

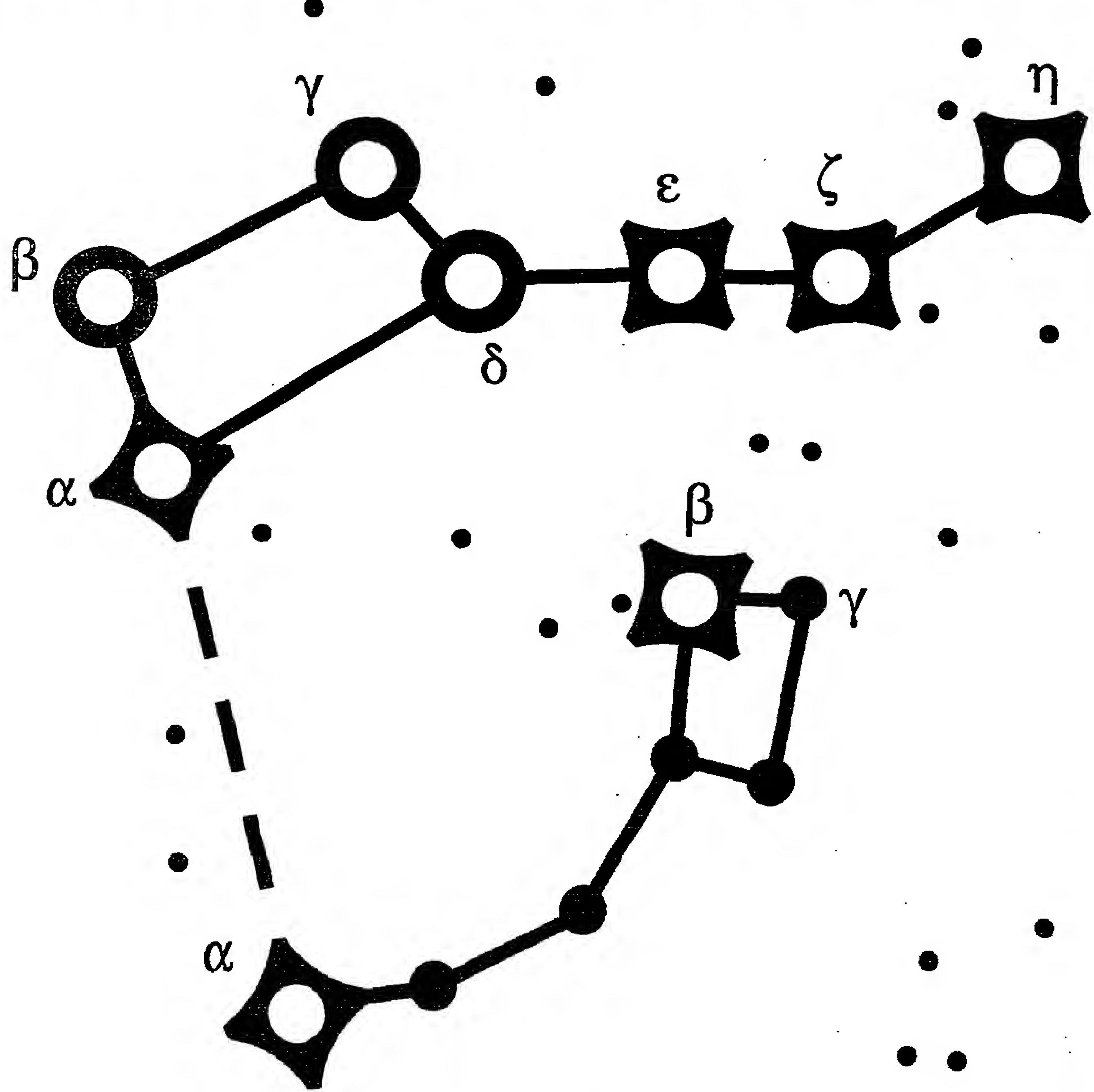
In dem Zentralregister sind laut Engelhard 4,5 Millionen Personen mit 9,5 Millionen Eintragungen erfaßt. Allein im letzten Jahr seien rund 7,7 Millionen Auskünfte erteilt worden. Fast 60 Prozent aller Anträge auf Auskunftserteilung wurden von Behörden zum Beispiel zur Erteilung von Führungszeugnissen oder der Justiz erteilt. Nur 8,8 Prozent der Anträge auf Auskunft stellten Bürger für eigene Zwecke. Außerdem erhält das Zentralregister pro Jahr rund 1,6 Millionen Mitteilungen von Justiz, Verwaltung und ausländischen Gerichten.

Die Berliner Dienststelle als eine der größten und modernsten Kartellen Europas zur Erfassung von

Straftaten“, so der Minister, enthalte ein „gebaltes“ kriminalistisches Informationspotential. Das Register sei für die tägliche Praxis von Rechtsprechung und Verwaltung, aber auch als „elektronischer Leumund“ für jeden Bürger „unverzichtbar“. Außerdem diene die statistische Auswertung dazu, „Folgerungen für die Rechtspolitik“ ziehen zu können.

Damit möglichst kein Mißbrauch mit den in Berlin gespeicherten Daten getrieben werden kann, kann das Zentralregister nicht über Leitungen „abgefragt“ werden. Auskünfte werden nur schriftlich gegenüber klar erkennbar Berechtigten erteilt. Für sie werden pro Jahr etwa 11 Millionen Mark eingenommen. Entsprechend den gesetzlich vorgeschriebenen Tilgungsfristen, die zwischen drei Jahren und „Lebenslang“ betragen; werden nach täglicher Prüfung hinfällig gewordene Daten völlig vernichtet.

# Schon mal was von Idoneität gehört?



Idoneität kommt aus dem Lateinischen und beschreibt eine äußerst günstige Konstellation: zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Wer beispielsweise Berlin als Standort für Teilproduktionen oder für die Kapitalanlage in Betracht zieht, erreicht Idoneität unter Umständen nicht nur unter steuerlichen Gesichtspunkten.

Auch andere standortbedingte Möglichkeiten eröffnen hier recht günstige Perspektiven: der Technologietransfer zwischen den zahlreichen Berliner Forschungsinstituten und der Wirtschaft oder der Zugriff auf einen qualifizierten Facharbeiterstamm.

Wenn man solche und andere Vorteile wie etwa die Berlin-Präferenz voll nutzen möchte, muß man sich natürlich auskennen. Und wer könnte dafür schon ein kompetenter Geschäftspartner sein als die Berliner Bank mit ihren Niederlassungen. Und dies nicht nur in punkto Idoneität.

Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

**Berliner Bank. Die Bank mit der man reden sollte.**

**BERLINER BANK**  
AKTIENGESELLSCHAFT





Freitag, 23. November 1984  
Nr. 275

## Aussicht auf Erfolg

Wer kennt sie nicht, die Geschichte von dem Ostblockland oder Handelspartner in der Dritten Welt, der dringend benötigt, um das eigene produzierende Gewerbe in Schwingung zu halten und so die eigenen Bürger zu versorgen und möglicherweise sogar etwas für den Export herzustellen. Denn nur dabei lassen sich schließlich die für vieles andere nötigen Devisen erwirtschaften.

Allzuoft enden die Anschaffungspläne heute allerdings an den leeren (Devisen-)Kassen gesetzter Grenzen. Manch lukratives und auch sinnvolles Geschäft kommt deshalb nicht zustande, wissen deutsche Investitionsgüter-Produzenten aus leidvoller Erfahrung. Bei der Schwierigkeit, Einkäufe in den Industrieländern zu finanzieren, kamen fündige Strategien rasch auf einen anderen Einfall: Lastwagen gegen Kernseife beispielsweise. Freilich haben die zu nehmenden verlangten Kompensationsgeschäfte oft einen Haken: Das liefernde Unternehmen im westlichen Industrieland tut sich schwer mit der Vermarktung der zu finanzierenden Waren. In diese immer deutlicher werdende Lücke ist jetzt die Metallgesellschaft AG gesprungen. Gemeinsam mit der First Boston Corporation hat sie ei-

ne Gesellschaft gegründet, die Hilfestellung leisten soll.

Die Idee reicht nach Erfolg. Denn angesichts der anhaltenden Finanzknappheit in der Dritten Welt werden diese Geschäfte noch lange die Einkaufsmöglichkeiten jener Länder bestimmen.

## Spekulation

Die Diskontsenkung in den USA, die von der amerikanischen Notenbank mit einer etwas reichlicheren Geldversorgung der Banken vorbereitet worden war, nährt an der deutschen Börse Spekulationen, daß nun auch die Bundesbank die Leitzinsen, zumindest den Lombardsatz von 5% auf fünf Prozent senken könnte. Einen Fingerzeig glauben manche Börsianer zu erkennen, weil die Bundesbank dem Geldmarkt mit ihrem jüngsten Pensionsgeschäft relativ viel Liquidität zugeführt hat, und das auch noch zu einem Zins, der anders als bei den bisherigen Offenmarktgeschäften unterhalb des Lombardsatzes lag. Zweifellos hat die Bundesbank damit demonstriert, daß sie trotz des nach wie vor hohen Dollarkurses einen etwas niedrigeren Zins am Geldmarkt anstrebt. Doch spricht einiges für die Vermutung, daß die Notenbank zunächst einmal nur eine flexiblere Steuerung der Geldmarktzinsen zwischen dem Diskont und dem Lombardsatz beabsichtigt. Das hieße aber zugleich, daß eine Senkung des Lombardsatzes derzeit kein Thema ist.

## Kampf um Stahlbeihilfen

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Zeit gewonnen, alles gewonnen. So mögen sich manche Politiker gesagt haben, als zu Beginn der 80er Jahre der Streit in der EG über die staatlichen Subventionen für die Stahlindustrie immer heftiger wurde. Statt die wettbewerbswidrigen Beihilfen kurzerhand für unzulässig zu erklären, wie es der Vertrag über die Gründung der Montanunion eigentlich verlangt, wartete die EG-Kommission 1981 lediglich mit einem „Beihilfekodex“ für die Gemeinschaft auf, der später auf deutsches Drängen verschärft wurde.

Versucht werden sollte dadurch die zum Ärgernis gewordenen Subventionen wenigstens in den Dienst ernsthafter Bemühungen um die Modernisierung veralteter Anlagen und des Abbaus unrentabler Kapazitäten zu stellen. Beihilfen sollten nur noch genehmigungsfähig sein, wenn sie der Schaffung lebensfähiger Produktionseinheiten diene und auch dann spätestens 1985 auslaufen.

Für die meisten EG-Regierungen brachte dieser Beschluß eine willkommene Atempause. Von niemand konnte schließlich erwartet werden, daß er dem Konkurs von Betrieben untätig zusah, der – zumal in Regionen mit einseitiger Wirtschaftsstruktur – eine Gefährdung des sozialen Friedens heraufbeschworen hätte. Fraglich ist indes, ob allenfalls genug getan wurde, um die Stillelegung überschüssiger Kapazitäten voranzutreiben. Schon jetzt sieht es so aus, daß der Termin für die Wiederherstellung fairer Wettbewerbsverhältnisse nicht einzuhalten sein wird.

Verstärkt worden war, daß öffentliche Zuschüsse zur Sicherung des laufenden Betriebs der Stahlunternehmen nur noch bis Ende 1984 zulässig sein sollten. Mehrere Regierungen haben inzwischen eine Verlängerung dieser Frist beantragt. Die Kommission versucht wenigstens den Zeitplan für die endgültige Beseitigung aller Beihilfen zu retten. Schmackhaft gemacht hat sie dies den Regierungen mit dem Angebot, die eigentlich auslaufende Frist für die Notifizierung von Betriebsbeihilfen zu verlängern und den Finanzrahmen für die Umstrukturierungsmaßnahmen erheblich aufzustocken.

Von Frankreich ist bekannt, daß es noch einmal zehn Milliarden Franc an öffentlichen Mitteln in seine Stahlindustrie pumpen will, um die Moderni-

sierung der Branche voranzutreiben. In ähnlicher Größenordnung haben auch die Italiener Aufstockungswünsche, was in der deutschen Stahlindustrie verständlicherweise auf wenig Begeisterung stößt. Immerhin wollen die Franzosen durch Umstellungen im Profitstahlbereich Kapazitätsdrosselungen vornehmen, die mit dem Verlust von nochmals 15 000 Arbeitsplätzen verbunden sind. In der Bundesrepublik ist ebenfalls schwer zu sehen, wie das marode Unternehmen Arbed-Saarstahl 1985 ohne neue Betriebsbeihilfen auskommen soll.

Insgesamt ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Umstrukturierung der Stahlindustrie weit fortgeschritten ist. So rechnet die EG-Kommission damit, daß die Mitgliedsstaaten von einer Flachstahlkapazität von 168,6 Millionen Tonnen im Jahre 1980 bis Ende nächsten Jahres über 30 Millionen Tonnen stillgelegt haben werden. Als Mindestbeitrag zur Sanierung der Branche hatte sie 26,7 Millionen Tonnen verlangt.

Die Bundesrepublik ist wie üblich „Musterschüler“ bei der Erfüllung der ihr auferlegten Pflichten gewesen. Trotz gewaltiger Anstrengungen in den vorausgegangenen Jahren hat sich ihre Produktionskapazität seit 1980 von 53,1 auf 46,2 Millionen Tonnen verringert. Erreicht oder überschritten haben auch die Beneluxländer und Großbritannien ihr Soll. Dagegen liegen Frankreich und Italien noch deutlich hinter ihren Zielsetzungen zurück. Die Italiener haben sogar noch nicht einmal ausreichend Pläne für Kapazitätsbeschränkungen vorgelegt.

Die Wirtschaftsminister der EG, die gestern zu einer Bestandsaufnahme der Stahlprobleme nach Brüssel gekommen sind, standen vor der Entscheidung, entweder einer Lockerung der Beihilfenregelung zuzustimmen oder den koordinierten Plan zur Gesundung der Branche ernstlich in Frage zu stellen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ließ keinen Zweifel, daß Bonn einer Verschiebung des Endtermins für das Auslaufen der Beihilfen unter keinen Umständen akzeptieren will. Wer weiß allerdings, was geschieht, wenn das Jahr 1985 verstrichen ist und sich ein weiterer Nachholbedarf für Umstrukturierungsmaßnahmen als unumgänglich erweist?

## ZUKUNFT DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT / Berlin-Symposium zeigt Wege

## Neue Technologien erfordern auch andere Strategien der Sozialpartner

Der Weg in die Zukunft hat bereits begonnen. Neue Technologien, aber auch der Wandel der Wertvorstellungen beeinflussen die Organisation und Formen der Arbeit. Ein Wegweiser in die richtige Richtung will das Erste Berliner Symposium zum Zukunft der Industriegesellschaft sein. An dem zweitägigen Seminar unter dem Motto „Technologie – Wertewandel – Zukunft der Arbeit“ nehmen mehr als 300 Vertreter aus der deutschen Wirtschaft teil.

Neue Techniken können helfen, die Arbeit flexibler zu gestalten und mehr den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen anzupassen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Wolfgang Vogt, zur Eröffnung der Tagung. Allerdings verliere der Fortschritt den Boden unter den Füßen, wenn die Menschen ihn gegen sich gerichtet empfänden.

Eine humane Arbeit in einem durch neue Technologien geprägten Umfeld bedeute auch ein Überprüfen mancher Handlungsweisen und Strategien der Sozialpartner. Mit Blick auf die Arbeitgeber nannte er als Stichwort „Phantasiedefizit“ und „Trägheit“. Selbst bei der Teilzeitarbeit seien gestalterische Anstöße von seiten der Unternehmen nur in wenigen Fällen bekannt geworden.

Und die Gewerkschaften seien skeptisch bei der Teilzeitarbeit, weil sie ihre Organisationsinteressen behüte. Auf längere Sicht werde man sich an den spezifischen Arbeitswünschen der Menschen aber nicht vorbeimogeln können. An die Adresse der Gewerkschaften gerichtet meinte Vogt, das geradezu zwang-

hafte Streben nach Vereinheitlichung und umfassender Normierung habe keine Zukunft.

Der Staatssekretär setzte sich auch für eine Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Techniken ein. Jedes Unternehmen, das seine Mitarbeiter frühzeitig informiere, leiste sich und dem Fortschritt einen wichtigen Dienst. Nach seiner Ansicht sollte ohne Vorurteile darüber diskutiert werden, ob das Betriebsverfassungsgesetz neuen Erfordernissen der Mitbestimmung angepaßt werden muß. Vorschläge dazu sind bereits von der Koalitionsfraktion und auch von der CDU-Sozialausschüssen gemacht worden.

Auf die Konsequenzen für die Beschäftigung bei Einführung neuer Technologien wies Herman van Zonneveld von der EG-Kommission in Brüssel hin. Die Kommission habe zur Stimulierung der Technologie in Europa viele Vorschläge gemacht, unter anderem das „Esprit“-Programm (European Strategic Programme for Research and Development in Information Technology). Regierungen und Sozialpartner in der

EG müßten sich nun national und auf europäischer Ebene zusammensetzen, um sicherzustellen, daß die neuen Technologien genutzt würden. Nach Ansicht von Reimar Birkwald, Bezirksleiter der IG Metall in Hannover, seien für Arbeitnehmer und Gewerkschaften die Interessen beim Einsatz neuer Technik darauf gerichtet, an der Produktivitätssteigerung teilzuhaben, sozusagen als Bedingung zur Unterstützung von Technik überhaupt. Technik müsse die Anstrengung werden, um sozial verträgliche Bedingungen zu schaffen, sonst gebe es soziale Konflikte mit neuen Dimensionen.

Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth erwartet von dem Kongreß, daß er Kristallisationspunkt und Prüfstein für neue Wege in der Arbeitswelt wird. Das Symposium soll Aufschluß geben, wie die Modernisierung der deutschen Wirtschaft auf die Ansprüche und Wünsche der Arbeitnehmer eingehen könne und müsse.

Die Einführung neuer Technologien führt nach Ansicht des Berliner DGB-Vorsitzenden Michael Pagels zu steigender Arbeitslosigkeit, wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt werde und das Wirtschaftswachstum gering bleibe. Auf einer Tagung „Neue Technologien und gewerkschaftliches Handeln“ in Berlin sagte er, der immer stärkere Einsatz von Computern verändere nicht nur Arbeitsbedingungen und -inhalte, sondern zerstöre auch Arbeitsplätze.

## AUF EIN WORT



„Wer hervorragende Fachkräfte für die Bewältigung des technischen Fortschritts will, muß Ausbildung für alle anstreben: ohne Breitenreichtum gibt es auch hier keine erfolgreiche Olympiade.“

Dr. Hermann Schmidt, Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung. FOTO: DE WELT

## Industrie wird mehr investieren

dpa/VWD, München

Das verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik wird 1985 voraussichtlich real acht Prozent mehr investieren als in diesem Jahr. Wie das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung nach einer Umfrage schreibt, werden 1984 die Bruttoanlageinvestitionen erstmals seit drei Jahren wieder leicht wachsen. Die Ausstattungsinvestitionen dürften 1985 sogar um über zehn Prozent zunehmen. Zuwachsraten in dieser Größenordnung waren zuletzt 1979 und 1980 beobachtet worden. Getragen wird das Investitionswachstum nach Mitteilung des Instituts in erster Linie von Modernisierungsaktivitäten. Erweiterungsbestrebungen hätten im Zuge der Konjunkturerholung zwar etwas an Gewicht zugenommen, spielten jedoch nach wie vor nur in wenigen Branchen eine Rolle.

## EG-STAHLEIHLFEN

## Bonn lehnt Verlängerung über Ende 1985 hinaus ab

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Bundesregierung will unter keinen Umständen einer Verlängerung des Ende 1985 auslaufenden Beihilfenkodex für die europäische Stahlindustrie zustimmen. Dies hat Wirtschaftsminister Martin Bangemann noch einmal in Brüssel klargestellt. Sie wendet sich auch gegen Pläne der EG-Kommission, den bisherigen Finanzrahmen für die staatlichen Subventionen aufzustocken.

Bangemann äußerte sich allerdings aufgeschlossen gegenüber Wünschen, die eigentlich nur bis Ende 1984 zulässigen Betriebsbeihilfen für notleidende Stahlunternehmen bis Ende 1985 weiterzahlen zu dürfen. Auch die Arbed-Saarstahl GmbH müsse voraussichtlich von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Auch Bangemann ließ jedenfalls Verhandlungsbereitschaft erkennen.

## HWWA

## Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich kaum verbessern

JAN BRECH, Hamburg

Eine Änderung der Wirtschafts- und Tarifpolitik hat das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, gefordert, um eine Verringerung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu erreichen. Wie das HWWA schreibt, müßten die Finanzpolitik wachstumsorientiert und die Tarifpolitik beschäftigungsfördernd sein. Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich hätten diese Eigenschaften nicht.

Nach Meinung des Instituts ist es notwendig, die Kosten der Arbeit im Vergleich zu denen des Kapitals zu senken und die Löhne stärker nach Branchen, Regionen und Qualifikation zu differenzieren. Außerdem sollten Schutzvorschriften für Arbeitnehmer, die sich als beschäftigungshemmend erwiesen haben, geändert werden. Das lang diskutierte Be-

schäftigungsförderungs-Gesetz sei ein erster Schritt in diese Richtung.

Die Lage am Arbeitsmarkt bezeichne das HWWA als unverändert angespannt. Sie werde sich bei dem zu erwartenden Anstieg von Nachfrage und Produktion auch im nächsten Jahr nicht wesentlich verbessern. Keine beschäftigungsfördernde Wirkung erwartet das HWWA von den vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen.

Das Erwerbspersonenpotential wird, wie das HWWA schreibt, gleich bleiben, da die demographisch bedingte Zunahme durch eine Abnahme infolge von Abwanderung von Ausländern und von Vorruhestandsregelungen kompensiert wird. Unter diesen Umständen werde die Zahl der Arbeitslosen im günstigsten Fall unverändert bleiben, eher aber über der von 1984 liegen.

## FÖRDERUNG DES WOHNUNGSEIGENTUMS

## Der Bund der Steuerzahler lobt Regierungsvorschläge

PETER JENTSCH, Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums vorgelegt. Die SPD will mit dem Gesetzentwurf nach ihrer Darstellung einmal die steuerliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums zugunsten der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen verbessern, die ohne stärkere staatliche Förderung kein Wohneigentum erwerben können. Darüber hinaus sollen auch Bauherren mit Kindern stärker gefördert werden.

Der Gesetzentwurf der SPD folgt den bereits im Juli dieses Jahres von der Bundesregierung vorgelegten Leitlinien zur Neuordnung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums. Auf ihrer Basis will die Bundesregierung die steuerliche Grundförderung für Bauherren und Erwerber von selbstgenutztem Wohneigentum verbessern, die familiärpolitische Komponente „wesentlich verstärken“ und schließlich eine steuerliche Gleichbehandlung aller Formen von selbstgenutztem Wohneigentum erreichen.

Nach SPD-Vorstellungen soll die Reform kostenneutral finanziert werden. Das heißt, die Verbesserung für die genannten Personengruppen soll in erster Linie zu Lasten der Bezieher von hohen Einkommen sowie zu Lasten jener, die heute über den „Zweifamilienhaus-Vorteil“ hohe Steuervorteile haben, erfolgen.

Unter anderem sieht der SPD-Gesetzentwurf die Abschaffung der Nutzungswertbesteuerung vor: selbstgenutztes Wohneigentum soll künftig als Privatgut behandelt werden. Darüber hinaus schlägt die SPD vor, die mit steigendem Einkommen stärker entlastende erhöhte Abschreibung nach § 7b EStG durch einen einkommensunabhängigen Eigenheimabzugsbetrag für selbstnutzende Wohneigentümer zu ersetzen. Schließlich soll das Baukindergehalt auf das erste Kind ausgedehnt und von 800 auf 1200 Mark verdoppelt werden.

Unter anderem hat der Bund der Steuerzahler in einem Gutachten die Reformvorschläge der Bundesregierung begrüßt. Dies gelte aus Gründen der Systematik insbesondere für die Ablösung der Nutzungswertbesteuerung durch eine Konsumgütersteuer. Vorteilhaft erscheine auch, daß es künftig nicht mehr zu Ungleichheiten zwischen verschiedenen Arten von Eigentümern von Ein- und Zweifamilienhäusern kommen soll. Der Bund der Steuerzahler lobt schließlich die mit der beabsichtigten Neuordnung zu erwartende Steuervereinfachung.

Als „nicht unbedenklich“ betrachtet der Bund die Festschreibung der Förderung auf ihr bisheriges hohes Niveau. Ein stufenweiser Abbau könnte nach dem Gutachten einen Spielraum von etwa acht Milliarden Mark schaffen, der für allgemeine Entlastungen bei der Einkommensteuer zu verwenden wäre.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Weniger Aufträge für die Bauwirtschaft

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik leidet unter mangelnden Aufträgen. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes blieben im Bauhauptgewerbe im September 1984 die Auftragseingänge insgesamt um elf Prozent unter dem für September 1983 gemeldeten Wert. Hierzu trug vor allem die Entwicklung im Wohnungsbau (minus 29 Prozent) und im sonstigen Hochbau (minus zwölf Prozent) bei. Im Tiefbau (insgesamt plus 3,1 Prozent) wurden 13 Prozent mehr öffentliche Aufträge als vor einem Jahr verbucht, im gewerblichen Bereich lagen die Tiefbaufaufträge dagegen deutlich unter dem Vorjahreswert (minus 7,6 Prozent). Die Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes hat sich von August auf September 1984 um rund 2300 auf 1.121 Mill. verringert.

### Diskontsatz gesenkt

Washington (dpa) – Die amerikanische Notenbank (FED) hat mit sofortiger Wirkung den Diskontsatz von 9,0 auf 8,5 Prozent gesenkt. Zur Begründung verwies die Bank in Washington darauf, daß die Geldmenge „im unteren Bereich“ des angestrebten Korridors gewachsen sei. Der Leitzins der FED hatte seit April 1984 bei 9,0 Prozent gestanden. Die Verbraucherpreise in den USA sind im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozent gestiegen. Damit ergibt sich für die ersten zehn Monate dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Inflationsrate von 4,2 Prozent.

### Schiffbauhilfen verlängert

Brüssel (VWD) – Der EG-Ministerrat hat die Verlängerung des Beihilfesystems im Schiffbau um zwei Jahre bis Ende 1986 beschlossen. Entgegen den deutschen Wünschen wurde in der neuen Richtlinie die sogenannte Degressivitäts-Klausel gestrichen. Bisher galt als Auflage bei der Subventionierung der Werften, daß die öffentlichen Beihilfen schrittweise reduziert werden müssen. Die EG-Kommission hatte den Verzicht darauf begründet, daß der Preisdruck

### Gegen übereiltes Vorgehen

Bonn (VWD) – Gegen ein übereiltes Vorgehen bei der von der Bundesregierung angekündigten zweiten Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes hat sich der Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums, Hans Tietmeyer, ausgesprochen. Ziel sei die Beteiligung an nichterwerbsfähigen mittleren und kleinen Unternehmen zu erleichtern. Aus seiner Sicht, so Tietmeyer, sollte hierbei das Konzept der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft angewandt werden. Ferner sei in der zweiten Stufe eine noch stärkere Konzentration der Förderung auf Produktivkapitalbeteiligungen anzustreben.

### Agrarpreise gestiegen

Brüssel (dpa/VWD) – Die Landwirte in der Europäischen Gemeinschaft haben im Juni 1984 für ihre Produkte 8,9 Prozent mehr erhalten als ein Jahr zuvor. Wie das Statistische Amt der EG (Eurostat) in Brüssel mitteilte, war die Preissteigerung in Griechenland und Italien mit 19,5 und 17,3 Prozent besonders kräftig. Den geringsten Anstieg stellten die Statistiker mit 1,3 Prozent für die Bundesrepublik fest. Ebenfalls deutlich unter dem Durchschnitt blieben Großbritannien mit 2,9 Prozent, Belgien mit 3,6 Prozent und Irland mit 4,3 Prozent.

### Geringeres Wachstum

Düsseldorf (Pz) – Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik wird sich nach Ansicht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) erheblich abschwächen. In seiner neuesten Konjunkturprognose wird für 1985 die Arbeitslosenquote weiter auf 9,2 Prozent geschätzt, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts werde sich auf 2 (1984: 2,5 Prozent) vermindern, die private Preisentwicklung mit 2 (2,5) Prozent weiter niedrig bleiben. Erneut macht sich das WSI dafür stark, die 1984 vermiedene Neuverschuldung als Einstieg in ein mittelfristiges Beschäftigungsprogramm zu nutzen.

## INTERNATIONALER WETTBEWERB

## WestLB: Südostasien holt den deutschen Vorsprung auf

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Bundesrepublik kann ihre internationale Wettbewerbsposition zur Zeit zwar noch behaupten, gegenüber der südostasiatischen Konkurrenz wird die deutsche Wirtschaft ihren Vorsprung aber sicher nicht halten können. Das stellt die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, in einer Analyse fest. Dagegen sollte es jedoch möglich sein zu verhindern, daß die westeuropäischen Nachbarn die Bundesrepublik überholen und die USA – kaum eingeholt – wieder davonziehen. Die Bank meint, daß die Einstellung zur Arbeit und zu neuen Technologien, die Bewertung von Unternehmenserträgen und Investitionen für den technischen Fortschritt sich wieder verbessern und der Staat sich aktiver um die Förderung des strukturellen Wandels bemühen müsse.

Hinsichtlich der Leistungsbilanzüberschüsse, gesunkener Lohnstückkosten, führender Stellung in Investitions- und Technologiestandards stellt das Institut einer optimistischen Sicht schon seit langem erkennbare negative Entwicklungstendenzen entgegen.

Die Tatsache, daß die deutsche Exportwirtschaft auf den meisten Märkten sich trotz anhaltend schwacher Binnenkonjunktur nicht habe verbessern können, spreche dafür, daß die Erhaltung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine vorrangige Aufgabe von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik bleiben müsse. Dieses Ziel sei jedoch nur zu erreichen, wenn durch Qualität und Quantität der Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden, auf denen hohe Reallohn verdient werden könnten.

## FORSCHUNGSETAT / Riesenhuber setzt andere Prioritäten als seine Vorgänger

## Schlüsseltechnologien favorisiert

HEINZ HECK, Bonn

Der Forschungsetat 1985 erreicht nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß knapp 7,2 Milliarden Mark (plus zwei Prozent gegenüber 1984). Steigerungen auf einigen Gebieten um 100 und mehr Prozent zeigen die neu gesetzten Förderungsschwerpunkte von Riesenhuber.

Beispiel Fertigungstechnik: Hier wird der Ansatz auf 140 Millionen Mark verdoppelt. Das im Herbst 1983 verabschiedete und 1984 wegen der starken Inanspruchnahme aufgestockte Programm sieht für 1984 bis 1988 610 Millionen Mark vor. Der Löwenanteil entfällt auf die Förderung von Entwicklungsarbeiten mit dem Ziel, die betriebliche Anwendung von rechnerunterstützten Systemen zur Konstruktion und Steuerung des Fertigungsablaufs zu beschleunigen sowie die industrielle Basis für Industrieroboter zu verbreitern. Hohe Zuwachsraten – wenngleich

bei zum Teil niedrigen absoluten Beträgen – zeigen sich in der ganzen Palette der Wirkungsforschung (Forschung und Entwicklung zur Gewinnung von Orientierungswissen und zur Daseins- und Zukunftsvorsorge), zum Beispiel Umweltschutz, Klima, Sicherheitsforschung und Forschung im Dienste der Gesundheit.

Typisches Beispiel ist die ökologische Wirkungsforschung: Hierfür sollen 66 oder rund 18 Millionen Mark mehr ausgegeben werden als 1984 (plus 39 Prozent). Zur Bewältigung aktueller Umweltprobleme habe die Gewinnung von Orientierungswissen über die ökologischen Zusammenhänge sowie die Aufklärung der Ursachen und Wirkungen von Umweltbelastungen „höchste Priorität“.

Die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik gehen geringfügig auf rund 513 Millionen Mark zurück. Das Sonderprogramm „Mikroelektronik“ läuft aus. Die Förderung der Informa-

tionstechnologien beruhe im wesentlichen auf Maßnahmen, die im Regierungsbericht Informationstechnik für 1984 bis 1988 mit 2,1 Milliarden Mark Bundesmitteln beschlossen worden seien. Das neue Konzept sieht den Einsatz der Mittel in Verbundprojekten der Wirtschaft, Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit dem Ziel einer wirkungsvolleren Anwendung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse vor.

Der Anteil der Grundlagenforschung am Gesamtetat geht um 6,0 Prozent auf knapp 3,2 Milliarden (entspricht rund 44,2 Prozent der Mittel) zurück. Zuwächse zeigen sich dagegen vor allem bei der erwähnten Daseins- und Zukunftsvorsorge (plus 7,5 Prozent auf 1,2 Milliarden Mark oder 16,9 Prozent Anteil), noch ausgeprägter bei Schlüsseltechnologien (plus 44,1 Prozent auf 379,5 Millionen oder 5,3 Prozent Anteil).

„Schenken Sie nur das Beste  
Harveys Bristol Cream“



## BUDGETDEFIZIT

## Pariser Rechnung durchkreuzt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Die Wirtschaftskrise und die Dollarhaushalte haben die französische Haushaltsrechnung durchkreuzt. Das im Finanzgesetz für 1984 auf 125,8 Mrd. Franc bezifferte Budgetdefizit soll deshalb um 18,6 Mrd. Franc hinaufgesetzt werden. Mit 144,4 Mrd. Franc würde es 3,3 statt drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen, erklärte Finanzminister Boregoy zu dem Nachtragshaushalt, der noch parlamentarisch genehmigt werden muß.

Darin werden die Steuereinnahmen um 10,6 Mrd. Franc niedriger veranschlagt als geplant. Bei der Mehrwertsteuer wird zwar wegen der höheren Inflation ein Mehrertrag von 4,4 Mrd. Franc eingeplant.

## DekaDespa-Info Nr. 4

## Mit DekaRent sichern Sie sich die hohen US-Renditen.

Und die Chance auf Kursgewinne bei weiter sinkenden US-Zinsen.

Mehr über DekaRent erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage.

Deka  
Despa

4,2 Mrd. Franc erwartet. Aber die Unternehmenssteuern bleiben um 6,9 Mrd. Franc und die Einkommensteuern wegen des Lohnabschwungs und der gestiegenen Arbeitslosigkeit um 6,3 Mrd. Franc hinter den Planfiguren zurück.

Die Ausgaben für den Schuldendienst übersteigen das Limit um 14,7 Mrd. Franc, da die Zinsen im Inland weniger als erhofft gefallen und die Ausgaben für den Schuldendienst um 6,3 Mrd. Franc hinter den Planfiguren zurück.

## Markt für deutsche Musikinstrumente

dpa/VWD, Singapur

Die Bundesrepublik will als führender europäischer Hersteller von Musikinstrumenten künftig verstärkt auf dem von den Japanern beherrschten südasiatischen Markt aufpassen. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der deutschen Musikinstrumente-Hersteller (Frankfurt), Horst Link, räumte zum Abschluß der ersten europäischen Musikmesse in Singapur den deutschen Herstellern gegenüber der „Massenproduktion“ der Japaner und den Billigprodukten aus Korea, China und Hongkong gute Chancen ein.

Auf der Messe, auf der 34 europäische Hersteller – vorwiegend aus der Bundesrepublik und Frankreich – vertreten waren, habe man ein reges Interesse für die Qualitätsinstrumente aus der Bundesrepublik registriert.

## SCHIFFBAU / Japanische Werften leiden unter der weltweiten Flaute und den Niedrigpreisen der Südkoreaner

## Die meisten Unternehmen schreiben rote Zahlen

FRED DE LA TOBE, Tokio  
Mit der weltweiten Flaute im Schiffbau hat sich die Geschäftslage der japanischen Werften verschlechtert. Mit einem Anteil von 60 Prozent an allen Neuaufträgen in der Welt ist Japan aber noch die führende Schiffbaunation. Südkorea, das den zweiten Platz belegt, folgt mit einem Anteil von 17 Prozent an den Neuaufträgen in weitem Abstand.

Die Neuorder für die japanischen Werften beliefen sich in den ersten neun Monaten 1984 auf 6,9 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT). Gegenüber der gleichen Vorjahresperiode kam das einer Abnahme von 22 Prozent gleich. In Südkorea kamen in der gleichen Zeit Aufträge über 1,9 Mill. BRT herein oder 40 Prozent weniger. Die Bestellungen an beide Länder betrugen zu etwa 60 Prozent Bulk Carrier, der Rest entfiel auf Fracht- und Containerschiffe, Tanker, Erztransporter und andere.

Die Ablieferungen erreichten im ersten Halbjahr 1984 in Japan eine Tonnage von 4,9 Mill. BRT. Das entsprach einem Weltanteil von 57,2 Prozent. In Südkorea betrugen sie

524 000 BRT, was einem Weltanteil von nur 6,1 Prozent entsprach. Während die japanischen Werften im Fiskaljahr 1983 (April 83–März 84) für inländische Auftraggeber 130 Schiffe mit 2,6 Mill. BRT und für ausländische Auftraggeber 130 Schiffe mit 2,6 Mill. BRT und für ausländische Auftraggeber 503 Schiffe mit 9,8 Mill. BRT fertigstellten, waren die entsprechenden Zahlen im Halbjahr April–September 1984 31 Schiffe mit 686 000 BRT und 165 Schiffe mit 3,3 Mill. BRT. Der Auftragsbestand der japanischen Schiffbauer belief sich Ende Juni dieses Jahres auf 13,5 Mill. BRT. Das entsprach einem Weltanteil von 43,3 Prozent. In Südkorea waren es zur gleichen Zeit 5,1 Mill. BRT (Weltmarktanteil 16,3 Prozent).

Die Geschäftsberichte der sechs größten Werftenunternehmen Japans, die gleichzeitig auch große Maschinenhersteller sind, schlossen im Halbjahr April–September 1984 überwiegend unbefriedigend ab. Bei der Mitsubishi Heavy Industries erhöhte sich zwar der Bruttogewinn im Vergleich zur Vorperiode um 48,5 Prozent, dafür mußten Ishikawajima-Ha-

rma eine Abnahme von 15,3 Prozent, Hitachi Shipbuilding einen Rückgang von 7,3 Prozent, Mitsubishi Shipbuilding ein Minus von neun Prozent und Sumitomo Heavy Industries eine Abnahme von 15,9 Prozent hinnehmen. Kawasaki Heavy Industries schloß mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Bei alleiniger Berücksichtigung des Schiffbaus schlossen die Unternehmen noch wesentlich schlechter ab als beim Gesamtergebnis. Der Wert der Neuaufträge sank während der Zeit April–September 1984 im Vergleich zur Vorperiode bei Mitsubishi um 30 Prozent, bei Ishikawajima-Harima um 67 Prozent, bei Kawasaki um 68 Prozent, bei Hitachi um 33 Prozent, bei Mitsui um 32 Prozent und bei Sumitomo um 27 Prozent.

Wie schon im Vorjahr wurde der Wettbewerb um die Aufträge unter den ostasiatischen Werften auch 1984 hauptsächlich über die Preise ausgetragen, die vielfach nicht mehr kostendeckend waren. Nach den letzten verfügbaren Angaben des japanischen Verkehrsministeriums waren die Durchschnittspreise für eine

CBRT von 273 000 Yen Ende 1982 auf 237 000 Yen Ende 1983 gesunken.

Angesichts der roten Zahlen bei den meisten Unternehmen und einer durchschnittlichen Kapazitätsauslastung von nur 60 Prozent kam die Branche um eine Straffung ihrer Aufträge nicht herum. So sind die Kapazitäten in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Drittel reduziert worden. Die Zahl der in der Werftindustrie Beschäftigten ist von 288 363 im April 1975 auf 195 468 im April dieses Jahres gesunken.

Die südkoreanischen Schiffbauer sind die Hauptkonkurrenten der japanischen Werften im Ausland. Vor allem die niedrigeren Löhne bei kürzeren Arbeitszeiten (60-Stunden-Woche) lassen die Koreaner Preise anbieten, die wesentlich unter den japanischen liegen. Hyundai, Samsung, Daewoo und andere koreanische Unternehmen haben ihre internationale Wettbewerbsstärke durch die Anwendung moderner Techniken und intensive Schulung ihrer Beschäftigten in den letzten Jahren beträchtlich erhöht. (SAD)

## WELTBÖRSEN / Zweiwöchige Schwächephase in New York jetzt überwunden?

## Ausländerverkäufe drücken Kurse in Tokio

New York (VWD) – Nach zunächst schwächerem Verlauf kam es am Mittwoch an der New Yorker Effektenbörse in der letzten Sitzungstunde zu einer Trendwende, womit die Aufwärtsbewegung vom Dienstag, die nach einer Schwächephase von rund zwei Wochen eingesetzt hatte, ihre Fortsetzung fand. Dabei vermochte der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte, der im Tagesverlauf um bis zu 6 1/2 Punkte eingebüßt hatte, zum Schluß mit 1.201,52 Punkten (Vorwoche 1206,93) seinen Tagesgewinn von 6,40 Punkten zu erzielen.

Die späten Gewinne waren offensichtlich auf Vermutungen des Anlagepublikums auf eine bevorstehende Diskontsatzsenkung zurückzuführen. Kurz nach Börsenschluß wurden die Vermutungen zur Gewissheit, als die US-Notenbank eine Senkung des Diskontsatzes von neun auf 8% bekanntgab. Wegen des Feiertags blieben gestern alle Börsen in den USA geschlossen.

London (AP) – Dem Beispiel der Wall Street vom Vortag folgend und aufgrund günstiger Ertragsberichte verschiedener Unternehmen hat die Londoner Wertpapierbörse am Mittwoch Kursgewinne verbuchen können.

Wohin tendieren die Weltbörsen? Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche jeweils in der Freitagsausgabe einen Überblick über den Kursstand an den wichtigsten internationalen Börsen.

nen. Der Financial-Times-Index für 30 Industriewerte verbesserte sich um 5,9 Punkte auf 918,7 (Vorwoche 911,6). Bevorzugt waren Zeitungsverlage, der Lebensmittelhandel, Chemiewerte sowie Banken und Versicherung.

Paris (J. Sch.) – Weder die neuen Devisenvereinfachungen, noch die

weitere Preisliberalisierung haben die Pariser Börse beflügelt. Andererseits wirkte sich die Verschlechterung der französischen Handelsbilanz im Oktober nicht negativ auf die Aktienkurse aus. In den stark gestiegenen Importen von Ausrüstungsgütern erblickt man den Beweis dafür, daß sich die Investitionstätigkeit belebt. Die Ertragsaussichten der Unternehmen werden danach zuversichtlicher eingeschätzt. Umgekehrt enttäuschte der Rückgang des privaten Verbrauchs. Die kleinen Ausschläge nach oben und unten werden vor allem als Nachvollziehen der Wall-Street-Entwicklung erklärt.

Tokio (dt) – Gewinnmitnahmen drückten das Kursniveau in Tokio. Vor allem Ausländer waren auf der Verkaufseite. Der Dow-Jones-Index verlor im Wochenverlauf 93,9 Punkte auf 11.207,7. Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 230 und 440 Millionen Aktien.

## FRANKREICH / Investitionen gestiegen – Ausländer sollen umworben werden

## Handelsbilanz wieder mit Passivsaldo

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Die französische Handelsbilanz ist wieder in die roten Zahlen geraten. Nach Aktivsaldo von 3,5 Mrd. Franc im August und 0,5 Mrd. Franc im September entstand im Oktober auf saisonbereinigter Basis ein Defizit von 3,4 Mrd. Franc. Für die ersten zehn Monate ergibt sich danach ein Passivsaldo von 22,4 Mrd. Franc. In der gleichen Vorjahreszeit hatte er 41,6 Mrd. Franc erreicht.

Der Rückschlag im letzten Monat wird vom Außenhandelsministerium vor allem mit der verstärkten Investitionstätigkeit erklärt, die eine starke Erhöhung der Einfuhr von Ausrüstungsgütern (auf 14,2 Mrd. Franc) mit sich brachte. Die Gesamtimporte stiegen um sechs, die Exporte dagegen nur um 0,7 Prozent.

Aber nicht nur die inländischen, sondern auch die ausländischen Investitionen sollten steigen, meint die Handels- und Industrieministerin Edith Cresson. Die damit verbundenen Devisenzuflüsse könnten die französische Leistungsbilanz aus dem Defizit bringen und außerdem neue Arbeitsplätze schaffen. Selbst die Japaner werden begrüßt – allerdings nur, wenn sie neue Technologien mitbringen und mehr exportieren als importieren.

Obwohl die ausländischen Investitionen unmittelbar nach dem Regierungswechsel vor dreieinhalb Jahren starke Zurückhaltung geübt hatten, sind ihre Direktinvestitionen in Frankreich seit Mitte 1981 stark gestiegen; vor allem im Informationsbereich. Der Anteil ausländischer Fir-

men oder der von Ausländern kontrollierten französischen Firmen erreichte nach der letzten Erhebung des Nationalinstituts für Statistik (INSEE) von 1982 im Durchschnitt 25 Prozent des gesamten nationalen Industrieumsatzes. Bei der Informatik waren es sogar 69 Prozent.

An der französischen Industriebilanz waren die ausländischen Unternehmen mit 19,2 Prozent, an den Industrieinvestitionen aber nur mit 15,2 Prozent beteiligt. Um so größer ist ihr Gewicht im Industriegüterexport. Im allgemeinen, so stellt das INSEE fest, sind die ausländischen Unternehmen rentabler als ihre französischen Konkurrenten.

Die Bundesrepublik steht unter den ausländischen Investoren an zweiter Stelle, nach den USA.

## Chef-Goldhändler wurde entlassen

rrt, Zürich

Die Wozchod-Handelsbank in Zürich, das größte im Ausland ansässige Edelmetall-Haus der Sowjetunion, hat nach Angaben eines Wozchod-Sprechers ihren Chef-Goldhändler wegen mutmaßlicher Überschreitung seiner Kompetenzen entlassen. Unregelmäßigkeiten habe der Händler jedoch nicht begangen, erklärte der Sprecher des von der Außenhandelsbank und der Staatsbank der UdSSR kontrollierten Instituts. Eine Überprüfung habe ergeben, daß der Goldhändler jedoch gegen bankinterne Handelslimits verstoßen habe.

Ungeklärt sei, ob die schlechten Resultate im Goldgeschäft der Wozchod-Bank 1983 etwas mit den Aktivitäten des Händlers zu tun hatten, sagte der Sprecher. Wozchod gibt zwar keine Gewinn- oder Verlustzahlen ihres Goldgeschäfts bekannt, der Sprecher bestätigte jedoch, daß 1983 aus den Reserven 29 Mill. Schweizer Franken zur Deckung von Verlusten aus dem Goldgeschäft entnommen werden mußten.

Der Chef-Goldhändler einer Zürcher Großbank erklärte, die Bank Wozchod habe sein Haus im Rahmen ihrer internen Untersuchung um Einzelheiten über einige Goldtransaktionen gebeten. Anderen Händlern war zwar nichts über ähnliche Anfragen bekannt, man wisse aber, daß bei Wozchod Nachforschungen angestellt würden, hieß es. An Unregelmäßigkeiten glaube man jedoch nicht.

Am Markt sei es kein Geheimnis, daß die Sowjet-Bank im vergangenen Jahr Abschreibungen auf Goldtransaktionen vornehmen mußte, man glaube aber nicht, daß das Ansehen der Bank durch die jetzige Untersuchung in Mitleidenschaft gezogen werde. Alle kontaktierten Händler sprachen von einem graduellen Rollenwechsel der Bank Wozchod, nachdem die Sowjetunion in den vergangenen Jahren zunehmend Gold direkt über andere Zentren verkauft habe. Dies sei jedoch ein reiner Diversifikationsprozeß.

## BOUSSAC / Das Vergleichsverfahren zieht sich hin

## Neuer Bewerber im Gespräch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Gebrüder Willot wollen den auf die Herstellung von Einfamilienhäusern spezialisierten Bauunternehmen Ferret-Savin (Ferret) die Kontrolle über den seit drei Jahren im Vergleichsverfahren befindlichen Textilkonzern Boussac-Saint Frères (BSF) verschaffen. Das Anliegen betrifft ebenso die aus der Konkursmasse des „Baumwollkönigs“ Marcel Boussac übernommenen Mode-Warenhausgesellschaften (Christian Dior, Bon Marche, Conforama).

Die dazu jetzt getroffenen Vereinbarungen bedürfen aber noch der gerichtlichen Genehmigung. Diese ist deshalb erforderlich, weil die 42prozentige Willot-Beteiligung an der Finanzholding SFFAW (Société Foncière et Financière Agache-Willot), welche die genannten Unternehmen kontrolliert, zur Absicherung der Boussac-Schulden von 2,7 Mrd. Franc beschlagnahmt worden sind. Jedoch haben die Willots inzwischen über knapp die Hälfte ihrer SFFAW-Beteiligung (20 Prozent deren Kapital) einen Abtretungsvertrag mit Ferret unterzeichnet.

Für den Fall, daß das Gericht zustimmt, will Ferret im Rahmen einer Kapitalaufstockung der SFFAW um 400 Mill. Franc an dieser eine Beteiligung von etwas über 50 Prozent verlangen. Der Willot-Anteil würde sich dadurch auf 17 Prozent vermindern. Außerdem will Ferret die CSF (Compagnie Boussac-Saint Frères), der Pächterin der BSF-Unternehmen, einen umfassenden Restrukturierungsplan vorlegen, der insbesondere von staatlichen Institut für die industrielle Entwicklung (IDI) als Hauptaktionär der CSF genehmigt werden müßte.

Schon vor einem Jahr hätten die Willots mit dem CSF-Präsidenten Meyer einen (vom IDI nicht gebilligten) Übernahmevertrag abgeschlossen, der ihnen aber nur 68,50 Franc je SFFAW-Aktie (zahlbar in 20 Jahren) versprochen. Ferret dagegen bietet 250 Franc je Aktie (zahlbar zinslos innerhalb von 7 Jahren). Diese und die weiteren finanziellen Transaktionen sollen, wie es heißt, von der Banque Dreyfus abgesichert werden. Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen.

## AGRAR / Fachtagung zu Rationalisierungsmöglichkeiten

## Zusammenarbeit mit Ungarn

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Landwirtschaften in der Bundesrepublik und in Ungarn stehen unter Rationalisierungsdruck. Der ökonomische und ökologische Aufwand muß reduziert, die vorhandenen Ressourcen müssen sinnvoller genutzt werden. Zwar bemüht sich die Wissenschaft um Hilfestellung, die Übertragung der theoretischen Erkenntnisse in die Praxis bereitet dennoch Schwierigkeiten. Hier gäbe es für Ungarn und die Bundesrepublik Möglichkeiten, zusammenzuarbeiten und Erfahrungen auszutauschen, meint die Südosteuropäische Gesellschaft in München.

Diese Überzeugung war für die Gesellschaft auch der Anlaß, die Fachtagung „Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Ungarn bei der Förderung von Innovationsprozessen in der Landwirtschaft und der Ernährungs-

industrie“ auszurichten, die am kommenden Montag in München von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechl eröffnet wird.

Ohnehin betrachtet der Westen die Wandlung des ungarischen Wirtschaftssystems mit viel Interesse. Private Neuentwicklungen und Kleinbetriebe spielen besonders in der Landwirtschaft eine große Rolle. Ihre Vielfalt ist so außergewöhnlich, daß die gemeinsame Meinung sich auf die landwirtschaftliche Produktion und den großen Freiraum für private Erwerbstätigen reduziert.

An den rund 35 Prozent, die der Agrarbereich zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, sind die privaten Betriebe mit weit über 50 Prozent beteiligt. Das Kleinbetriebsumfeld, lediglich mit vier Prozent, und auf die klassischen Hoflandwirtschaften der Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entfallen nicht ganz 20 Prozent.

## GROSSBRITANNIEN / Ladenschluß-Liberalisierung

## Reform wird vorbereitet

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung bereitet eine Gesetzesreform zur Liberalisierung der Laden-Schlußzeiten vor. Damit könnten Geschäfte auch an Sonntagen und abends geöffnet sein. Zwar haben schon seit einiger Zeit Läden sonntags geöffnet, doch verstößt dies gegen das Gesetz. Eingeleitet wurde die neue Initiative der Regierung Thatcher durch einen Untersuchungsbericht aus dem Innenministerium. Er empfiehlt die Aufhebung aller Beschränkungen der Öffnungszeiten.

Die Gegner einer Freigabe der Ladenschlußzeiten behaupten unter anderem, daß eine völlige Freigabe der Laden-Schlußzeiten weit über die Wünsche der Verbraucher hinausginge. Die katholische Kirche nannte

den Untersuchungsbericht „sehr besorgniserregend“. Vertreter der Gewerkschaft erklärten, ein solcher Schritt wäre nicht nur gegen das Interesse ihrer Mitglieder gerichtet, sondern würde auch das Verschwinden des kleinen Einzelhandels beschleunigen.

Schon jetzt beabsichtigen etliche große Einzelhandelsgeschäfte und -ketten, an den Sonntagen bis Weibachten trotz der geltenden Bestimmungen zu öffnen. Sie setzen darauf, daß die Behörden von einem Eingreifen und von gerichtlichen Konsequenzen absehen werden, insbesondere nachdem der Untersuchungsbericht veröffentlicht wurde. Obgleich wird das britische Ladenschlußgesetz von 1950 ausgesprochen lax befolgt.

# Deutschlands Meistverkaufter.

## PALcolor 540 stereo.

test  
TV Topklasse  
sehr  
gut  
VIDEO-  
PROGRAMM 12/84

+ Für 1.999,- Mark jetzt mit Videotext+++ Für 1.999,- Mark jetzt mit Videotext+++



● Videotext, der brandaktuelle Informations-Dienst von ARD und ZDF, der als kostenlose Zugabe parallel zu den laufenden Sendungen ausgestrahlt wird. Nur ein paar Tastentipps auf Ihrer Fernbedienung und Sie sind im Bild: über die jeweils neuesten Tagesereignisse (auch in englisch), Wetteraussichten bis zu 6 Tage im voraus, Lottozahlen, Sportereignisse z. B. die Fußball-Bundesliga, Warentest-Ergebnisse, Wechselkurse, Theaterprogramme, Ausstellungstermine, über die täglichen Fernseh-Programme inklusive kurzfristige Änderungen und vieles Interessante mehr. Ein Extra-Service, den 90% aller bisherigen Videotext-Empfänger nicht mehr missen möchten. Und als angenehme Beigabe: Digital-Uhranzeige ins Fernsehfeld einblendbar.

**PALcolor 540 stereo.**  
**Deutschlands Meistverkaufter durch Besonderheiten wie:**  
● APD-Raumklang-Schaltung  
● objektive, nachprüfbare Daten  
● Telefunken-Doppelgarantie  
● ausgezeichnetes Design  
● Videotext  
● scharf kalkulierter Barpreis.  
**Echt vergoldet können Sie ihn auch gewinnen.**  
Teilnahme-Karten gibt's beim Telefunken-Partner. Oder schreiben Sie die 6 hier genannten Vorteile an Telefunken, Göttinger Chaussee 76, 3 Hannover 91. (Rechtsweg ist ausgeschlossen.) Für 5.000,- DM können Sie den goldenen 540er auch kaufen.

**TELEFUNKEN**  
**UNSER WORT GILT**







Wir trauern um unseren Senior, Herrn

Generalkonsul

## Friedrich Wilhelm Breckwoldt

\* 1. 10. 1905

† 11. 11. 1984

Mitarbeiter, Geschäftsführer und Gesellschafter  
der FirmenATLANTIK Film Kopierwerk GmbH, Hamburg  
Martin Schröder & Co. (GmbH & Co.), Hamburg  
Poly-Verpackung GmbH, Hamburg  
WIBRO INTERNATIONAL Trade GmbH, Hamburg

Die Trauerfeier hat im engsten Kreis stattgefunden.

Anstelle zugedachter Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um Spenden für die Äthiopienhilfe des Lions Club  
Hamburg-Uhlenhorst, Konto 12 29 / 131 816 bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50.

## Handelsvertreter/Reisender

wohnt im PLZ Raum 44 mit 20jähriger Berufserfahrung im Innen- u. Außen-  
dienst der Textilbranche - KOB - sucht ab Januar 1985 oder früher für den  
Raum NRW evtl. Teilgebiet - angrenzende Gebiete nach Möglichkeit seriöse  
Vertretung auf Provisionsbasis - KOB ist nicht Bedingung. Auch andere  
Wirtschaftsbereiche können übernommen werden. Lager ist möglich. Angebote  
bitte unter B 11302 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.Qualitäts-  
Karriere -Gefragt sind Erfahrungen in der Qualitäts-  
sicherung bei Massenartikeln. Die Auf-  
gabe: Aufbau einer Abteilung mit Einbezie-  
hung der bisherigen Fertigungskontrolle  
(Kunststoffartikel für Elektrotechnik). Der  
norddeutsche Hersteller erwartet einen  
unternehmensorientierten neuen Abteil-  
ungsleiter.Dies ist eines von vielen interessanten Stel-  
lenangeboten am Samstag, 24. Novem-  
ber, im großen Stellenanzeigenteil der  
WELT.Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kau-  
fen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag.  
Jeden Samstag.

## Erwirtschaften Sie bis zu

11%  
p.a.

## Lombard

## Festgeldanlagen

1 Jahr Festgeld	10% p.a.
2 Jahre	10% p.a.
3	10% p.a.
4	10% p.a.
5	11% p.a.

Für Anlagen von £1.000 bis £100.000. Zinsen werden jährlich ausgezahlt.  
Der obige Zinssatz wurde zum Zeitpunkt der Übergabe an die Preisquoten.

Nachfolgend einige der Vorteile einer Festgeldanlage bei Lombard:

- \* Ihre Gelder erwirtschaften einen guten Zinssatz, der sich während der Anlagezeit nicht mehr ändert.
- \* Alle Zinserträge werden ohne Abzug von Steuern ausgezahlt.
- \* Ihr Konto wird vertraulich behandelt.
- \* Da die Devisenkontrolle in Großbritannien nicht mehr besteht, können Ihre Gelder zum Zeitpunkt der Rückzahlung in £-Sterling oder in einer anderen Währung in jegliches Land überwiesen werden.
- \* Wir sind ein Mitglied einer der größten Bankgruppen der Welt.
- \* Für die Führung des Kontos entstehen keine Gebühren.
- \* Wir quotieren andere Zinssätze für Anlagen von 1-5 Jahren, wobei die Zinsschuldungen monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich stattfinden und für Anlagen mit einer 3- oder 6-monatigen Kündigungsfrist.
- \* Für weitere Details über unsere Anlagemöglichkeiten und Zinssätze bitten wir Sie, uns noch heute das Coupon zuzuschicken.
- \* Wir unterhalten bei der Deutschen Westminster Bank AG, Zweigniederlassung, 4000 Düsseldorf 1, Königsallee 33, das Konto 01 87518 014, auf das Sie Ihre Einzahlungen vornehmen können.

Diese Bedingungen gelten nicht unbedingt für Ausländer-Geldtransaktionen.

Lombard  
North Central  
AnlagekontenAn:  
Lombard North Central PLC  
Abt. 840  
17 Bruton Street  
London W1A 3QH, England  
Telefon: 409 3434

NAME (BLOCKBUCHSTABEN BITTE)

ADRESSE

in England registriert. Nummer 337004. Sitz der Gesellschaft, Lombard House, Cannon Street, London W1A 1EU

Ein Mitglied der National Westminster Bankgruppe

deren Kapital £2.500.000.000 überschreitet.

KANN MAN DA  
UNWIRTLICH  
ZUSEHEN?Schwester M. Elisabeth Fährlich  
schrieb uns jetzt aus  
Nord-Brasilien:

„Dieses Jahr gab es wieder keine Ernte. Das zweite große Übel: Wir haben kein Wasser mehr. Das, was die Tankwagen bringen, ist verschmutzt. Die Kleinkinder haben Durchfall. Die Säuglingssterblichkeit ist auf über 50% gestiegen, die Mütter haben keine Milch für die Kinder, sie sind zu schwach, sie zu stillen. Die Leute verzweifeln fast vor Hunger - Kinder sterben täglich.

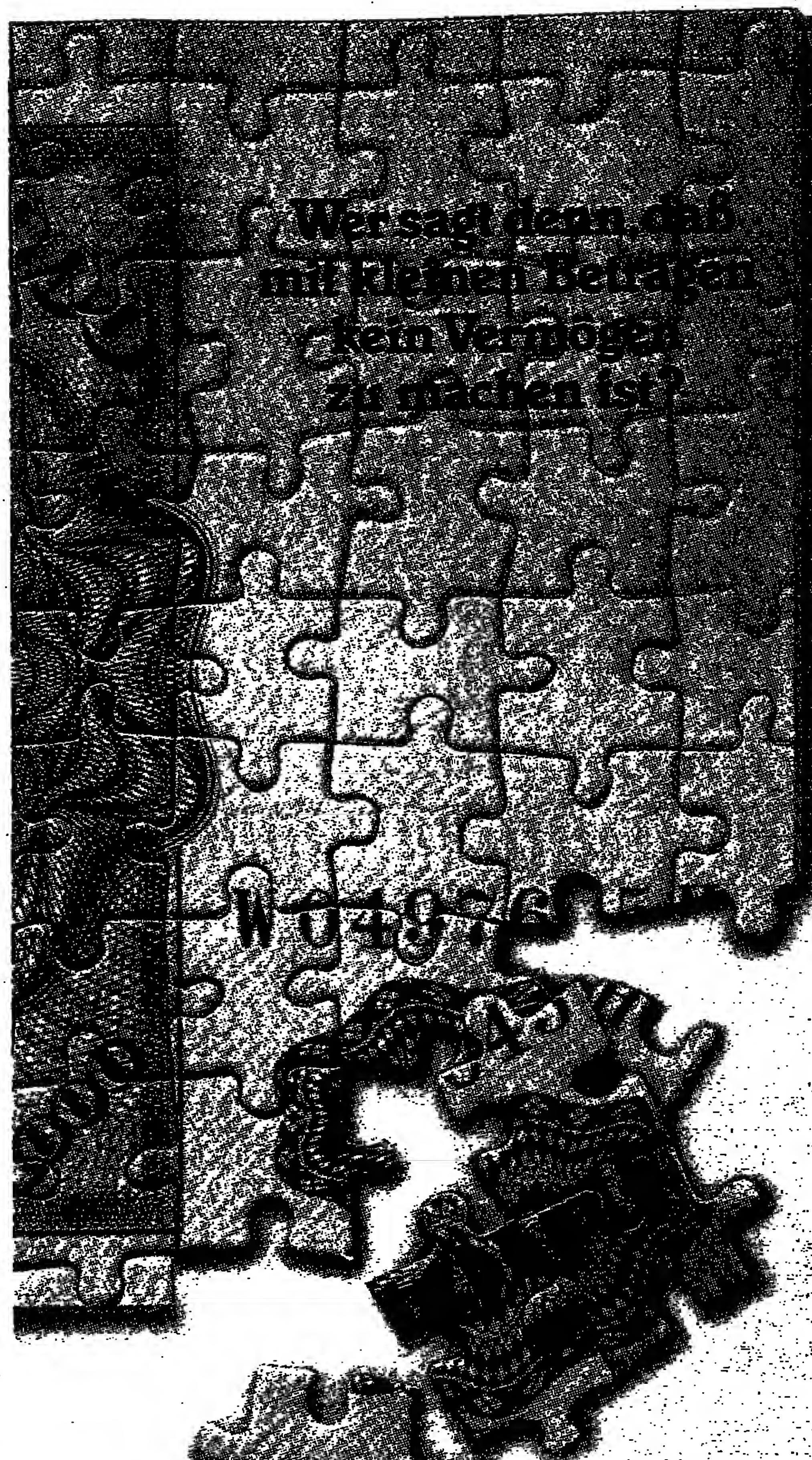
In ihrer Hoffungslosigkeit verschenken Mütter ihre Kinder, weil sie nichts mehr zu essen für sie haben. Andere binden den Kindern eine Binde fest um den Bauch, damit sie den Hunger nicht mehr so spüren.

Können Sie sich vorstellen, wie mir zumute ist, wenn ich diesen Kindern und Müttern nicht helfen kann? „

Wir helfen auch dort schnell und wirksam.

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE  
Adenauerallee 134 - 5300 Bonn 1Postfach Köln  
Sparkasse Bonn  
Commerzbank Bonn  
Volksbank BonnWir danken für den kostenfreien Abdruck  
dieser Anzeige.Anno aus Torremolinos, Maraga  
gewohnt Hotel Colombo, wohnhaft in  
Berlin, Bismarckstr. 20, bitte mal melden  
bei Erika Scholze, 4000 Bortom, Bo-  
tenstraße 9, Telefon 0 20 41 72 16 88... ganz klar!  
Notiz-Quader von  
KNAUER  
KNAUER  
NOTIZ QUADER  
7616 Biberach/Baden, Postfach 111  
Tel. 0 71 43 55 2-0, Telex 7 52 55 15Wir suchen für den Vertrieb  
unserer Artikel (handliches  
Reinigungsgerät) eine erfah-  
rene

## Verkaufsorganisation

die im gesamten Bundesge-  
biet bestens eingeführt ist.Offerten an:  
Müller + Bonomi, Groß-  
matte 20, CH-6014 LitauWir suchen zur besseren Aus-  
stattung Verbindungen.  
Wir bieten im Raum 483: Halle, 200 m<sup>2</sup>,  
Werkstatt, 120 m<sup>2</sup>, Büro, 60 m<sup>2</sup>, sonst.  
Lagerfläche, Stapler, 7,5 t Lkw.  
Angeb. erb. um 2 131 6 an WELT-  
Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.Selbst. Handelsvertreter  
übernimmt noch Vertretungen f. In-  
dustrie u. Handwerk im Raum Bre-  
men-Oldenburg. Zuschriften unter  
D 11304 an WELT-Verlag, Postfach  
10 08 64, 4300 Essen.Von der Haushaltsgeräte- bis zur Spi-  
zelektronik entsprechen unsere  
Schüler den verschiedenen Märkten  
der Bauteile und Baugruppen für na-  
tuelle Schaltung. Wir suchen einen  
qualifiziertenExklusiv-Vertreter  
Wir bieten gutes Gehalt, Firmenwagen  
und Spesen  
F. C. I. Paris, 101, Av. de Cal Leclerc,  
75014 Paris, F.Weine aus Frankreich  
Leistungsfähiges frz. Weingut m. be-  
sten Lagen u. gehob. Qualität sucht gut  
eingef.Importeur od. Weinhandlung  
für den Verkauf an Private, Fachhan-  
del, Gastronomie etc. für Nord- u. Süd-  
deutschland.  
F. C. I. Paris, Mme Souyer, 101 av. de  
Cal Leclerc, 75014 Paris, F.Schreiner-  
Montageteammit „1a“ Werkstattwagen  
führt Schreinerarbeiten  
im Bundesgebiet und im  
Ausland aus.Fa. JURO-MONT  
Sägewerk 5/1  
7252 WEIL DER STADT  
Tel. 0 70 33 / 79 94Gehören Sie auch  
zu den Leuten, die bei  
ihren Einkäufen Geld  
verschleppen, weil sie  
nur die großen Beträge  
im Auge haben?DM, das kritische  
Verbraucher-Magazin,  
zeigt Ihnen Monat für  
Monat, wie Sie selbst  
bei alltäglichen Aus-  
gaben viel Geld sparen  
können.Wenn Sie zum Bei-  
spiel in den letzten 12  
Monaten 10 Die-Filme  
verknüpft, 10 Video-  
kassetten gekauft, pro  
Monat einen Kasten  
Bier verbraucht haben  
und gerade die neue  
Brille fällig war, dann  
hat Sie das mit DM  
statt 1.016,- Mark nur  
564,80 Mark gekostet.Von dem Geld hät-  
ten Sie mit den Tips  
von DM nach Mallorca  
fliegen können. Weil  
auch Reisen mit DM oft  
nur die Hälfte kosten.Wie Sie immer  
wieder solche Beträge  
sparen, steht regel-  
mäßig in DM.DM - das kritische  
Verbraucher-Magazin.  
Jeden Monat neu an  
ihrem Kiosk.DM wertet  
Ihre Mark auf.

## Quo vadis, Abiturient '85?



Abitur '85. Ein Sonderheft der 'Wirtschaftswoche'.

Informiert über Berufsbilder, Studiengänge, Perspektiven.

Berät von Start an der Hochschule bis Einstieg ins Berufsleben.

Über 130 Seiten qualifizierte Entscheidungshilfe bei der Wahl des

richtigen Ausbildungsweges. Jetzt im Zeitschriftenhandel. DM 7,50.



## HANNOVER PAPIER / Amtliche Börseneinführung

## Dividende wird erhöht

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die bislang im getragenen Freiverkehr gehandelten Aktien der Hannover-Papier-Alfeld-Gesellschaft AG, Alfeld, werden am 28. November zum ersten Mal im amtlichen Handel notiert. Unter Federführung der Commerzbank AG werden nominal 40 Mill. DM Aktien an den Wertpapierbörsen in Hannover, Berlin, Hamburg und Frankfurt eingeführt. Um den Markt für das Papier zu erweitern, haben die beiden Hauptaktionäre, der schwedische Konzern Nordlands Skogsägars Cellulosa AB Kramfors (NCB) und die Commerzbank aus ihrem Besitz rund 12 Prozent des Grundkapitals bei freien Aktionären im Wege einer Privatplatzierung untergebracht.

Commerzbank-Vorstandsmitglied Axel Frhr. v. Ruedorff wies bei der Präsentation der Börseneinführung in Hannover darauf hin, daß NCB mit mehr als 30 Prozent und die Commerzbank mit einer Schachtel weiterhin am Grundkapital der Hannover-Papier AG in Höhe von 40 Mill. DM beteiligt sind. Der Anteil der freien Aktionäre liege bei knapp 25 Prozent.

Der Verkauf der 4,8 Mill. DM Aktien sei abgeschlossen. Der Verkaufspreis beträgt 118 DM pro 50-DM-Aktie.

Beide Großaktionäre wollten auch künftig bei Hannover-Papier engagiert bleiben. Die Frage, warum eine breitere Streuung nicht im Zuge einer Kapitalerhöhung vorgenommen wurde, beantwortete v. Ruedorff mit dem Hinweis auf den mangelnden Bekanntheitsgrad des Unternehmens. Zunächst gelte es, „marktfähig“ zu werden.

Das Unternehmen selbst verzeichnet nach den Worten von Vorstandschef Willy Eyberg eine überaus günstige Geschäftsentwicklung. Die Aktionäre könnten für 1984 mit einer höheren Dividende als 1983 (acht Prozent) rechnen. Eine Analyse der Commerzbank geht von einer Verdoppelung des Ergebnisses pro Aktie auf 10 DM für 1984 aus. Eyberg ließ keinen Zweifel daran, daß die Ertragsentwicklung im Vergleich zum Umsatz deutlich günstiger verlief. Nicht zuletzt die mit hohen Investitionen vorgenommene Spezialisierung auf hochwertige Papiere zeugte jetzt auch den wirtschaftlichen Erfolg.

## BECKER-GROUPE / Noch in der Verlustzone

## Weitere Entlassungen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Becker-Gruppe, Stuttgart, einer der größten deutschen Hersteller von Damenoberbekleidung und Herren-Herrenbekleidung, plant einen weiteren drastischen Personalabbau. Bis Mitte 1985 soll in den inländischen Betrieben der Gruppe die Belegschaft um rund 700 auf dann etwa 950 Mitarbeiter reduziert werden. Entsprechende Beratungen wurden mit dem Betriebsrat aufgenommen. Ende 1984 zählte die Gruppe, die seit jener Zeit rote Zahlen schreibt, noch über 2650 Mitarbeiter.

Auch für 1984 werde das Ziel, aus der Verlustzone herauszukommen, nicht erreicht. Genauere Angaben über das Ausmaß der zuletzt eingetretenen Verluste möchte die neu formierte Geschäftsführung des inzwischen aus der Publizitätspflicht herausgefallenen Unternehmens nicht machen. Zuletzt war für 1982 ein Jahresverlust von 4,9 Mill. DM ausgewiesen worden, der einschließlich Vortrag den Konzernverlust auf 15,3 Mill. DM anschwellen ließ. Der kräftige Personalabschnitt, Teil eines neuen Strategie-Konzepts, sei dringlich, da

das Unternehmen, das bisher von einer Folge langjähriger Thesen zur Ertragspolitik entlasteten guten Eigenkapitaldecke zehren konnte, bald in ernsthafte Schwierigkeiten geraten würde. Das Stammkapital von 20 Mill. DM der Vereinigte Bekleidungswerke R + A Becker GmbH halten die Nachkommen der Gründerfamilien.

Im Zuge des Personalabbaus soll der NCB-Betrieb in Regensburg (250 Beschäftigte) geschlossen werden. Am Standort Stuttgart ist durch Konzentration auf den Siedlinger Betrieb ein Personalabbau von 300 auf 75 Mitarbeiter vorgesehen. Im Inland sollen künftig stärker und rationell Kleinteile gefertigt werden. Eine konsequente Markenpolitik werde ins Auge gefaßt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres kam die Gruppe auf einen Umsatzplus von 5 Prozent, für das ganze Jahr wird mit einem Umsatz von 300 (1983: 294) Mill. DM gerechnet. Auf Damenoberbekleidung entfielen 55 Prozent, der Rest auf Herren- und Herren-Freizeitkleidung. Die Exportquote liegt bei 20 Prozent.

## TRUMPF / Auftragseingang höher als der Umsatz

## Kapazitäten voll ausgelastet

WERNER NEITZEL, Ditzingen

Während sich der deutsche Werkzeugmaschinenbau zumindest beim Auftragseingang wieder zu erholen beginnt - die Produktion und die Umsatzentwicklung hinken naturgemäß nach - wartet die Trumpf-Gruppe, Ditzingen, die sich schon immer positiv vom allgemeinen Branchenbild abhob, mit eindrucksvollen Wachstumsraten auf.

Im Geschäftsjahr 1983/84 (30.6.) hat die Firmengruppe, führender Hersteller von Maschinen zum Loch- und Trennen von Blechen, den konsolidierten Umsatz um 22 Prozent auf 390 Mill. DM gesteigert. Das Stammhaus, die Trumpf GmbH & Co., kam auf einen Umsatz von 227 Mill. DM (plus 12,4 Prozent). Im Berichtszeitraum erhöhte sich der Auftragseingang um rund 30 Prozent auf 251 Mill. DM und lag damit erstmals seit vier Jahren wieder deutlich über dem Umsatz.

Die Kapazitäten sind nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Berthold Leibinger zur Zeit voll ausgelastet, der Auftragsbestand reiche bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres. Der Exportanteil am Umsatz beträgt weiterhin etwa 60 Prozent, am konsolidierten Umsatz der Gruppe gemessen macht das Auslandsgeschäft etwa 70 Prozent aus. Es sei ein „ausreichendes Ergeb-

nis“ erzielt worden, das sich gegenüber dem Vorjahr etwas verbessert habe. Für Forschung und Entwicklung gibt man bei Trumpf etwa 4 Prozent des Umsatzes aus. Das Unternehmen kann sich zugute halten, beim Einsatz moderner Technologien in Fertigung und Produkt (NC-Steuerung und Einsatz der Lasertechnik) besonders weit vorn zu sein.

Im Inland wurden 8,8 Mill. DM investiert, für den nächsten Dreijahreszeitraum sind 40 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Die Investitionen bei den Auslandstöchtern lagen bei 4,8 Mill. DM. Geplant ist ein Werksneubau im Elsaß als Zulieferbetrieb für die inländischen Werke. Die Eigenkapitalquote des Familienunternehmens beträgt unverändert 30 Prozent.

Im laufenden Geschäftsjahr peilt Trumpf in der Inlandsgruppe einen Umsatz von 250 Mill. DM an, für die gesamte Gruppe wird ein Umsatz von 320 Mill. DM ins Visier genommen. Auch auf längere Sicht beurteilt Leibinger, der den Marktanteil in Europa in diesem Produktbereich für Trumpf mit 50 Prozent angibt, die Wachstumschancen des Unternehmens optimistisch. Die Zahl der Beschäftigten im Inland nahm um vier Prozent auf 1133 Mitarbeiter zu und tendiert weiter nach oben. Weltweit zählt Trumpf rund 1500 Beschäftigte.

## BAUKNECHT / Im laufenden Geschäftsjahr Umsatzplus von neun Prozent geplant

## Wachstum bei allen Produktgruppen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Die Bauknecht-Gruppe hat ihren Wachstumspfad gefunden und wird ihn weitergehen.“ Gemäß dieser Einschätzung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Bauknecht-Hausgeräte GmbH, Hendrik A. van der Stek, wird für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (30.4.) ein Umsatzzuwachs von 9 Prozent angestrebt. Im Geschäftsjahr 1983/84 hat die Bauknecht-Gruppe, die voll im Besitz von Philips ist, den Umsatz um 3 Prozent auf 822 Mill. DM gesteigert. Die positive Entwicklung betraf alle Produktgruppen. Dabei seien in den Bereichen Waschen/Trocknen und bei Mikrowellengeräten überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt worden.

Der Umsatz wird grob wie folgt aufgeschlüsselt: Auf Kühl- und Gefriergeräte sowie auf Waschmaschinen entfielen jeweils rund 30 Prozent, 15 Prozent sind Geschirrspüler, Herde und Kleingeräte machen jeweils zehn Prozent aus, und auf Mikrowel-

len-Geräte entfielen etwa fünf Prozent. Der Anteil des Auslandsgeschäfts am Umsatz macht rund 50 Prozent aus. Es sei gelungen, auf einigen wichtigen Märkten in Westeuropa Marktanteile hinzugewinnen. Auch im Inland habe man die Position ausgebaut.

Das Volumen des westeuropäischen Marktes für „weiße Ware“ wird mit jährlich etwa 10 Mill. Kühlgeräten, 4 Mill. Gefriergeräten, 9 Mill. Waschgeräten, 8 Mill. Herde und fast 1 Mill. Mikrowellengeräten angegeben. Trotz einer erheblichen Strukturveränderung auf der Herstellerseite in den letzten zwei Jahren habe ein nennenswerter Abbau der Produktionskapazität nicht stattgefunden. Die Überkapazitäten in dieser Sparte werden auf 15 bis 20 Prozent geschätzt. Die Lage am Markt werde dadurch verschärft, daß die Importe aus Ostblockländern zunähmen. Preiserhöhungen seien so gut wie nicht durchsetzbar, obwohl sie aus Kostengründen notwendig wären.

## SCHLOEMANN-SIEMAG / Personalabbau wurde gestoppt - Aufwärtstrend bei den Kunststoffmaschinen

## Morgenluft nun auch im Walzwerksbau

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der kräftigen Erholung im Auftragseingang, die der von der SMS-Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf, und Hiltich, geführte „SMS-Verbund“ 1983/84 (30.6.) mit einer Plusrate von 46 Prozent erlebte, dürfte im laufenden Jahr ein weiteres Plus um ein Viertel auf 2 Mrd. DM folgen. Der im Berichtsjahr intensivierte Personalabbau wurde gestoppt und dürfte 1984/85 von der Rückkehr zur alten Beschäftigtenzahl im SMS-Verbund überholt werden. Die gute Ertragslage des „Stammhauses“ SMS-AG dürfte sich nach heutigem Stand zumindest in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht ändern.

Mit solchen Prognosen präsentiert Vorstandsvorsitzender Heinrich Weiss den Jahresabschluss des in Stimmrecht-Paritätspartnerschaft an 81 Mill. DM Aktienkapital von seiner Familie und dem Gutehoffnungshütte-Konzern geführten Unternehmens. Trotz Sorgen mit dem „erbitterten Wettbewerb“, dem der wohl weltgrößte Walzwerksanlagenbauer (Hauptkundschaft Stahlindustrie) seit zwei Jahren oft mit der Herein-

nahme von Aufträgen „auch zu nicht kostendeckenden Preisen“ Tribut zollen muß, reichte es beim Stammhaus auch 1983/84 bequemer zur fast konstanten Netto-Organertragsabführung von 12,6 (12,8) Mill. DM oder 15,5 (15,8) Prozent Dividende an die beiden Mütter. Danach blieb immer noch eine reichliche Gewinnhälfte für weitere Rücklagenstärkung auf nur 101 (88) Mill. DM.

Für das Vorzeigen solchen passablen Gewinnergebnisses brauchte das Stammhaus weiterhin fast nichts vom Ertrag seiner Töchter, die reichlich die Hälfte vom Geschäftsvolumen des Verbunds repräsentieren. Insbesondere die Batteriefeld-Kunststoffmaschinenbaugruppe, deren verschwiegener Nettogewinn sich flott dem (ab 1985/86 wohl erreichten) Ziel von 2 Prozent Umsatzrendite näherte, dürfte den mit 2880 (2852) Leuten aus gut 500 (410) Mill. DM Umsatz erzielt Gewinn zur inneren Stärkung beibehalten. Stärkung gerade hier für weiteres Wachstum. Es läßt die Batteriefeld-Gruppe für 1984/85 mit einem Auftragszuwachs von gut 700 (nach 684 und 473) Mill. DM und einer Be-

legschaftsaufstockung auf 3300 Leute rechnen.

Beschäftigungsboom aus anderem und kurzlebigen Grund hat nur der beim Stammhaus konzentrierte Walzwerksbau. Das bislang auf Ende 1985 festgesetzte Auslaufen der EG-Subventionen beschert derzeit Terrnöte für Modernisierungsinvestitionen in der EG-Stahlindustrie. Ob danach ein Auftragsloch kommt, ist für der SMS-Chef eine noch offene Frage. Fürs eigene Stammhaus sieht es nach dem im Herbst 1984 zugesagten großen China-Auftrag (Baoshan-Warmbreitbandstraße mit gut 500 Mill. DM SMS-Eigenanteil) günstiger aus. Das Auftragspolster reicht nun für Vollauslastung in der Konstruktion bis Frühjahr 1986 und in der Fertigung bis Spätherbst 1985, für zwei weitere Jahre bereits für 50 Prozent „Grundauslastung“ der eigenen Werkstätten.

Der Anfang 1984 beschlossenen Abbau des Stammhaus-Personals um 20 Prozent hat die SMS-AG nach dem großen China-Auftrag auf halbem Weg gestoppt. Der bis dahin aus Frühpensionierungen entstandene Zusatz-Personalaufwand von 14 Mill.

DM wurde im Abschluß 1983/84 bereits voll verdaut. Desgleichen die Summe der aus Neuaufträgen erwarteten Verluste mit dem auffälligen Resultat, daß bei einer im eigenen Haus um 7 Prozent gestiegenen Gesamtleistung der Rohertag erstmals deutlich zurückfiel. Mit solcher Überden Stoffaufwand verbuchten Risikoversorge sieht der SMS-Chef das Stammhaus weiterhin grundsätzlich für die Fährnisse des weltweiten Walzwerksmarktes gerüstet.

Schloemann-Siemag <sup>1)</sup>	1983/84	±%
Auftragseingang (Mill. DM)	634	+21,9
Exportanteil (%)	55	(80)
Auftragsbestand	2900	+4,0
Umsatz	526	-5,2
Belegschaft <sup>2)</sup>	3328	-4,2
Gesamtleistung	756	+28,1
Rohertag	313	-8,1
Zwischenertrag	51,6	-9,0
Personalkosten	227	-6,0
Jahresüberschuss	25,6	-11,3
SMS-Verbund <sup>3)</sup>		
Auftragseingang	1655	+45,7
Umsatz	1295	+6,5
Belegschaft <sup>2)</sup>	6935	-2,8

<sup>1)</sup> Ohne Tochter <sup>2)</sup> Jahresdurchschnitt <sup>3)</sup> SMS und Tochter.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Auftrag aus Australien

München (dpa/VWD) - Die Siemens AG, München, hat von der australischen Fernmeldeverwaltung Telecom einen Großauftrag zur Lieferung digitaler Breitband-Richtfunksysteme im Wert von über 60 Mill. DM erhalten. Der Auftrag ist nach Projekten in den Philippinen, Nigeria und Oman der vierte Richtfunk-Großauftrag an Siemens in den letzten Jahren.

## Wechsel bei Brinkmann

Hamburg (JB.) - Bei der Martin Brinkmann AG, Bremen, sind Veränderungen im Management vorgesehen. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Theo M. van Gorkom wird nach Abschluß der Reorganisation mit Wirkung zum 1. April nächsten Jahres aus dem Vorstand ausscheiden und zur Muttergesellschaft

Rothmans International zurückkehren. Sein Nachfolger wird Werner E. Klaten, zur Zeit Vorstandsmitglied für Marketing und Vertrieb. Neuer Vertriebschef wird Willem van der Hoeven von der belgischen Rothmans-Tochter Turmac. Dietrich Seelmann-Eggebert, für Produktion, Tabak und Materialeinkauf zuständig, verläßt das Unternehmen.

## Flotte wird reduziert

Hamburg (JB.) - Die VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH, Hamburg, die über die drittgrößte Versorgerflotte der Welt verfügt, wird die Zahl der Schiffe reduzieren. Im kommenden Jahr sollen von den 93 Einheiten 8 verkauft und von den 17 unter deutscher Flagge fahrenden Versorgern 10 ausgelagert werden. Im Mannschaftsbereich sollen 80 Mitarbeiter entlassen, im Kapitäns- und Offiziersbereich bis zu 270

Mitarbeitern Job-Sharing-Verträge bei einer Tochtergesellschaft in Singapur angeboten werden. Die Preussag-Tochter VTG, die bereits in diesem Jahr 7 Schiffe verkauft hat, reagiert damit auf die von Tonnageüberangebot geprägte Marktlage.

## Wertzuwachs bei Rodamco

Düsseldorf (Py.) - Wertzuwachs und Gewinn aus Bewirtschaftung haben zusammen in der 1. Hälfte des Geschäftsjahres 1984/85 (1.3. bis 31.8.) den Wert der niederländischen Rodamco-Aktie um 6,1 Prozent steigen lassen. Die Immobilien-Anlagegesellschaft Rodamco N.V. hat ihre Anlagepolitik stärker zugunsten der USA orientiert. Die Zahl der ausgegebenen Aktien hat sich, vor allem durch Käufe institutioneller Anleger, um fast 3,6 Mill. auf 12,7 Mill. Stück erhöht. Das Eigenvermögen von Rodamco liegt bei 1,6 Mrd. hfl.

## HERLITZ

## Erträge sind kräftig gestiegen

th. Berlin

Eine deutliche Gewinnsteigerung hat die Herlitz AG, Berlin, in den ersten neun Monaten dieses Jahres erzielt. Wie es in einem Aktionärsbrief dieses Herstellers von Papierwaren und Büroartikeln heißt, ist der Rohertag um 22 Prozent gestiegen. Der Gesamtaufwand - ohne Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren - nahm nur um 20 Prozent auf 146 Mill. DM zu.

Der Umsatz stieg nach diesen Angaben um 33 Prozent auf 319 (240) Mill. DM. Der Auslandsanteil beträgt 35 (30) Prozent. Investiert wurden 17 Mill. DM nach 30 Mill. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Die zweite Baustufe des neuen Versandzentrums in Berlin ist inzwischen voll ausgelastet, so daß eine Erweiterung um 24 000 Palettenplätze in Auftrag gegeben worden ist. Weiter erhöht wurde die Zahl der Mitarbeiter. Ende September beschäftigte Herlitz 2333 Personen gegenüber 1978 vor einem Jahr.

## NAMEN

Dr. Gerhard Herbst, Vorstandsmitglied der Deutsche Bank Berlin AG, wurde am 20. November 65 Jahre.

Otto Gerner (39), bisher Alleinverwalter der Trebag Treuhand und Beratung AG, München, wurde zum Vorstandsvorsitzenden und Ekkehard Rogalski (51) und Rolf Ophoff (39) wurden neu in den Vorstand bestellt. Dr. Frank Zillich wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden bestellt.

Paul Hendry (37), stellvertretender Geschäftsführer für den Bereich Verkauf bei der Philip Morris GmbH, München, ist zum Geschäftsführer berufen worden.

Dr. Günter Rexrodt, Senatsdirektor in der Senatsverwaltung für Wirtschaft in Berlin, soll Chef der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH werden. Die Amtszeit von Robert Layton - bisher an der Spitze dieser Gesellschaft - endet im Mai 1985.

Informieren Sie sich bei Ihrem Bankberater.

# Beste Renditen rund um die Welt. Jetzt mit FONDIRENT und ADIREWA.

## Hohe Ausschüttungen oder Kapitalzuwachs? Sie haben die Wahl.

Internationale Rentenwerte sind aus gutem Grund begehrte Kapitalanlagen. Insbesondere US-Papiere versprechen hohe Erträge. Doch die richtige Auswahl ist nicht einfach. Deshalb bringt ADIG-Investment jetzt zwei neue, internationale Rentenfonds mit klarer Zielsetzung: FONDIRENT für hohe, laufende Ausschüttungen. ADIREWA für konzentriertes Wachstum. Sie haben die Wahl - und in jedem Fall erstklassige Renditen. Dafür sorgen erfahrene Börsenfachleute.

FONDIRENT heißt vor allem: US-Papiere. Gerade jetzt ist die beste Zeit einzusteigen. Denn noch sind die Zinsen in den USA höher als bei uns. Und wenn sie sinken, bringt Ihnen das zusätzliche Kursgewinne. Mit FONDIRENT liegen Sie also im Trend.

ADIREWA investiert ebenfalls in den USA. Die Besonderheit: Dieser Fonds thesauriert, behält also alle Zinsen ein und sichert Ihnen dadurch stärkeres Kapitalwachstum. Ein weiteres Plus: ADIREWA zieht weniger auf Zinserträge als vielmehr auf steuerfreie Kurs- und Tilgungsgewinne.

Fragen Sie Ihren Bankberater oder schreiben Sie an ADIG-Investment, Von-der-Tann-Str. 11, 8000 München 22.

ADIG INVESTMENT

Wir sichern Ihnen Werte.

Beratung und Verkauf von FONDIRENT und ADIREWA bei den ADIG-Gesellschaften: Bankhaus Aufhäuser, Baden-Württembergische Bank, Bank für Gemeinwirtschaft, Bayerische Raiffeisen-Zentralbank, Bayerische Vereinsbank, Berliner Bank, Berliner Commerzbank, Bankhaus Gobrecht, Barmenia, Commerzbank, Commerz-Credit-Bank, Europäischer, Deutsche Beamtens-Versicherung, National-Bank, Simonsbank, Südwesbank, Fürst Thurn und Taxis Bank, Vereins- und Westbank, WVK Lebensversicherung.



# Die Sony Betamovie kauft man besser nicht irgendwo.



Sony Betamovie BMC-200 P

**NEU**  
Bildschärfen-Automatik  
durch CCD-Digital-Autofocus

## Sondern beim Sony Fachhändler.

Innen Recorder, außen Kamera – ein kompaktes Produkt-Konzept, gespickt mit technischen Feinheiten. Typisch Sony. Die Bildqualität ist exzellent, so wie man es von der Sony Video-Technologie erwartet. Die Bildschärfen-Automatik ist an Präzision unübertroffen. Und nicht zuletzt überzeugt, daß die Sony Betamovie mit jeder normalen Beta-Cassette videofilmen kann. Wen

wundert es da, daß die Sony Betamovie die meistverkaufte Farb-Video-Recorder-Kamera der Welt ist? Um so mehr sollten Sie darauf achten, beim Kauf dieses Video-Leckerbissens an die richtige Adresse zu geraten. Und da empfehlen sich ausschließlich Ihr Sony Fachhändler und die Fachabteilungen der Warenhäuser. Denn sie allein sind in der Lage, Ihnen neben fachlich

fundierter Beratung eine Sony Betamovie mit maximaler Betriebssicherheit und der Sony Garantie-Leistung zu bieten. Jetzt und überhaupt.

# SONY











Freitag, 24. November 1984 - Nr. 275 - DIE WELT

## Warenpreise - Termine

Bruchteil schwächer geschlossen am Mittwoch die Goldkettungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigten konnte sich dagegen Silber. Etwas fester ging Kupfer aus dem Markt. Durchweg schwächer geschlossen Kaffee und Kakao.

## Getreide und Getreideprodukte

Waren	21. 11.	20. 11.
Weizen (Trommel)	189,50	189,50
Gerste (Trommel)	189,50	189,50
Hafer (Trommel)	189,50	189,50
Malz (Trommel)	189,50	189,50
... (and other grains)	...	...

## Geflügel

Waren	21. 11.	20. 11.
... (and other poultry)	...	...

## Die Fette, Tierprodukte

Waren	21. 11.	20. 11.
... (and other animal products)	...	...

## Wolle, Fasern, Kautschuk

Waren	21. 11.	20. 11.
... (and other fibers/rubber)	...	...

## Kautschuk

Waren	21. 11.	20. 11.
... (and other rubber)	...	...

## Zinn-Preis Penang

Waren	21. 11.	20. 11.
... (and other tin)	...	...

## New Yorker Preise

Waren	21. 11.	20. 11.
... (and other NY prices)	...	...

**Investoren aus New York - London - Tokio - Zürich und weiteren wichtigen Finanzzentren bezahlen jährlich rund DM 295,-, um diesen umfassenden internationalen Börsenbrief zu erhalten.**

**Hier erfahren Sie, wie Sie als Leser der Welt in den Genuss eines kostenlosen und unverbindlichen Abonnements des Börsenbriefes gelangen.**

## Sehr geehrter Leser,

Zweifelslos darf man sagen, dass sowohl früher wie auch heute die meisten der wohlhabendsten Menschen durch risikofreudige Persönlichkeiten verdient wurden, sei dies im Ölgeschäft oder im Immobilienmarkt, oder vor allem auch im Wertpapiergeschäft. Hier finden wir die größten Gewinner nicht unter den Leuten, welche dieselben Wertpapiere kaufen, die von Banken und Versicherungsgesellschaften gekauft werden. Im Gegenteil, die größten Gewinne werden durch jene Anleger realisiert, welche früh das schnelle Wachstum von jungen, unbekannten Unternehmen, ja sogar von vollkommen neuen Industrien erkennen und dann investieren.

Diese Anleger werden dann kontinuierlich ihre Beteiligung zu immer höheren Preisen verkaufen, wenn jene Anleger, die anfänglich das Risiko scheuten, bereit sind, in die inzwischen erfolgreichen und bekannt gewordenen Firmen und Industrien zu investieren.

Welches ist nun aber das Geheimnis, das den erfolgreichen Anleger im richtigen Augenblick zu packen lässt und es ihm ermöglicht, fortan der Verwirklichung seines Kapitals zuzusehen. Welches ist das Geheimnis, das ihn von jenen Anlegern unterscheidet, die in alltägliche, weitverbreitete Wertpapiere investieren und damit teilweise weniger Rendite als gewöhnliche Bankzinsen erwirtschaften.

Der Unterschied liegt im Geheimnis des SPECIAL SITUATION INVESTMENT.

Bekannte Anleger aus früheren Zeiten wie Friedrich Flick oder Baron Rothschild I. haben dieses Geheimnis gekannt und dementsprechend gehandelt.

Wie können Sie heute als individueller Anleger rechtzeitig diese SPECIAL SITUATION in Deutschland und im Ausland erkennen?

Chartwell Securities GmbH empfiehlt ihrem Kundenkreis, das Geheimnis eines SPECIAL SITUATION INVESTMENT zu entdecken, welches durch die großen Finanzmärkte und die Mehrheit anderer Anlegerspezialisten noch nicht entdeckt worden sind.

In jeder Ausgabe werden eine oder mehrere SPECIAL SITUATIONS detailliert vorgestellt, die durch die großen Finanzmärkte und die Mehrheit anderer Anlegerspezialisten noch nicht entdeckt worden sind.

**CHARTWELL SECURITIES GmbH**  
Gesellschaft für Wertpapiervermittlung  
Uerdinger Straße 5, 4000 Düsseldorf 30  
Tel. (0211) 43 48 49, Telex 8 588 124 csw d

**Coupon:**  
Senden Sie mir bitte ab sofort den TRAFALGAR CAPITAL REPORT - beginnend mit der wichtigen Ausgabe vom November 1984 - kostenlos und unverbindlich:

Name: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
Telefon Privat: \_\_\_\_\_ Büro: \_\_\_\_\_

Einzuversenden an: CHARTWELL SECURITIES GmbH, Uerdinger Straße 5, 4000 Düsseldorf 30

Wer die Gelegenheit in diesen SPECIAL SITUATIONS wahrnimmt, investiert zu Preisen von heute. Wenn morgen diese SPECIAL SITUATIONS von der restlichen Finanzwelt entdeckt werden, werden die Leser dieses Börsenbriefes bereits in der Lage sein, ihre ersten Gewinne zu realisieren und vielleicht einen Teil ihrer Gewinne in einer neuen SPECIAL SITUATION anzulegen.

**Wie erhalten Sie dieses kostenlose, unverbindliche Abonnement?**  
Der Name dieses Börsenbriefes ist:

**TRAFALGAR CAPITAL REPORT.**

In der soeben erschienenen November-Ausgabe wird ein englisches Unternehmen beschrieben, dessen Aktien sehr aktiv gehandelt werden.

Es handelt sich dabei um ein Unternehmen, welches weltweit einen ausgezeichneten Ruf in der Sportwagen-Branche genießt. Die ersten Fahrzeuge wurden bereits im Jahre 1903 gebaut. Im Zusammenhang mit der Lancierung eines neuen Modells im vergangenen Jahr konnte das Unternehmen umfassende Lieferverträge abschließen, welche auf ein außerordentliches Wachstum in allerhöchster Zeit hindeuten.

Chartwell Securities GmbH ist der Meinung, daß solche Informationen für den SPECIAL SITUATION-Investor nicht mehr wegzudenken sind.

Deshalb stellen wir durch ein Spezialabkommen eine beschränkte Anzahl von kostenlosen und unverbindlichen Abonnements den Lesern von der WELT und WELT am SONNTAG zur Verfügung.

Wenn Sie ein Mitglied in diesem Kreis gutinformierter Investoren sein möchten und deshalb ein kostenloses und unverbindliches Abonnement wünschen, beginnend mit dieser wichtigen November-Ausgabe, sollten Sie unbedingt sofort mit uns in Verbindung treten.

Füllen Sie dazu den nachstehenden Subscriptionsschein aus oder nehmen Sie mit uns telefonisch oder per Telex Kontakt auf.

Subscriptionsschein

Name: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
Telex: \_\_\_\_\_

## TEXTILIEN

Suchen großen Preisen preiswerter Jeans, Blusen, Kleider, Unterwäsche und andere Konfektionskleidung für Gebiete ohne Quotenbeschränkung, sofortige Lieferung. Bitte Antwort in Englisch per Telex an: TLX 33 777 megata, Schweden.

**Jungfer Konstrukteur**  
**sucht Unternehmen**  
(Maschinenbau) mit freien Produktionskapazitäten für verkaufsförderndes Produkt.  
Tel. 02 71 / 38 18 46

**HANDELSVERTRETER!**  
Interessante Handelsvertretung für Verkaufsartikel im B2B- und B2C-Bereich zu vergeben. Antr. unt. 5.11.85 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Konstruieren Sie Ihre Zukunft!**  
Es geht um Anlagen und Spezialmaschinenbau. Der neue „Abteilungsleiter Konstruktion Anlagenbau“ soll 40 Mitarbeiter führen. Und bei der Konstruktion neuer Anlagenaggregate aktiv, überwachend und koordinierend mitwirken. Bei 90 Prozent Exportanteil sind englische Sprachkenntnisse unerlässlich. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 24. November, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

**Sicherheit auf allen Wegen**  
Dazu: Günther Wöllner, Grafiker, Frankfurt

„Meine Meinung ist: Zeit ist nicht nur Geld, sondern bedeutet im Berufsverkehr vor allem Sicherheit. Das gilt ebenso für Fußgänger. Denn wer Zeit hat, kann es sich leisten, die Straße auch dann am sicheren Überweg zu überqueren, wenn's ein kleiner Umweg ist.“

**BG** **Hallo Partner, danke schön!**  
Ihre Berufsgenossenschaft und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat

## DIE VORTEILE VON GOLD LIEGEN AUF DER HAND



Gold, seit Jahrtausenden begehrt, ist eine Raffäre. Es besticht durch Reinheit und Beständigkeit. Schon immer war es wichtiges Element einer langfristigen Vermögensbildung und von Bedeutung bei der Vermögensverteilung.



Der Zugang zu diesem kostbaren Edelmetall wird Ihnen mit kleinen Größen erleichtert, den DG BANK-Goldbarren. Diese Kapitalanlage ist besonders handlich. Der kleinste Goldbarren der Welt wiegt 1 g. Ihn und die weiteren Größen - 10 g, 20 g oder das klassische Goldmaß von einer

Unze (31,1g) - bekommen Sie mit Echtheits-Zertifikat. So wird die Reinheit jedes Barrens dokumentiert.

DG BANK-Goldbarren lassen sich auch als Schmuck tragen, beispielsweise der neue 1/10 Unzen-Barren. Fragen Sie die Experten Ihrer nächsten Volksbank oder Raiffeisenbank nach unserem individuellen Goldbarren-Angebot.

DG BANK, Postfach 2628, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 2680-2387, Telex 412 291. Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

**DG BANK**  
Deutsche Girobank  
DIE GESCHÄFTSBANK MIT DER BREITEN BASIS

## Die datenverarbeitende Industrie ist sehr groß

Der Markt für Computer, Disketten usw. ist außerordentlich umfangreich. Die Aufbewahrung von Computer-Media-Daten jedoch wird außerordentlich vernachlässigt. Die Unternehmen (Computerbesitzer) wissen entweder nichts über die richtige Aufbewahrung oder können sich einfach nicht dazu entschließen. Die Konsequenz ist, dass wertvolle Computerdaten durch Feuer oder Sabotage zerstört oder gestohlen werden. Wir sind dabei, ein Wiederverfahren für Data Media Safes in Europa aufzubauen. Aus diesem Grunde suchen wir Unternehmen, die sowohl die Möglichkeit als auch die Kapazitäten haben, unsere Safes in Deutschland zu verkaufen. Diplomata Data Media Safes sind hochwertige, klassische Safes, in verschiedenen Größen lieferbar und günstig im Preis. Diese Safes sind feuerfest. Bitte schreiben Sie uns auf englisch:

**DIPLOMAT SAFE AB, KARIBINGATAN 17**  
S-252 55, Helsingborg, Schweden, Telex 72 484

**EIN TRAUM WIRD WIRKLICHKEIT**  
**DAS SICHERE GESCHÄFT DER ZUKUNFT**  
**DIE NEUE IMBISS-REVOLUTION**  
**BAKED POTATOES**  
Geschmack der sich vergolden lässt. Übernehmen Sie einen **PICKWICK-VERKAUFS-SHOP** im viktorianischen Nostalgie-Look. Die komplette mobile Imbissstation, an einem Standplatz in Ihrem Wohnbereich oder überall, wo Menschen zusammenkommen. Sie erzielen Umsätze - GW-Spanne ca. 500% -, von denen viele träumen.

**DAS NEUE GESCHMACKSERLEBNIS**  
holt alte Kunden zurück ++ erschließt neue Zielgruppen ++ sichert einen Wettbewerbsvorsprung vor den großen Imbissketten. ++ Ideal für Kunden, die eine echte Alternative zum gängigen Imbiss-Angebot ++ Lassen Sie sich das goldene Geschäft nicht durch die Finger fließen. Vereinbaren Sie einen Gesprächstermin für die FAST-FOOD-Revolution dieses Jahres. FAST-FOOD, die expandierende Branche der deutschen Industrie. Zuschriften erbeten unter C 11 303 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Bitte schicken Sie**  
**Aufträge und Druckunterlagen für Ihre Anzeigen**  
**in der Kombination REISE-WELT/**  
**MODERNES REISEN ab 2. Januar 1985 stets direkt**  
**an diese Anschrift:**



## DIE WELT WELT AM SONNTAG

Anzeigen-Expedition  
Postfach 1008 64  
4300 Essen 1  
Telefon: (02054) 101-518, -524, -1  
Telex: 8 579 104  
Telekopie: (02054) 827 28, -29



Santos de Cartier. Gold mit Stahl kombiniert, ab 2.850,- DM

**Rinckenbeck**  
Filialen in Duisburg und Hagen - Dortmund, Westfalen 45

**weltweite Sicht**  
**weltoffene Haltung**  
**DIE WELT**  
LERNENDE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Eberhard Fechners Majdanek-Film „Der Prozeß“

## Der Rauch schweigt

Um es gleich vornweg festzuhalten: Der TV-Film von Eberhard Fechner betreibt nicht Vergangenheitsbewältigung, sondern handelt von der Gegenwart. Daher heißt er „Der Prozeß“ und nicht „Das Lager“. Der Prozeß begann im November 1975 in Düsseldorf, angeklagt waren 15 ehemalige männliche und weibliche KZ-Wächter aus dem Vernichtungslager Majdanek bei Lublin in Polen. Sie waren angeklagt, an dem Mord mitgewirkt zu haben, dem Hunderttausende der Lagerinsassen, zum größten Teil Juden, zum Opfer gefallen waren.

Der Prozeß dauerte fünfeneinhalb Jahre. Der Autor und Regisseur Eberhard Fechner arbeitete an dem Film acht Jahre. Er befragte Zeugen und Angeklagte, Richter und Ermittler, Opfer und Täter. Das heißt, um aus dem Wust der Zahlen etwas Anschauliches herauszugreifen: Es waren 28 000 Seiten Protokolle durchzuarbeiten, 50- bis 60 000 Fotos mussten durchgesehen werden (davon wurden rund 700 im Film verwendet). Anders ausgedrückt: Die Endfertigung des Films dauerte gut drei Jahre. Und um bei Ziffern zu bleiben: Die Zahl der gemordeten Männer, Frauen und Kinder kann nur geschätzt werden. 250 000 waren es mindestens. Der Rauch schweigt.

Eberhard Fechner, der beharrliche Chronist unserer Zeit, wußte, der Prozeß gegen die Majdanek-Außerer war die letzte Chance, das große Schweigen zum Sprechen zu bringen, die letzten Überlebenden berichten oder – vielleicht – bekennen zu lassen. Fechner wollte mit diesem Werk seine große Chronik abschließen, die nicht nur das Vergangene festhält, sondern auch die Reflexion der heutigen Mitmenschen.

Es war, so Fechner, „der schwerste Film meines Lebens“, für den er in Polen und Israel Zeugen, Prozeßbeobachter und Anwälte interviewte. „Schließlich hatten wir 120 000 Meter Interview auf Band. Die Abschriften ergaben 8000 Seiten.“

Wer den Film sieht (ich habe ihn zweimal betrachtet), wird stark von der geradezu epischen Gewalt der Gespräche fortgerissen. Seine Erschütterung ist jedoch nicht durch emotionale Fallen herbeigeführt, sondern von der kühlen Berichterstattung, die in Schnitt und Gegenschnitt alle Blickwinkel berücksichtigt. Mehr und mehr wird dem Zuschauer, dem Mitleider, eines klar: Wenn es eines

Beweises bedürfte, daß wir die schuldbeladene Vergangenheit nicht einfach abgeschüttelt haben, so ist es der Düsseldorf-Prozeß, so ist es auch „Der Prozeß“ des Eberhard Fechner. Mehr noch: Die seinerzeit so beliebte These von der Kollektivschuld ist nach diesem Prozeß, den Deutsche sich nicht von den Alliierten „abnehmen“ ließen, zumindest erschüttert.

Das Entsetzliche jedoch, man muß es sagen ohne Überheblichkeit und ohne Pharisäertum, ist das Bild der Angeklagten: spießige, klein karierte Figuren, wo man dämonische Massenmörder erwartet hatte. Wie bei dem Schlagwort Kollektivschuld ist auch hier das Schlagwort von den wahngetriebenen Fanatikern widerlegt. Dieselbe Frau, die brutal Kinder zum Krematorium getrieben hatte, erzählt mit einem unschuldigen Augenaufschlag, wie lieb die Kinder ihrer Freunde sie begrüßten, wenn sie in ihrer kargen Freizeit sie besuchte. Das Phänomen liegt darin, daß sie auch heute noch die grausigen Lagerbilder wegwischt wie ein lästiges Fernsehbild. Als Fechner sie vor der Verurteilung in ihrer Wohnung interviewte, schickte sie die Kinder fort. Fechner: „Aber die Kinder werden es doch auf dem Bildschirm sehen!“ – „Ja, das ist ganz etwas anderes, das ist ja nur Fernsehen!“

Das Bild, das am meisten erschüttert, ist ein Blick in die Zelle der verurteilten Wächterinnen: geballte Gemütlichkeit, Deckchen und Häkelstücken, und inmitten die strickende selbstzufriedene Matrone, ein Bild des Friedens, ein Titelbild für „daheim“. Der Rauch schweigt.

Der Film ist ein volkspolitisches Dokument. Dennoch ist er von dem Sender, der ihn initiiert hatte, ins Dritte Programm abgeschoben worden. Die Erklärungen des NDR und der ARD sind von einer geradezu peinlichen Unbeholfenheit: da ist von „Bevormundung des Zuschauers“ die Rede und von der „künstlerischen Strenge“ des Werkes. Daß das Erste Programm immer noch als das Hauptprogramm gilt, will keiner wissen. Im Hintergrunde, so darf man vermuten, flattert die Angst vor einer schmalen Publikumsreaktion, als wäre die Courage nicht die einzige Rechtfertigung für die Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Wie auch immer: Kein Mänerstolz vor Einschaltziffern. VALENTIN POLCUC

## KRITIK

## Ein wüstes Intrigenstück

Falsch gedutete Briefe, erbrochene Schatullen, fingierte Post nach Flandern, schließlich eine allwissende und alles kontrollierende Inquisition: die Fernseh-Inszenierung des Don Carlos von Franz Peter Wirth (ARD) kann und will auch gar nicht vergessen machen, daß Friedrich Schillers „dramatisches Gedicht“ im Grunde ein wüstes Intrigenstück ist, vor allem darauf versessen, theatrale Striese selig dachten nicht anders, der brachte auch alles „im Ruch auf die Bühne“.

Gewiß, Striese hatte keine humanitäre Botschaft zu verkünden. Aber darum ging es der Fernseh-Aufführung ja auch nicht. Der Regisseur, an dessen Bildschirm-Adaption des „Wallenstein“ man sehnüchlich zurückdenkt, war mehr daran interessiert, das Stück – das ganze Stück, mit allen Verstellungen – zu geben und die enormen optischen Möglichkeiten des Mediums Fernsehen dafür zu nutzen, ohne doch die Bühne des Theaters aus dem Blick zu verlieren. So entstanden faszinierende Bilder und immer neu in Bann schlagende Szenen.

Aber alles, wie Wirth es wollte, ist zu viel, und dieses Zuviel ist zu wenig. Schillers Dichtung wird undeutlich dabei. Geht es um Freiheit und Menschenwürde? Um theologisch verbräunte Tyrannen? Zeigt das Stück eine Liebesgeschichte? Oder deren zwei? Auf alles das antwortet die Ausführung leider nicht.

Dieser Mangel an gedanklicher Klärung hat sich indes nicht daran geändert, etliche eindrucksvolle Schauspielereinstellungen zu ermöglichen. Weniger von Marita Marschall als Königin, auch nicht von Jacques Breuer als Carlos, der der versetzten, aber pathetischen Inszenierung mehrfach aus dem Ruder lief. Selbst Bernhard Minetti als Großinquisitor blieb merkwürdig profillos.

Aber Renan Demirkan (Eboli) überzeugte, Ingrid Resch (Olivera) und Robert Atzorn (Posa) beeindruckten, so negative Gestalten wie Alba und Domingo waren bei Rolf Becker und Walter Renneisen in den besten Händen. Überraschend indes Rolf Boysen, der alle subtilen Valeurs der Philipp-Figur gleich intensiv nachzeichnete.

KATHRIN BERGMANN

## STUDIO

Das Leid der schlechten Übersetzung ist allen Beteiligten geläufig: Dem Teilnehmer an Fachtagungen, der konkrete Verbesserungen vermisst, der enttäuschte Leser, der ein im Original vielversprechendes Manuskript nicht wiedererkennt, der unverständliche Autor und schließlich der hastig und zu Billigtarifen werkende Übersetzer. Ihm wird oft noch die preiswertere Fassung der sogenannten Rohübersetzung zugemutet mit allen Möglichkeiten für den anschließenden „Feinübersetzer“, die Schwachstellen des hudelnden Kollegen bloßzustellen. Das Nachsehen haben alle.

Die Hörspieltradition der WDR hat sich mit der polyglotten Autorin und Dramaturgin Angela Sussdorf entschlossen, hier eine Wende einzuläuten: man will seine Autoren ernst nehmen. Im Rahmen des Übersetzerverbandes des VS un-

ter Federführung des WDR versammelten sie sich kürzlich zu einem ersten Symposium nach Straelen am Niederrhein. Ein rundes Dutzend afrikanischer Autoren, Übersetzer und freie Programm-Macher für Funk und Fernsehen trafen sich zum Erfahrungsaustausch. Anhand von Hörspielanalysen wurde deutlich, wie heikel, aber auch wie reizvoll es sein kann, den Brückenschlag zwischen afrikanischer Gegenwart und eingefahrener Tradition zu wagen. Alle vorgelegten Hörspiele wurden sanderf gemacht und werden auf verschiedenen Sendeplätzen ausgestrahlt.

Im März ist eine zweite Arbeitsrunde angesagt, die sich mit frankophonen Autoren und Übertragungsproblemen beschäftigt. Das Unternehmen hat nicht zuletzt auch eine medienpolitische Implikation. Man will die internationale Kooperation der Hörspielprogramme in der European Broadcasting Union verstärken, um sie auch im Zeitalter der Satellitenvielfalt wetterfest zu machen. IZ.

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute  
10.03 Scheibenschwerer  
Mit Dieter Hildebrandt  
10.50 Kampf um Rom (2)

12.10 Kennzeichen D  
Mit Dirk Sager  
12.55 Presseschau  
13.00 heute

14.55 Sherlock Holmes  
Gespensier im Schloß

16.00 Tagesschau

16.10 Die Neuentdeckung  
Wie Schlagerstars gemacht werden

16.20 Was heißt hier noch Haus?

Seit vierzehn Jahren lebt das griechische Mädchen Irina mit ihren Eltern in Deutschland. Da vererbt ihnen ein verstorbenen Onkel ein Café, und die drei beschließen, in ihre Heimat zurückzukehren. Doch als die Familie in dem kleinen Dorf ankommt, findet sich Irina nicht mehr zurecht...

17.50 Tagesschau

Darw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Die Faserprobe

Amerikanischer Spielfilm (1973)  
Mit Arthur Hill, Diana Muldaur u. a.  
Regie: Lee H. Katzin

Der Industrielle Richard Damian bleibt nach einem Unfall mit einem gebrochenen Bein allein in der Wüste zurück. Seine Frau Kay und der Führer Folsom sollen ihm einen Hubschrauber schicken; statt dessen überlassen sie ihm seinem Schicksal, weil Kay von ihm loskommen will.

21.45 Plusminus

Das ARD-Wirtschaftsmagazin

22.50 Tagesschau

Mit Bericht aus Bonn

23.00 Die Sportschau

U. a. Internationales Hallen-Reitturnier in der Deutschlandhalle Berlin

23.25 Moment mal

Die ARD-Redaktion heute aus Bremen

Anschl. Tagesschau

14.40 Faust

Deutscher Stummfilm (1926)  
Mit Emil Jennings u. a.  
Regie: F. W. Murnau

Anschl. heute-Schlagzeilen

16.50 Freizeit

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Ilustrierte

17.45 Väter der Klamotte

Immer wieder neue Autos  
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Musik macht Spaß

19.00 heute

19.30 Auslandsjournal

Italien: Volkspartei Steuerhinterziehung / Italien: Rückzug aus dem Libanon / Schweden: Männer fordern Gleichberechtigung / USA: Die Pokergeld

Moderation: Horst Kaibus

20.15 Derrück

Der Klassenbeste

21.15 Tele-Zoo

Moschusochsen – Überlebenskünstler im hohen Norden / Sattelraben – begabte Toucher im antarktischen Meer

Moderation: Alfred Schmitt

21.45 heute-Journal

22.05 Aspekte

Kino-Notiz: „Camen“ / Geschwister-Scholl-Preis für Anja Rossmus-Weninger / Die Bochumer Uraufführung von Lars Norén „Dämonen“ / Aspekte-Literaturpreis-Kandidat Wolfgang Schlüter

Moderation: Manuela Reichardt

22.45 Die Polizistin

Französischer Spielfilm (1979)  
Mit Miou Miou, Jean-Marc Thioubaut

Regie: Yves Boisset

Die Polizistin Corinne Levasseur wird in ein kleines Dorf versetzt, wo sie einen Mord an einem Kind aufklären soll.

8.25 heute



Miou Miou in der Rolle der Polizistin, die ihre Vorstellung von Recht und Wahrheit durchsetzen will (Die Polizistin - ZDF, 22.45 Uhr) FOTO: RÖHNERT

## III.

## WEST

19.00 Aktuelle Stunde  
Mit „Blickpunkt Düsseldorf“  
20.00 Tagesschau  
20.15 ARD 2000  
Natur- und Umweltmagazin  
21.00 Wissenschaftsschau  
Medizin, Herbst des Lebens  
21.45 Es sucht sie und sie sucht ihn  
Portnermittler und Partnersuche  
22.15 Claire (4)  
23.05 Rockpoint  
0.05 Letzte Nachrichten

## NORD

18.30 News of the Week  
18.45 Avant! (9)  
19.15 Wenn Organe zweimal leben  
20.00 Tagesschau  
20.15 Der Prozeß  
Über das sogenannte „Majdanek-Verfahren“ gegen Angehörige des Konzentrationslagers Lublin/Majdanek  
(2) Beweisaufnahme von Eberhard Fechner  
21.45 NDR-Talkshow  
23.05 Nachrichten

## HESSEN

18.00 Tote Nacht  
18.45 Die internationale TV-Kochbuch-Umfrage (4)  
19.00 Der Prozeß  
1. Anklage  
20.50 News of the Week  
20.55 Nachrichtenreport  
21.50 Drei aktuell  
21.45 NDR-Talkshow

## SÜDWEST

18.00 Die schwestern Abenteurer des Herrens von Veen (1)  
18.30 Telekino II  
Nur für Baden-Württemberg  
19.00 Abendschau  
Nur für Rheinland-Pfalz  
19.00 Abendschau  
Nur für das Saarland  
19.00 Soar 3 regional  
Gemeinschaftsprogramm  
19.25 Nachrichten  
19.50 Formel Eins  
20.15 90 Minuten Zeitspinner  
Unterhaltung, Zeitgeschehen  
21.45 Unsere kleine Stadt  
Fernsehspiel von Thomas Wilder  
Mit Lise Lotte Pulver, Mathias Wieman u. a.  
Regie: Harald Brun  
23.00 25 Jahre Jahn, 25 Jahre mein Unterhaltung mit Brigitte Rau, Ruth Lohmann u. a.  
23.25 Nachrichten

## BAYERN

18.15 Bayern-Report  
18.45 Tagesschau  
19.00 Bergwelt – Bergbau  
19.45 Musik für das Auge  
20.15 Der Prozeß  
2. Beweisaufnahme  
21.45 Abendschau  
22.00 Mix für jung! (4)  
22.05 Irrtum vom Amt (5)  
23.00 Sport heute  
23.05 Z. E. N.  
23.10 Der Rosenkranz  
0.35 Schluss dem Weltmeister  
1.05 Rundschau

# Die Zeit

# Wer

# geht

Eine Woche Weltgeschehen – kritisch, christlich, kreativ

2/9/84/PROMAR HAMBURG

Wir halten Sie fest – so wie Sie ist.

Jeden Freitag neu

SOZIALISTISCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT

GRANDPRIX-WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT KULTUR  
HERAUSGEGEBEN VON HANNS LILJE

Einzelheft 2,00 DM

37. Jahrgang

Neue Medien  
Das Mobile der Macher  
Von Eberhard Mühsberg

Politik  
Wirtschaft  
Kultur  
Aktuelles  
Gott und die Welt  
Sport  
Reise  
Auto mit Verkehr

Das DEUTSCHE ALLGEMEINE SONNTAGSBLATT erhalten Sie jeden Freitag in sortierten Zeitungs- und Zeitschriftenfachhandel und an Auslieferungspunkten. Oder: Fordern Sie ein aktuelles Exemplar an.

Der liberale

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT  
Mittelweg 111 • 2000 Hamburg  
Tel. 0-40/74 70 41



## Ehe per Hammer

Alle blühenden und romantischen Liebespaare mit ernsthaften Absichten aufeinander zu sein und zu wissen, dass die Schmiege zu Gretchen Green zum Verkauf steht für beinahe 300 000 Mark, was das Gebäude wirklich nicht wert ist, wohl aber Aura und Amboss. Zur Zeit also ruht der Betrieb am Zerkleinerer.

Das heißt natürlich nicht, man könnte in G. G. nicht nach wie vor jeden Tag verheiratet werden, auch im zarten Alter von sechzehn Jahren, was ja heute eher ein unzartes Alter ist. Vorbehaltlich nämlich wird schon seit 1939 nicht mehr in der Schmiede, sondern bei Miss Bryden auf dem Amt - nach vierzehn Tagen Aufenthalt am Ort (irgendwie müssen die Schotten ja auch leben) und Prüfung der Papiere. In der Schmiede am Amboss darf seit 45 Jahren nur noch ein bißchen feierlich getönt werden.

Das mag enttäuschend sein für den, der es noch nicht wusste, doch

junge Leute mögen auch feierliches Getöse, und so gehen sie erst zu Miss Bryden aufs Amt und dann zu Mr. und Mrs. Houston in die Schmiede - aber wie gesagt, die steht nun zum Verkauf, und zwar wegen Familienstreitigkeiten mit Mitbestimmung: auch kein gutes Omen für ein Unternehmen dieser Art.

Früher wurde tatsächlich in der Schmiede am Amboss geheiratet, und zwar seit 1754. Damals erklärten die Engländer eine Heirat durch schlichte Absichtserklärung für ungültig, die Schotten aber behielten die Methode bei. Weil die Schmiede in G. G. der erste schottische Punkt an der Hauptstraße ist, kamen Geschäfte und Magie dort schon in Gang.

Doch nun, wie gesagt, wackelt das Unternehmen endgültig. Selbst wenn sich ein Käufer der Schmiede findet, finster entschlossen, mit Schmiedeschürze und Hammer werden die willigen auf ewig zu binden über dem historischen Amboss. Perfidweise steht der Amboss nicht mit zum Verkauf. Da macht das ganze Davonlaufen von zu Hause nun wirklich keinen Spaß mehr.

## Ost-Berlin: W. Wassiljew „Macbeth“-Ballett

## Hexen auf der Spitze

Wenn es nach dem Willen von Heinz Spoerli gegangen wäre, dann hätte Vladimir Wassiljew vor ein paar Tagen in Basel den „Falstaff“ getanzt. Doch mit dem blonden Ballett von Bolchoi-Ballett kann man nicht ins Gespräch. Stattdessen kann sich jetzt die Deutsche Staatsoper in Ost-Berlin glücklich schätzen, wo sich der Star aus Moskau auf andere Weise für Shakespeare starkmacht: Er choreographierte unter den Linden einen „Macbeth“. Schon einmal hat der Wassiljew das getan, 1980 am Bolchoi-Theater, zu einer Originalmusik von Kyrill Molitschow.

Die Hexen, drei an der Zahl, führen zwar bei jeder Gelegenheit, die sich ihnen bietet und es bietet sich ihnen manche Gelegenheit, den Spitzenstuhls im Feld, ohne deswegen schon ihre Männlichkeit verleugnen zu müssen. Kein Grund zur Groteske, eher ein Anlaß zur willkommenen Komik.

Allein der Effekt zählt. Von Psychologie, von choreographischer Dramaturgie hält Vladimir Wassiljew erstaunlich wenig. Zwar ist ein Programmheft immer wieder von Leben und Tod, von Gut und Böse, Liebe und Haß die Rede. Aber den großen Worten folgen auf der Bühne kaum einmal große Taten. Und wenn, dann kann man gewiß sein, daß sie im falschen Moment erfolgen. Lady Macbeth beispielsweise gibt ihrem Gatten einmal links und rechts eine um die Ohren - und schon ist sein Wille so in Mitleidenschaft gezogen, daß er tatsächlich wie ein Wahnsinniger mordet und am Schluß seinem Leben selbst ein Ende setzt. Daß er es wie Mönchhausen tut und gleichsam mit eigener Hand die Schlinge zuzieht, die ihm die Hexen um den Hals gelegt haben, ist für die Aufführung irgend- wie bezeichnend.

Auch als Choreograph ist Wassiljew nach wie vor ein Tänzer. Er kann nicht aus seiner Haut. Man spürt das in der Art und Weise, wie er mit seinen Interpreten umgeht. Ganz gleich, ob es sich dabei um Oliver Matz handelt, den Goldmedaillengewinner von Helsinki, der hier mit unverhohlener Kraft den Macbeth verkörpert, um Bernd Dreyer als dessen Gegenspieler Banquo oder um Monika Lubitz, die als Lady mehr als nur gute Figur macht: Sie alle dürfen in diesem „Macbeth“-Ballett endlich einmal wieder zeigen, was sie können, und das ist gewiß eine Menge. Daß sie auch Menschen hätten gestalten können, ganz aus dem Geiste Shakespeares, spürt man. Aber leider ist Vladimir Wassiljew nicht Heinz Spoerli. Vielleicht war es doch kein Zufall, daß er nicht dessen „Falstaff“ getanzt hat.

HARTMUT REGITZ

## Maler aus der „DDR“

## Enteignet als „geschütztes Kulturgut“

Es gibt Sammler, Museen und Kunstvereine, die möchten uns weismachen, nur die offizielle Malerei in der „DDR“ sei künstlerisch von Belang. Zwei kleine Ausstellungen in Bonn widerlegen das überzeugend. Im Haus Köllen Druck zeigten Gina und Eberhard Hückstedt jetzt zum erstenmal nach ihrer Ausreise aus der „DDR“ ihre Gouachen und Aquarelle und im Erich-Ollenhauer-Haus sind Zeichnungen und Graphiken von Christina Mucha, Thomas Franke und Werner Petzold zu sehen.



„Orpheus ruht sich aus“ von Thomas Franke, aus der Ausstellung in Bonn

Es ist einer sehr interessanten Übersicht. Werner Petzold scheint noch stark von Bernhard Heisig beeinflusst zu sein. In der Themenwahl wie in der Darstellungsform. Thomas Franke zeichnet kleinteilige surreale Blätter, die neue Symbole zu stiften versuchen. Christina Mucha läßt mit Bleistift eindrucksvoll seltsame leere Landschaften und Gesichter entstehen. Gina Hückstedt malt kräftige abstrakte Formen, während ihr Mann weiche, fast romantische Landschaften aquarelliert.

Daß diese Kunstwerke auch in den Augen der „DDR“-Behörden als von beachtlicher Qualität gelten, wurde den Hückstedts offiziell bescheinigt. Als das Malerepaar nämlich am 13. Januar 1984 die Ausreisegenehmigung erhielt, wurde ihnen von der Kulturschutzkommission des Ministeriums für Kultur mitgeteilt, daß 155 ihrer Werke zur Ausfuhr nicht freigegeben würden, da sie „geschütztes Kulturgut der DDR von na-

## Wien: Die Juden in der Welt der k. u. k. Monarchie

## Die große Arbeit des Leon Zelmann

Die in vieler Hinsicht wohl einmalige Synthese von jüdischem und deutschem Geist im alten Osteuropa, die in den neunzig Jahren zwischen Märzrevolution und Hitleinmarsch in Wien ihren Brennpunkt fand, ist ausgelöscht. Aber in den vergangenen Tagen ist zumindest ein Abglanz dieser Ära wieder auf die österreichische Hauptstadt gefallen. Eine Ausstellung mit Fotos der jüdischen Welt in der k. u. k. Zeit und in der ersten Republik, eine Filmwoche mit alten und modernen Filmen jüdischer Thematik, ein wissenschaftliches Symposium sowie ein breites gesellschaftliches Rahmenprogramm veranschaulichten noch einmal die zahllosen Facetten dieser „versunkenen Welt“.

Veranstalter waren die Republik Österreich, die Stadt Wien und der Jüdische Weltkongress. Der Motor des Ganzen war freilich ein einzelner: Leon Zelmann, Leiter des „Jewish Welcome Service“ in der österreichischen Metropole, dessen fortwährendes Drängen, dessen Organisationstalent und Geschick beim Geldbeschaffen die diversen Veranstaltungen erst ermöglichen.

Der Motor für die rastlose Energie Zelmanns ist sein Schuldgefühl. „Warum wurden alle diese wertvollen Menschen um mich herum vernichtet und ausgerichtet?“, fragt er. Um dieses „unvermeidliche Überlebens“ zu rechtfertigen, ist der heute 58jährige intensiv bemüht, die Erinnerung an die Welt der ostmitteleuropäischen Juden wachzuhalten und vor allem den kulturellen Verbindungen zwischen Juden und Deutschen im alten k. u. k. Reich nachzuspüren. „Aber dies muß mit Demut geschehen“, sagt Zelmann, „sonst sinkt es entweder zu einem marktschreierischen oder lediglich am Rand der beachtenswerten Aspekte in der Historie zurück“.

Was die Veranstalter auf die Beine gestellt haben, kann sich indes sehen lassen. Und das von Michael May vom Institute of Jewish Affairs in London organisierte Symposium „Die Welt von gestern“ erreichte höchstes Niveau. Die wissenschaftliche Elite der deutschen und europäischen Juden in Israel, wie Shlomo Avineri, Michael Grätz, Amos Elon, Robert Wistrich und Ezra Mendelsohn, diskutierte mit ihren europäischen und amerikanischen Freunden und Kollegen wie Kurt Schubert, Erika Weinzierl und Erwin Ringel aus Wien, Peter Pulzer aus Oxford, Lucjan Dobroszycki, Harry Zohn und Marsha Rozenblit aus New York über das Wiener und österreichische Judentum, seine Ideologien, seine Psyche und sein gesellschaftliches und politisches Wirken im Wechselspiel mit der deutschen Umwelt.

Naturngemäß kam auch die Frage des Antisemitismus zur Sprache. Wie einfließend die Judenfeindschaft, die in Österreich übrigens in ihrer virulenten Form sprichwörtlich auftrat als „Judenwahn“, für die Juden und ihre Umwelt damals war, darüber stritten sich die Geister. Immerhin, ohne den Antisemitismus im k. u. k. Reich hätte der Wiener Feuilletonist Theodor Herzl wohl kaum den Zionismus entwickelt, die ideelle Grundlage des heutigen jüdischen Staates. Aber im gleichen Zeitraum wurde Adolf Hitler in Wien, wie er später bekannte, zum „fanatischen Antisemiten“ und zum größten Zerstörer des jüdischen Volkes.

In den Vorträgen von Michael

Grätz und Robert Wistrich von der Universität Jerusalem wurde deutlich, daß das jüdische Streben nach Assimilation in der damaligen Zeit von zwei Quellen gespeist wurde: zunächst dem Bedürfnis, die auferlegten gesellschaftlichen und beruflichen Einschränkungen zu überwinden, des weiteren aber auch dem Bestreben, an der als überlegen angesehenen deutschen Kultur teilzuhaben. Erst als man vom zukünftigen Antisemitismus zunehmend abgestoßen wurde, begann man sich wieder auf die eigenen Werte zu besinnen. Dabei ging man bezeichnenderweise von Denkmustern aus, die man aus der deutschen Kultur übernommen hatte. So war es kein Wunder, daß Herzl als Problemlösung der Judenfrage den Nationalismus empfahl - in der Umgebung eines Vielvölkerstaates, in der mannigfaltige Nationalismen wie Pilze nach dem warmen Regen aus dem Boden schossen.

Während Herzl den Zionismus entwickelte, waren andere Juden, wie Viktor Adler, führend in der österreichischen Sozialdemokratie tätig, die den Zionismus als „kleinbürgerliche Bewegung“ abtät und durch ihre Polemiken, wie Peter Pulzer zeigte, unwillkürlich ein Gut Teil zur Stärkung des Antisemitismus beitrug.

Die Hauptströmung des Antisemitismus in Wien war um die Jahrhundertwende eindeutig christlich-sozial geprägt, während die verworrenen rassistischen Theorien eines Lanz von Liebenfels und eines Schönerers, von denen Hitler geprägt wurde, noch keine entscheidende Rolle spielten. Parallel zum immer stärker werdenden Nationalismus entfalten die Juden ihre geistigen Aktivitäten im Zentrum der k. u. k. Monarchie besonders in der Literatur, in den Wissenschaften, im Journalismus und in dem, was man heute „Kulturmanagement“ nennt. Dies bot ihren Feinden Gelegenheit, die „zunehmende Verjudung“ anzuprangern.

Aber Wien war nicht die ganze k. u. k. Monarchie. In den slavischen Teilen des Reiches, besonders in den polnischen Ländern, lebten die Juden in unvorstellbarer Armut. Dies wird vor allem in der Fotoausstellung im Künstlerhaus deutlich. Die Bilder, größtenteils aus der Sammlung des YIVO-Instituts in New York, zeigen, daß das heute vielfach romantisierte Schicksal im letzten Jahrhundert in weiten Teilen ein Ort des Elends war. Die Juden, eingezwängt zwischen Proletariat und aufkommendem Bureaucrat, waren meist zu „Luftkisten“ verurteilt, das heißt, man mußte jeden Tag aufs Neue, ohne reelle Grundlage, die materielle Basis für das Überleben sichern.

In dieser Atmosphäre suchte man sein Heil in zahlreichen Ideologien: im Marxismus, im Zionismus, im strenggläubigen Chassidismus oder im - nur allzu oft - kampfhaften Versuch der Assimilation, des bedenkenlosen Anpassens an eine vielfach äußerst feindselig gestimmte Umwelt. Aber auch diese Haltung bewahrte die Juden nicht vor dem Haß ihrer meist ebenso armen Mitbürger.

Es war nicht zuletzt dieser Haß, der die Juden immer wieder auf die Welt der Väter und ihre Werte verwies. Wenn jetzt in Wien ausführlich an die Welt erinnert wird, so ist das mehr als bloße Nostalgie, es ist ein Anknüpfen an Traditionen, die auch heute noch in vielfältiger Weise das Dasein der Juden bestimmen.

RAFAEL SELIGMANN



Kürzliche Expression der Dinge: „Sitzende Nackte“, von Henri Matisse 1906 gemalt. Aus der Londoner Ausstellung

London: Zeichnungen und Skulpturen von Matisse

## Immer lockt das Weib

Der farblose Matisse wird zur Zeit in der Londoner Hayward Gallery mit Zeichnungen und Skulpturen vorgestellt. „Der ewige Konflikt von Zeichnung und Farbe in derselben Person“ - so hat der formellerefrudige Franzose sein Meter empfunden. Kein Zweifel: Die Farbe war sein eigentliches Element, in dem er sich am persönlichsten ausdrückte.

Zeichnung und Skulptur waren Nebenprodukte seines langen Künstlerlebens. Doch unentbehrlich und aufschlußreich. Aus seiner Produktion von Tausenden von Blättern hat man 160 der besten seiner verschiedenen Phasen ausgewählt. Abgesehen von dem gelegentlichen Stilleben oder Interieurs kreisen sie um sein Hauptthema der weiblichen Figur. Er, der der Dekorative zur Kunst gelangt hat, ist von der Ornamentalität des weiblichen Körpers fasziniert. Er läßt ihn sich biegen, oder fixiert ihn beim entspannten Ruhen.

Die Chronologie setzt ein mit einer sehr braven Studie eines männlichen Aktes, den der 21jährige im Jahre 1891 an der Pariser Kunstakademie gezeichnet hat. Fünfzehn Jahre darauf, als Matisse zu seinem ersten speziellen Stil des Fauvismus gefunden hat. Die Galerie seiner wechselnden Modelle, die er mit breitem Pinsel als eckige kraftvolle Akte niederzeichnet, ist immer wieder mit den familiären Gesichtern seiner Frau, Madame Matisse, und seiner Tochter Marguerite gesprenkelt.

In den zwanziger Jahren besinnt sich Matisse - wie auch sein Freund Picasso - auf das klassisch beruhigende Prinzip in der Kunst. Es entstehen seine wohl berühmtesten Zeichnungsreihen: Das Mädchen mit dem - von ihm selbst entworfenen - Federhut. Seine Modelle mit den entstellenden Gewändern und Posen von Odaliskens, Nachwehen seiner Tager-Reisen. Und immer wieder Akte, deren dünne schwarze Linien als voluptuose Arabesken über die Bildfläche tanzen, während Matisse sich selbst mit Spitzbart und Brille als

eher strengen, weltfernen Professor konterfäit.

Im Alterswerk knüpft Matisse erneut an seinen jugendlichen Entbruch an: Er kehrt zur radikal vereinfachten Form zurück, zum expressiven Zeichnen eines Dinges. Er, der nach schwerer Operation die letzten Jahre als geschenkte Zeit empfand, betrachtet diese kürzliche Expression der Dinge als Fortschritt des Künstlers in der Kenntnis und dem Ausdruck der Welt. Wie Ausrufezeichen hängen am Schluß der Ausstellung seine von ihm in strahlendem Blau aus selbstgemaltem Papier ausgeschnittenen Collagen der „Blauen Akte“. In diesem speziell von ihm erfundenen Medium der „Papiers collés“ durchdringt der alte Matisse endlich seinen gordischen Knoten, den Konflikt zwischen Farbe und Zeichnung.

Um sein Thema der menschlichen Figur richtig in den Griff zu bekommen, modellierte Matisse auch immer wieder in Ton. An die fünfzig Figuren seines nur 69 Arbeiten umfassenden bildhauerischen Oeuvres - sie sind alle in London versammelt - entstand dabei bezeichnenderweise in den Jahren intensiven Suchens, zwischen 1900 und 1909. Immer wieder variiert er die klassischen Motive der Knienden, der sich in sensueller Eck-Kurve Biegenden, der sich Zurücklehenden. Hier kostet dieser Meister der Flächenornamentik sichtlich genußvoll ihre dreidimensionale Qualität aus. Auch sein monumentales Schlüsselwerk, in dem er nach dem klassischen „Zeichen“ fandete, ist in der Hayward Gallery zu sehen: Die Serie der vier Rückenakte von 1909 bis 1930, die er von realistisch bis zur konsequenten Formenraffung gestaltet.

Eine einleuchtende, aufschlußreiche Ausstellung, die es erlaubt, dem Magier der Farbe scharf auf die Finger zu schauen. (bis 6. Januar, Skulpturenkatalog 7 Pfund, Zeichnungskatalog 9 Pfund)

HEIDI BÜRKLIN

## JOURNAL

### Dauerfinanzierung für Krebszentren

dpa, Düsseldorf

Die Krebszentren in der Bundesrepublik brauchen möglichst bald eine gesicherte Dauerfinanzierung. Das betonte Professor Carl-Gottfried Schmidt, Vorsitzender der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren, jetzt beim Düsseldorf Medical Kongress. Ende 1985 laufe die staatliche Förderung aus, die sich in den letzten vier Jahren auf rund 74 Mill. Mark belief. Positiv beurteilte Schmidt die bisherige Entwicklung zur Spitzenversorgung bei einer Krankheit, die den zweiten Platz in der Sterbestatistik einnehme. Es sei ein flächendeckendes Netz aus 23 regionalen Zentren und 20 onkologischen Stationen an ausgewählten Krankenhäusern entstanden. Die Existenz und der weitere Ausbau dieses Systems dürften nicht gefährdet werden.

### Museumstheater im Spiegelbild

dpa, Köln

Eine Ausstellung „Theater - Spiegel der Welt“, die aus Beständen der Sammlung zur Theatergeschichte aus 250 Jahren auf Schloß Wahn besteht, wurde in der Kölner Kunsthalle eröffnet. Ungewöhnlich sind die Spiegelkabinette, in denen die Exponate vor dem Hintergrund historischer Bühnenräume Leben gewinnen. Auf Dokumentations-tafeln wurde verzeichnet, um die Phantasie der Besucher anzuregen. Während der gesamten Laufzeit der Ausstellung sind Aufführungen von Theatergruppen vorgesehen.

### Paul Eluards Briefe an Gala

AFP, Paris

Paul Eluards Briefe an Helena Diakonowa, besser bekannt unter dem Namen Gala, hat der französische Verlag Gallimard jetzt in Buchform vorgelegt. Die 270 „Lettres a Gala“ umfassen die Jahre 1928 bis 1948. Sie zeigen die häufig als geldgierig, despotisch und autoritär geschilderte Gala als großzügige, liebevolle Frau, die in Sorge um den materiellen Notlagen kämpfenden Mann lebte. Gala, die 1982 starb, hatte in zweiter Ehe Salvador Dali geheiratet.

### Foto-Retrospektive mit Helmut Newton

AFP, Paris

220 Photos von Helmut Newton sind bis zum 7. Januar in einer Retrospektive im Museum für Moderne Kunst in Paris zu sehen. Die Arbeiten - häufig Akte von kühler Erotik - stammen aus den letzten 15 Jahren. Die Auswahl umfaßt zahlreiche Porträts von Leinwandstars - Ava Gardner, Nastassja Kinski - und Damen der High Society wie die Fürstin von Polignac.

### Prix de Lausanne diesmal in New York

Reg. Lausanne

Der Wettbewerb um den „Prix de Lausanne“, mit dem angehende Tänzer und Tänzerinnen ausgezeichnet werden, findet diesmal in zwei Runden statt. Die Vorentscheidung fällt wie stets vom 18. bis zum 20. Januar in Lausanne. Das Halbfinale und Finale ist im Anschluß daran bis zum 27. Januar an der Brooklyn Academy of Music in New York geplant. Die Jury ist in Lausanne und New York dieselbe.

### Ausstellung über den „Hessischen Landboten“

vm, Marburg

Aus Anlaß des 150. Jahrestages des „Hessischen Landboten“ haben die Georg-Büchner-Gesellschaft und die Forschungsstelle „Georg-Büchner - Literatur und Geschichte des Vormärz“ am Institut für Neuere deutsche Literatur der Universität Marburg zum ersten Mal eine umfassende Wanderausstellung über Leben, Werk und Zeit Georg Büchners zusammengestellt, die am 23. November im historischen Rathaus in Marburg eröffnet wird. Anschließend wird die Ausstellung (vom 7. bis 21. Januar 1985) im Justus-Liebig-Haus in Darmstadt, in Gießen und anderen hessischen Städten gezeigt.

### Preise aus Kunst und Wissenschaft

DW, Bonn

Den mit 50 000 Mark dotierten Otto-Bayer-Preis des Chemiekonzerns Bayer erhält als erster Wissenschaftler der Mainzer Chemieprofessor und Direktor des Max-Planck-Instituts für Polymerforschung, Gerhard Wegner. Der vom Bundesinnenministerium gestiftete Lovis-Corinth-Preis wurde an Anton Lehmann verliehen. In Paris wurden die Medis-Preis an Bernard-Henri Levy und Elsa Morante verliehen, der Femina-Preis an Bertrand Visage. Die Göttinger Akademie der Wissenschaften verlieh ihre Preise an Rolf Bergmann (Philosophie), Herfried Streich (Geschichte), Michael Melkonian (Biologie), Dieter Cremer und Stephan Thomae (Chemie).

## Deutsche Erstaufführung in Bochum - Claus Peymann inszeniert Lars Noréns Ehedrama „Dämonen“

## Der Augenblick des glückverheißenden Mordes

Sie nagelt ihren Ehemann an die Wand. Eine Friedendustaubt färbt durchs Zimmer. Und der Ehemann, in die Rolle eines säkularisierten Heilands geschlüpft, werpelt der Frau lakonisch, sie und ihr Mann müßten ihre Probleme schon selbst lösen.

Der schwedische Dramatiker Lars Norén mutet dem Publikum in seinem Stück „Dämonen“, das jetzt in Bochum seine deutschsprachige Erstaufführung erlebt, schon einiges zu. Eine Ehe- und Lebenslüge, einen Zynismus, eine Absurdität des Daseins, bei denen man vermuten könnte, Edward Albee, Strindberg, Ionesco und Ingmar Bergman hätten eine gemeinsame Inkarnation erfahren.

Lars Norén, geboren 1944 in Stockholm, Schwedens „Dramatiker des Jahres 1983“, in Skandinavien oft gespielt, auch schon in England und Holland zu Bühnen-Ehren gekommen, hat dieses Thema schon in mehreren Stücken abgehandelt: Der Tod der Familie und der Tod in der Familie. Seine „Helden“ sind Vatermörder, Muttermörder, Alkoholiker, Krebskranke und immer wieder Menschen, die versuchen, durch Rollenwechsel eine neue Identität zu gewinnen.

In „Dämonen“ nun, dem ersten Teil einer Trilogie (deren beide folgenden Stücke wir in Bochum noch in dieser Spielzeit zu sehen bekommen), scheint er sich und seinem Publikum nun allerdings vollends den Teppich unter den Füßen jeder Lebensmoral wegzuziehen. Das Hand-

lungsmuster folgt bewährten Vorbildern: Edward Albees „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?“ oder Martin Walser „Zimmerschlacht“. Zwei Ehepaare werden aufeinander und untereinander losgelassen. Den Rest kann man sich - fast - denken.

Aber Norén geht noch ein paar Schritte weiter als seine geistigen Ahnen. Strindbergs „Vater“ hat raffinierte Waffen im Einsatz. Albees „Virginia Woolf“ arbeitet mit ausgeklügelten Strategien. Bergmans „Szenen einer Ehe“ sind stärker von der Sinnfrage verunkelt. Und Ionescos „Stühle“ verkehren die Kommunikationstotalität zwischen Mann und Frau weitaus drastischer in eine metaphysische Irritation. Aber brutaler, böser, zynischer und „sinloser“ ist bei weitem Norén.

Er läßt nun wirklich nichts mehr aus, was an Zerstörung menschlicher Wertvorstellungen und lebenserhaltender Tabus darzustellen wäre. Sexuelle Grenzüberschreitungen sind man ja schon gewöhnt. Aber daß man nun die Asche der verstorbenen Mutter über den Kopf seiner Frau ausschüttet, das sah man bislang noch nicht. Auch die erwähnte „Kreuzigung“ eines Ehemannes und die Punkte mit der Friedendustaubt dürften in der Bühnenliteratur wohl ihresgleichen suchen. Noréns Verzweiflung überschreitet nicht selten die Grenze zum Pathologischen. Da scheint einer um sich zu schlagen, der nicht mehr aus noch ein weiß. Und die Reiz-

schwellen sind mittlerweile sehr hoch.

Nun könnte man die „Dämonen“ als Impertinenz abtun. In Claus Peymanns Bochumer Inszenierung gelingt einem das freilich kaum. Peymann und seine großartigen vier Darsteller haben diese Hölle letztendlich doch noch gezähmt. Peymann läßt auch da noch so viel Schmerz und so viel traurige Komik mitspielen, wo der Text eine selbst nur annähernde Anteilnahme nicht mehr erlaubt. Er entwickelt einen Prozeß langsamer Selbstenttäuherung, in dem das fast leere „Schlafstübchen“-Zimmer (Bühnenbild: Bernd Damovsky) ebenso wie das Äußere der Personen am Ende eine unwirkliche Chaotik gewinnen.

Man hat das Gefühl, die Realität sei entschunden und habe einem bloßen Phantasieprodukt Platz gemacht. Ehemann Frank sagt zu seiner Frau Katarina, wenn es sie gäbe, bräuche sie sie um. Diese Menschen sind sich selbst abhandeln gekommen. Peymann hat solche Sätze wörtlich genommen. Das Chaos aus Scherben, Wäsche, Asche und durcheinander geratetem Mobiliar ist schließlich unbetretbar und unwirklich.

Und so „ent-leiben“ sich auch die Menschen. Gert Voss als Zyniker Frank: Er spielt sich in einen Rausch der Bodenlosigkeit hinein. Er steigert das von Szene zu Szene. Am Anfang ist er ein Mann, der nach neun Jahren desillusioniert, nichts mehr ernst nimmt, alles zu einem matten Witz-

chen verkommen läßt. Fast unmerklich verwandelt sich der gelassene, selbst über sich lachende Zynismus in eine reine Fiktion. Über moralische Selbstbestrafungen und körperliche Schmerzen - widerspruchlos läßt er sich schlagen und treten - tritt Voss am Ende neben sich. Er kann seiner Frau und sich den nun schon fast irrationalen Rat erteilen: Helft Euch gegenseitig selbst!

Auch Kirsten Dene als seine Frau Katarina entschwindet ins Mysterium. Sie, die erst noch hilflose Gegenwehr leistet, deren Schrei noch Anflüge von wirklichem Schmerz verraten, ist schließlich so erschöpft, daß sie Entsetzliches tun kann. Es geschieht, aber nicht ihm und nicht durch sie.

Das Nachbarpaar Jenna und Tomas kann so weit noch nicht gehen. Zu nah sind sie noch den Realitäten, getroffen von den gegenseitigen Verdächtigungen. Charlotte Schwab, die Nervensäge mit lauter angelegten Dossiers-Strategien, flieht in die Träume. Und Urs Heftl, der immer noch Gegenwehr leistet, geht einfach weg, vielleicht zu den Kindern, die seiner bedürfen.

Das formt sich in Bochum zu einer streckenweise beeindruckenden Inszenierung. Aber nach vier, gelegentlich doch quälenden Stunden fragt man sich nach dem Zugewinn an Erkenntnis. Ist Liebe wirklich so weit von uns? Müssten uns Morde das „Glück“ verheißend?

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



## „Um Leben zu retten, ist mir jedes Mittel recht“

In Italien steht der Initiator einer Drogenhilfe vor Gericht

MONIKA v. ZITZEWITZ, Rimini  
„Ein befreundeter Anwalt sagte mir folgendes: Meine Behauptung, dieser Prozeß sei eine Hexenjagd, die die Justiz in den Schlammbad ziehe, könnte mir eine Verleumdungsklage eintragen. Das hoffe ich von Herzen. Neben Vincenzo Muccioli auf der Anklagebank zu sitzen wäre für mich eine Ehre, die jedes Risiko wert ist.“ So beendet Italiens Starjournalist Indro Montanelli seinen Leitartikel im „Giornale“ zu einem Gerichtsverfahren, das weit über Italien hinaus für Aufsehen sorgt.

Vorige Woche begann in Rimini der Prozeß gegen den Gründer und Leiter von San Patrignano, Europas größtem Zentrum für die Rettung von Drogensüchtigen. Die Verhandlungen, in denen das Publikum die Angeklagten Vincenzo Muccioli und sieben seiner Mitarbeiter, die wie die 550 Schützlinge von San Patrignano Ex-Drogensüchtige sind, jedesmal mit Applaus begrüßt, werden noch mindestens zwei Monate dauern. Obwohl alle Zeitungen mit Ausnahme der linksorientierten Presse sich für den ehemaligen vermögenden Hotelbesitzer aus Rimini einsetzen, der vor fünf Jahren seine Habe verkaufte, um sie und sich selbst in den Dienst der Suchthilfe zu stellen, und obgleich die bekanntesten Anwälte Italiens seine Verteidigung übernehmen, droht Vincenzo Muccioli zum zweiten Mal eine Gefängnisstrafe wegen Freiheitsberaubung und Mithandlung.

Denn die Beschuldigungen der Hauptzeugin Rosa Cerini, einer Drogensüchtigen, die 1980 aus San Patrignano floh, entsprechen der Wahrheit. Die Carabinieri fanden nach Frau Cerinis Denunziation in dem Zentrum, das damals 60 knapp dem Drogenot entronnene junge Menschen beherbergte, fünf mit Ketten Gefesselte, die erklärten, sie seien von Muccioli geohrfeigt worden.

### Die Karabinieri bringen sie zum Hausarrest

Der Angeklagte gibt auch zwölf weitere ihm vorgeworfene „Mithandlungen“ zu und kommentiert: Ein Drogensüchtiger in Abstinenzkrise ist nur eines Gedankens fähig: „Stoff“ zu finden. Das heißt zu fliehen und mit den Drogen womöglich den Tod zu finden. „Mir ist jedes Mittel recht, ein Leben zu retten, seitdem ich begriffen habe, daß wir alle mitverantwortlich sind an diesem Elend“, sagt der Mann, dem Hunderte von Eltern die Rettung ihrer verlorenen Kinder danken.

Ich habe anderthalb Tage in San Patrignano zu Fuß des Zwergerstaats San Marino verbracht, wo Muccioli rund um ein Rebengelände ein Areal von 340 Hektar erworben hatte. Und ich bin überwältigt von der dort gesehenen Wirklichkeit zurückgekehrt. Gleichzeitig mit meinem Taxi kam,

wie am Tag davor und am nächsten Tag, ein Carabinieri-Wagen an, der einen „drogato“ aus dem Gefängnis zum Hausarrest nach San Patrignano brachte. Das klingt wie Hohn: Während die Justiz von Rimini Vincenzo Muccioli anklagt, schicken Richter aus ganz Italien ihm neue Schützlinge. Der Hausherr war verärgert, als seine Mitarbeiter mich durch die Kooperative führten, die sich mit ihrer Arbeit selbst finanziert. Alle Bewohner sind Mithandlung, bis sie, an Leib und Seele geheilt, mit einem hier erlernten Beruf ins Leben zurückkehren.

### Aus Süchtigen werden Bauern und Handwerker

Selten habe ich eine Gemeinschaft erlebt, die so offen und herzlich, so bereit ist, sich mitzuteilen und Not und Freuden miteinander zu tragen, wie diese. Alle waren sie durch die Hölle gegangen, bevor sie hier mit einer Aufgabe die Achtung für andere und für sich selbst wiederfanden. Der Ernst und die Kenntnis, mit denen sie bei der Arbeit sind, entsprechen der Freude, mit der sie sie erklären.

Sie betätigen sich als Züchter edler Pferde, Hunde und Perserkatzen und halten Kühe, Schafe und Schweine. Sie keltren den selbstgeernteten Spitzweizen. Andere arbeiten in der Schreinerei, der mechanischen Werkstatt und dem Restaurierungskabinett für antike Möbel. Ich sprach mit Offizdruckern, Pelzschneidern und den Mädchen in der Spinnerei, die in Handarbeit die Wolle der eigenen Schafe verarbeiten.

Auch Studenten sind darunter, denen Vincenzo, wie jeder hier den Hausnamen nennt, eine Wohnung in Bologna und in Urbino bereitstellt und von denen fünf bereits promoviert haben. Und nicht zuletzt die Mütter der 52 Kinder aus hier geschlossenen Ehen. Allein im November 1984 wurden in San Patrignano 18 Paare getraut. Als Vincenzo zum Essen an einem der langen, sorgsam gedeckten Tische Platz nahm und viele seiner Schützlinge aufsprangen, um ihn zu umarmen, spürte man das Charisma und die Wärme, mit der er diese Gemeinschaft trägt.

Ist es das schlechte Gewissen des Staates, der bisher den Kampf gegen das soziale Krebsgeschwür Drogen der Initiative von Priestern und Privatreibern überließ, das den Erfolg Vincenzo Mucciolis bestreitet? Steht die Mafia und ihr Raubgierhändlernetz unerkannt hinter der Justiz, die ihn richten will? Man rechnete aus, daß die 200 Ex-Drogensüchtigen, die San Patrignano geheilt verlassen haben, und seine 550 jetzigen Bewohner den Händlern einen Jahresverlust von 100 Milliarden Lire einbringen. Sollte die Furcht, daß Vincenzo Mucciolis Vorbild Schule macht, zu einer Verurteilung führen?

## Ein Flaschen-Etikett, das mehr verrät als nur die Lage

JOACHIM NEANDER, Stuttgart

Wahrscheinlich wird sich auf lange Sicht sogar die EG-Kommission in Brüssel mit den gewitzten Weingärtnern von Gglingen in Württemberg befassen müssen. Mit List und Tücke haben sie es geschafft, auf dem Etikett ihrer Weinflaschen den Gehalt an vorhandenem Alkohol, an Restzucker und an Säure für den Verbraucher anzugeben, obwohl dies nach europäischem und deutschem Weinrecht ausdrücklich verboten ist.

Im europäischen Weinrecht herrscht das Verbotsprinzip. Das heißt: Alles, was in den endlosen, dem Laien kaum noch verständlichen EG-Verordnungen und den entsprechenden deutschen Bestimmungen über die Etikettierung nicht ausdrücklich vorgeschrieben oder erlaubt wird, ist verboten. Dazu gehören sämtliche Analysedaten. Einzige Ausnahme: Bei den „Diabetikerweinen“ müssen Alkohol und Restzucker angegeben werden.

Der Streit dauert schon Jahrzehnte. Die Befürworter einer Deklaration sagen: Bestimmte Angaben, etwa über Alkohol, Restzucker, Säure, eventuell auch Schwefel, schaffen mehr Klarheit. Die Gegner wenden ein: Wein besteht aus fast 600 verschiedenen Inhalts- und Aromastoffen. Wo also anfangen und aufhören, ohne den Verbraucher zu verwirren?

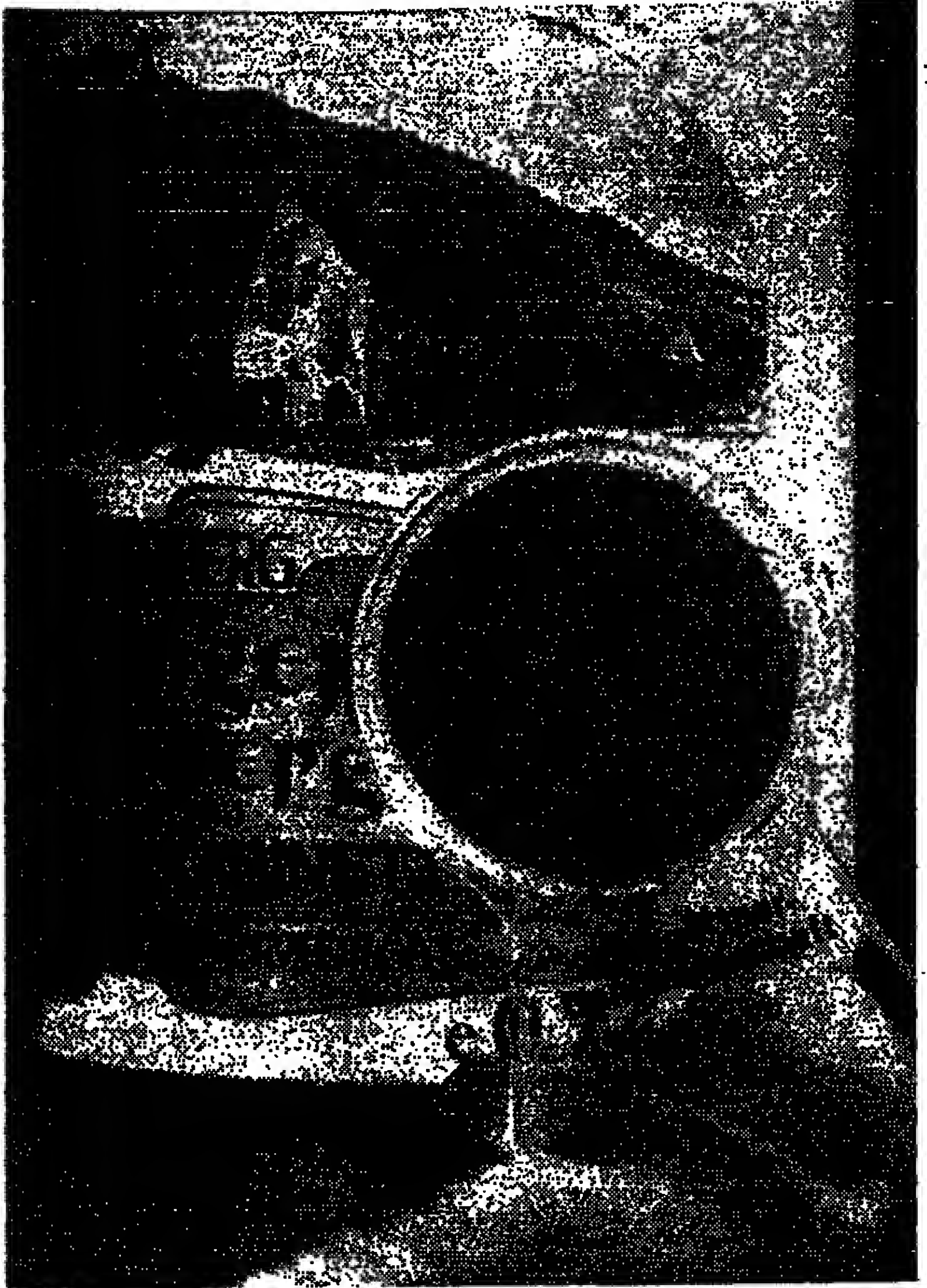
Bei der Weingärtnergenossenschaft Clebronn-Güglingen-Frauenzimmern westlich von Heilbronn mit ihren 520 angeschlossenen Winzern

kam man vor etwa einem halben Jahr auf eine glänzende Idee: Man druckte die drei Daten quasi unsichtbar auf Etikett – als Raster in einem „unruhigen roten Feld“. Sichtbar werden die Buchstaben und Zahlen erst dann, wenn man sie durch eine kleine Lupe mit einem Rotfilter betrachtet. Diese Lupe kann der Kunde bei der Genossenschaft anfordern.

Das Echo bei den Kunden, so Geschäftsführer Gerstenlauer, war begeistert. Die Konkurrenz dagegen witterte unlauteren Wettbewerb. Auch die Weinkontrolle beanstandete das Etikett. Die Staatsanwaltschaft Heilbronn eröffnete ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das deutsche Weingesetz.

Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt. Begründung: Solange die Lupe nicht an den Endverbraucher mitgeliefert werde, liege kein Verstoß vor. Bei der Stuttgarter Chemischen Landesuntersuchungsanstalt, die für die Weinkontrolle im Land Baden-Württemberg zuständig ist, sieht man die Sache zwar anders, aber eine weitere Möglichkeit zum Einschreiten ist zunächst nicht gegeben.

Entschieden wird der Streit wohl erst auf höherer Ebene, entweder durch die Zivilklage eines Konkurrenten oder gar durch eine Gesetzesänderung in Bonn oder Brüssel. Denn auf Dauer, so meinen die Fachleute, stellt eine „unsichtbare Ecke“ auf dem Weinetikett doch eine zu große Versuchung für unkontrollierte Werbung dar.



Winzer aus Gglingen hoben Angaben über Alkoholgehalt, Restzucker und Säure ihrer Weine auf dem Etikett „versteckt“.

FOTO: DPA

## „Das war reiner Zufall“

Auf Neubaustrecke der Bahn stürzten zwei Tunnel ein

dpa, Fulda

Beide Vorfälle hätten nichts miteinander zu tun, wird von Bahn und Bergamt übereinstimmend beteuert, und doch ist die Ähnlichkeit der beiderseitigen Ereignisse verblüffend: Am Dienstag vergangener Woche stürzten in zwei Tunnelröhren auf der Bahn-Neubaustrecke Hannover-Würzburg Teile der Tunneldecke herab. Menschen blieben bei beiden Einbrüchen unverletzt. Der Schaden soll sich nach Auskunft der Bundesbahn auf mehrere hunderttausend Mark belaufen.

Im Schnellbahntunnel „Witzelschöze“ bei Burghausen-Langenschwarz (Kreis Fulda) hatte der Polier beim Verlassen der Baustelle gegen Mitternacht Risse an der Außenschale festgestellt und unverzüglich Hilfe angefordert. Etwa zehn Minuten später brach die Schichtdecke unter lautem Getöse herunter, die zwölf Bauarbeiter machten zu der Zeit bereits Pause in ihren Unterkünften. Das abbrechende Geröll verschüttete etwa 20 Meter des Tunnelbaues. Oberhalb der Einsturzstelle bildete sich ein 13 mal 17 Meter großer Krater, dessen Wände gegenwärtig mit Beton ausge-

spritzt werden, um ein Nachrutschen der Erdmassen zu verhindern.

Bereits am Dienstag hatten Hunderte Kubikmeter toniges Material etwa 20 Meter der Vortriebsstrecke für Deutschlands längsten Eisenbahntunnel, den Landrücken-Tunnel zwischen Kalbach (Kreis Fulda) und Sinsdal (Main-Kinzig-Kreis), unpassierbar gemacht. Die Gefahr war Tage vorher erkannt worden. Doch trotz zusätzlicher Sicherungsmaßnahmen habe man den Einbruch nicht aufhalten können, sagte der zuständige Baustellenleiter Karl Kern.

Als Unfallursache werden in beiden Fällen geologisch bedingte Störungen vermutet. Die noch geringe Deckenstärke der Tunnel habe dem massiven Gebirgsdruck offenbar nicht länger standgehalten, glaubt der Leiter des Bergamts in Bad Hersfeld, Paul Fahrtenkopf. Eine Verbindung zwischen den Ereignissen lasse sich nicht herstellen. Auch Joachim Zierau, Sprecher der Bahnprojektgruppe Hannover-Würzburg Mitte, hält eine eventuelle von Norden nach Süden ziehende Erdformation als Unfallursache für ausgeschlossen: „Das war reiner Zufall.“

## Die teuerste Stradivari

Rekordergebnis bei Auktion von Sotheby's in London

SEIGFRIED HELM, London

Im Londoner Auktionshaus Sotheby's gelangte gestern eines der berühmtesten Instrumente aus der Werkstatt des Cremonenser Geigenbauers Antonio Stradivari zur Versteigerung und erzielte den höchsten Preis, der jemals auf einer Auktion für ein Musikinstrument bezahlt wurde. Die 1707 gebaute Geige, die unter dem Namen „La Cathédrale“ bekannt ist, wurde dem Londoner Händler Peter Biddulph für 396 000 Pfund zugeschlagen, umgerechnet also rund 1,456 Millionen Mark.

„Das ist ohne Zweifel die beste Stradivari, die seit der 1971 verstorbenen Lady Blunt unter den Hammer gekommen ist“, sagte eine Sotheby's-Sprecherin, die über den Verkauf des Instruments zu Still-schweigen verpflichtet wurde. Den letzten Auktionsrekord für ein Musikinstrument erzielte im März 1980 bei Sotheby's in New York ein Konzertflügel mit 177 000 Pfund.

Die Geige „La Cathédrale“ entstand während der sogenannten „goldenen Periode“ Stradivaris in Cremona. Sie ist sehr gut erhalten und besitzt noch ein Großteil ihres ur-

springlichen Lacks. Das Instrument soll einst im Besitz eines Offiziers der französischen Armee zur Zeit Napoleons gewesen sein. Den Namen „La Cathédrale“ gab ihr wegen ihres vollen Klanges ihr früherer Besitzer Jean-Baptiste Cartier, ein Schüler des italienischen Geigenvirtuosen Viotti, der zahlreiche Violinkonzerte schrieb.

Cartier hatte die Geige von dem erwähnten Offizier Napoleons erworben. Vor dieser Zeit verliert sich die Geschichte des meisterlich gebauten Instruments im Dunkeln.

Cartier war Begleiter von Königin Marie-Antoinette. 1781 gehörte er zum Ensemble der Pariser Oper und 1804 zu einer Kapelle Napoleons. Cartier, der auch andere alte Instrumente besaß, verfaßte eine Reihe von Schriften über die Violine. Cartier soll „La Cathédrale“ 1831 an einen gewissen Monsieur Pierre David weiterverkauft haben.

Auf der gestrigen Auktion wurde auch eine zweite Geige aus der Werkstatt Antonio Stradivaris versteigert: Die „Rosenheim“ aus dem Jahre 1688. Sie erzielte den beachtlichen Preis von 165 000 Pfund. (SAD)

## Bei Horrorgeräuschen verlieren Wale Orientierung

PETRA DEIMER, Hamburg

Wenn Wale in flache Küstengewässer vordringen, wie vor wenigen Tagen der 17 Meter lange und etwa 50 Tonnen schwere Pottwal in die Wermündung, endet dieser Ausflug für die großen Meeressäuger nicht selten mit dem Tod, wenn sie bei Ebbe den Weg zurück in die offene See nicht mehr finden und erstickten. Für Zoologen ist ein solches Ereignis mehr als ein Unglücksfall. Denn nur, wenn ein Unglück es so will, sei es, daß Wale stranden oder sich in Küstengewässern verirrt haben, bietet sich die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Forschung. Der Fang – und die kommerzielle Nutzung – von Meeressäugern ist nämlich durch den „Marine Mammal Protection Act“ seit 1973 generell verboten. Viele Fragen die das Leben der Wale betreffend sind noch offen. So ist die Anatomie der Nasenöffnung noch nicht zur Gänze erforscht, ebenso das Orientierungssystem der riesigen Tiere. Auch die Frage, ob Wale Selbstmord begehen, ist noch offen.

Seit sich Wale als ehemalige Landbewohner dem Wasserleben angepasst haben, wurde ihr wichtigstes Sinnesorgan zweifellos die Akustik.

Sie mußten gewissermaßen von Optik auf Akustik umstellen, um seefähig zu sein. Wie jeder Taucher weiß, lassen sich mit bloßem Auge unter Wasser nur wenige Meter durchdringen, während sich Schall sehr weit ausbreitet. Einziges Problem: das Richtungshören. Doch auch damit wurden die feinhörigen Tiere fertig, indem ihre Ohren weder mit dem Schmel, noch über den Schädel miteinander gekoppelt sind. Anders als bei uns kommt es dadurch nicht zu unkontrollierbaren Schwingungen ohne Laufzeitunterschiede, wie der deutsche Anatom Professor G. Fleischer herausfand.

Wale sind nicht nur in der Lage, akustische Laufzeitunterschiede mit äußerster Präzision wahrzunehmen, sondern auch Signale auszusenden, wie im Ultraschallbereich, die ihnen ein exaktes Bild ihrer Umgebung vermitteln. Diese „Echolotung“ geht bei Delphinen soweit, daß sie den Größenunterschied zweier Kugeln ausmachen können, für den der Mensch kein Augenmaß mehr hat.

Wenn ein so präzises Organ dennoch ausfällt, so vermutlich, weil der Grenzbereich seiner technischen Möglichkeiten überschritten wird,

wie wir das auch bei Radargeräten kennen. Denkbar wäre, daß die Tiere versehentlich in zu seichtes Wasser mit unkontrollierbarem Untergrund geraten, der ihnen kein sauberes akustisches Bild mehr liefert – mit buchstäblich verschwommenen Konturen. Möglich, daß sie in diese Gefahrenzone geraten, weil sie einer Schreckreaktion folgen, sei es auf der Flucht vor Unterwasserexplosionen oder anderen „Horrorgeräuschen“. Es kann auch sein, daß sie dem Erdmagnetismus, einer auch bei Zugvögeln bekannten Orientierungshilfe, folgend plötzlich in eine Falle geraten. Daß Ohrparasiten die Orientierungsfähigkeit behindern, klingt unwahrscheinlich, zumal Wissenschaftler gestrandete Wale ohne solche Schmarotzer im Ohr fanden und solche, die zwar unter Parasiten litten, aber nicht strandeten.

Warum allerdings auf der Halbinsel Cape Cod im US-Staat Massachusetts, die schon häufiger zur Todesfalle wurde, vor wenigen Wochen 94 Grindwale ihr Massengrab fanden, ist eine der Fragen, die zur Zeit von Forschern geklärt werden sollen. Läßt man einmal außer acht, daß Wale viel-

leicht tatsächlich Selbstmord begehen können, kommt als Ursache eigentlich nur ein Fehler in der Orientierung in Frage, durch den sich zumindest einzelne Tiere regelrecht verschwommen haben müssen. Wenn manche Arten wie zuletzt Grindwale gleich in Massen stranden, so liegt die Ursache wohl in ihrem engen Sozialgefüge. Es mag genügen, wenn einzelne Leittiere „Amok laufen“ – aus welchen Gründen auch immer – und eine ganze Herde folgt blindlings in den Tod.

Immer wieder auffällig bei solchen Strandungen ist, daß manche der über 80 Cetacea-Arten, wie diese Tiere vom kleinen Delphin bis zum großen Blauwal lateinisch heißen, mehr, andere weniger zu einem solchen tödlichen Schicksal neigen. So passiert es relativ selten, daß Grau- oder Weißwale stranden, wie im vergangenen Januar ein Weißwal in der Elbe dokumentierte. Der seltene Gast aus dem hohen Norden hatte trotz des bei Ebbe engen Fahrwassers und starken Schiffsverkehrs keine Navigations-schwierigkeiten. Offenbar sind typische Hochseewale mehr gefährdet, wenn sie in Landnähe geraten, als Flachwasserschwimmer.

## Verletzungen nach Gurtpflicht zurückgegangen

dpa, Wiesbaden

Spielunfälle sind heute die häufigste Ursache von Augenverletzungen. Auf diese Gefährdung wiesen gestern auf einer Tagung des Berufsverbandes der Augenärzte in Wiesbaden die Mediziner Hans Joachim Kühle und Hans Conrad hin. Ausgelöst würden solche Unfälle vor allem durch gefährliches Spielzeug sowie die harten Tennis-, Squash- oder Golfbälle. Insgesamt betraf jeder zehnte Unfall in der Bundesrepublik die Sehorgane. Etwa ein Drittel der Karambolagen im Straßenverkehr habe Augenverletzungen zur Folge. Die beiden Ärzte hoben hervor, daß erst der Zwang zum Anlegen der Sicherheitsgurte die Zahl der vor allem vom Aufprall auf die Windschutzscheibe verursachten Verletzungen der Sehorgane „rapid“ verringert habe. Nach ihren Angaben hatten vor Einführung der Anschlagpflicht bundesweit etwa 4000 verletzte Verkehrsteilnehmer pro Jahr erhebliche Schäden dieser Art erlitten.

### Rätsel um Anschlag

dpa, Düsseldorf

Auch gestern, 72 Stunden nach dem Bombenanschlag auf einen Düsseldorf Sex-Shop, tippen die Untersuchungsbehörden nach Angaben von Oberstaatsanwalt Jochen Buhlmann weiterhin „völlig im Dunkeln“. Nach wie vor gibt es keine Anhaltspunkte über Motive, Täter und Hintergründe.

### 50 Tote bei Zugunglück

AP, Neu-Delhi

Bei einem Eisenbahnunglück in Indien sind gestern etwa 50 Menschen umgekommen und mehr als 110 verletzt worden. Das Unglück ereignete sich zur morgendlichen Hauptverkehrszeit in Bombay, wo ein übervoller Nahverkehrszug an einer Weiche entgleiste.

### Urmaterie auf der Spur

dpa, Münster

Eine Arbeitsgruppe des Instituts für Kernphysik der Universität Münster baut zur Zeit einen Strahlungsdetektor auf, der Signale der „Urmaterie“ registrieren soll. Das Institut ist an einem Forschungsprojekt beteiligt, dessen Ziel es ist, Superstoffkerne auf so hohe Energien zu beschleunigen, daß beim Zusammenstoß mit anderen schweren Kernen für Sekundenbruchteile heiße und hochverdichtete „Quarkmaterie“ entsteht. Nach der „Explosionstheorie“ von der Entstehung der Welt könnten sich Quarks als eine Art von Urmaterie gebildet haben, aus der dann das Weltall entstanden sein soll.

### Düsenjäger abgestürzt

AP, Bonn

Ein belgischer Düsenjäger vom Typ Alpha Jet ist gestern nach einer Kollision mit dem Sendeturm der Bundespost auf dem Feldberg im Schwarzwald abgestürzt. Nach Angaben eines Sprechers der Bundesluftwaffe kamen beide Insassen der Maschine bei dem Unglück ums Leben.

### Nasa-Angebot

AP, München

Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa hat deutschen Wissenschaftlern die Mitarbeit an einer außergewöhnlichen Raumfahrt-Mission angeboten. Wie die Max-Planck-Gesellschaft gestern in München mitteilte, handelt es sich dabei um ein Planeten-Unternehmen: Im Jahre 1990 wollen die USA eine „Mariner-Mark II“-Raumsonde so starten, daß sie Anfang des Jahres 1995 den Kometen „Kopff“ erreicht. Ihn soll das Raumfahrzeug fast drei Jahre lang auf seiner Bahn um die Sonne begleiten.

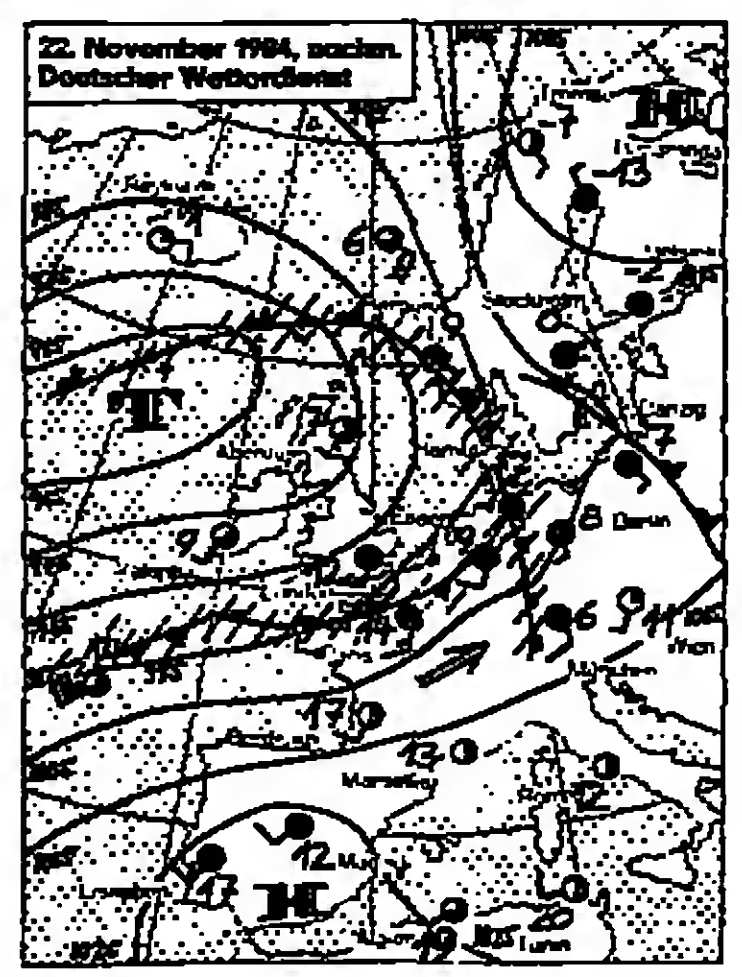
Kleines Foto unserer heutigen Ausgabe zeigt ein Prospekt der Enzyklopädie „Die Welt“, hrsg. von der Firma B. B. Schöner, Hannover, bei.

### ZU GUTER LETZT

„Bis zu 200 000 Sowjetbürger werden jährlich in der Russischen Föderationsrepublik (RSFSR) von Krankheiten getötet. Die meisten Verstorbenen sind Kinder, die an angeborenen oder erworbene Krankheiten sterben.“ Das berichtet die sowjetische Zeitung „Sowetskaja Rossija“ laut dpa.

## WETTER: Regnerisch-mild

Wetterlage: Im Zentrum milder Atlantikluft von der Biscaya ziehen Regenfrenten über Deutschland nordostwärts und gestalten das Wetter unbeständig



Legende:  
☁ 12 bis 20 Wolken, ☁ 21 bis 30 Wolken, ☁ 31 bis 40 Wolken, ☁ 41 bis 50 Wolken, ☁ 51 bis 60 Wolken, ☁ 61 bis 70 Wolken, ☁ 71 bis 80 Wolken, ☁ 81 bis 90 Wolken, ☁ 91 bis 100 Wolken.  
☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen, ☁☔ Regen.  
☀ Sonne, ☀☁ Partly cloudy, ☀☁☁ Partly cloudy, ☀☁☁☁ Partly cloudy, ☀☁☁☁☁ Partly cloudy, ☀☁☁☁☁☁ Partly cloudy, ☀☁☁☁☁☁☁ Partly cloudy, ☀☁☁☁☁☁☁☁ Partly cloudy, ☀☁☁☁☁☁☁☁☁ Partly cloudy, ☀☁☁☁☁☁☁☁☁☁ Partly cloudy.

Vorhersage für Freitag:  
Starke Bewölkung, im Bergland neblig-trüb und länger andauernder Regen, vornehmlich im Mittelgebirgsraum und im südlichen Deutschland. Temperaturen 13, nachts kaum unter 9 Grad. Frischer, in Böen starker bis stürmischer Südwestwind.

Weitere Aussichten:  
Auch am Sonntag und Sonntag gelegentliche Regenfälle. Weiterhin windig. Im Norden nicht mehr ganz so mild wie bisher.

Temperaturen am Donnerstag, 13. Uhr:			
Berlin	8°	Kairo	33°
Bonn	10°	Kopenhagen	8°
Dresden	9°	Las Palmas	22°
Essen	9°	London	12°
Frankfurt	8°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mallorca	6°
List/Sylt	5°	Malta	20°
München	8°	Moskau	-2°
Stuttgart	8°	Nizza	13°
Algier	19°	Oslo	-1°
Amsterdam	13°	Paris	14°
Athen	17°	Prag	7°
Barcelona	17°	Rom	12°
Brüssel	13°	Stockholm	0°
Budapest	8°	Tel Aviv	23°
Bukarest	4°	Tunis	20°
Helsinki	-2°	Wien	11°
Istanbul	9°	Zürich	7°

Sonnenaufgang\* am Sonntag: 7.54 Uhr, Untergang: 16.23 Uhr; Mondanfang: 9.54 Uhr, Untergang: 17.18 Uhr  
\* in MEZ, zentraler Ort Kassel

## DIT-Spezialität: DIT-TECHNOLOGIEFONDS Zukunftswerte

Fähigkeit und Kraft zur Innovation bestimmen die Zukunft moderner Volkswirtschaften. Sie stärken die Produktivität durch die Entwicklung neuer Fertigungstechniken und lassen neue Produkte entstehen. Die Bereitschaft, in Forschung und Entwicklung zu investieren, zahlt sich also aus. Kaufen Sie Anteile des DIT-TECHNOLOGIEFONDS. Er erschließt Ihnen den wirtschaft-

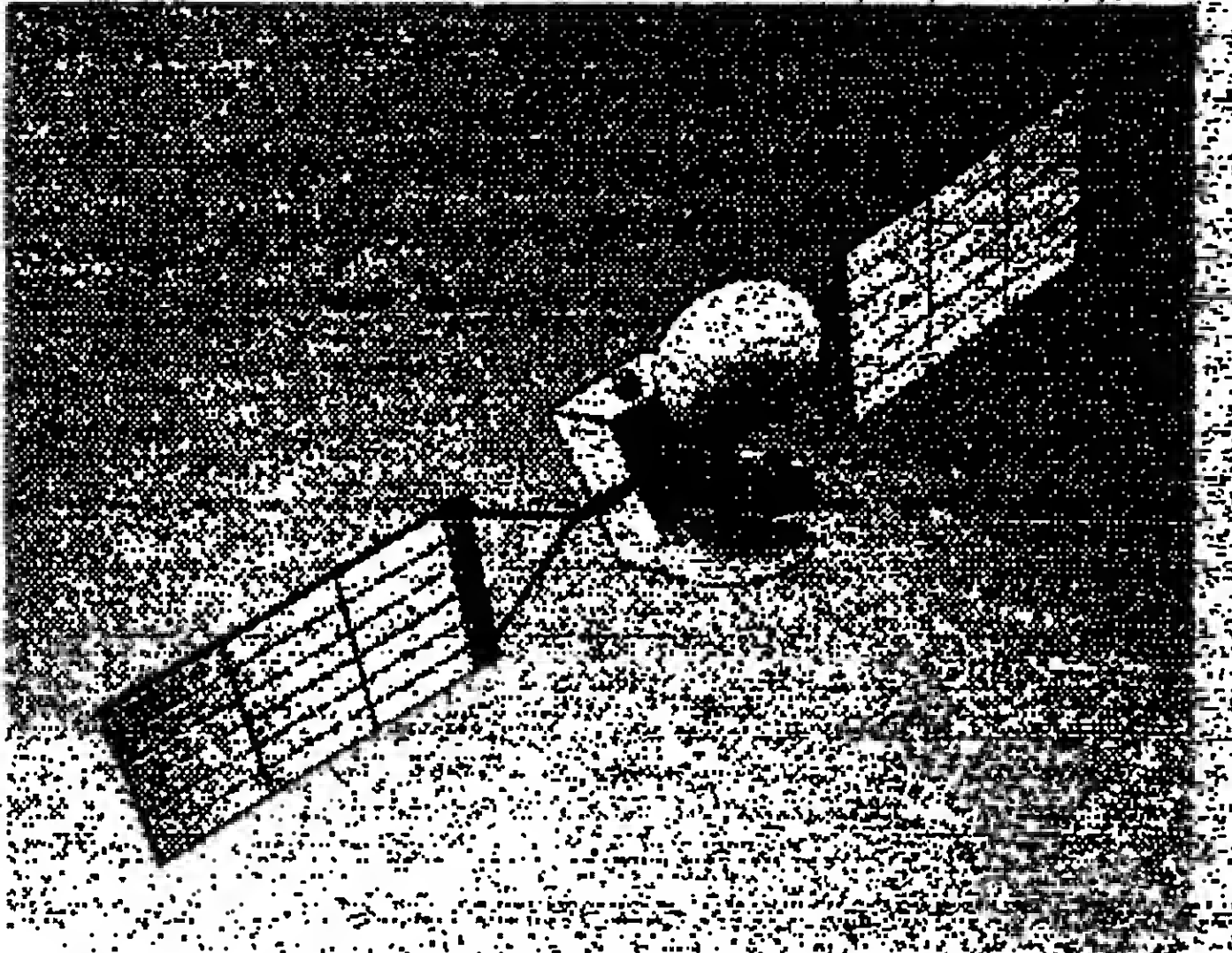
lichen Erfolg des technologischen Fortschritts durch Beteiligung an Gesellschaften aus dem Bereich der Technologie, die ein überdurchschnittliches Ertragswachstum erwarten lassen.

Das hohe Maß an Spezialisierung stellt besondere Anforderungen an die sorgfältige Auswahl der richtigen Wertpapiere. Mehr als 25 Jahre Erfahrung in der Wertpapieranlage und ein umfas-

sendes weltweites Informationssystem sprechen für den DIT.

Der DIT-TECHNOLOGIEFONDS wendet sich an bewegliche Anleger. Ihr Gesprächspartner bei der Dresdner Bank, der HYPO-BANK, der BHI oder der Westfalenbank berät Sie gern.

DIT DEUTSCHER INVESTMENT-TRUST, Postfach 100736, 6000 Frankfurt 1



DIT